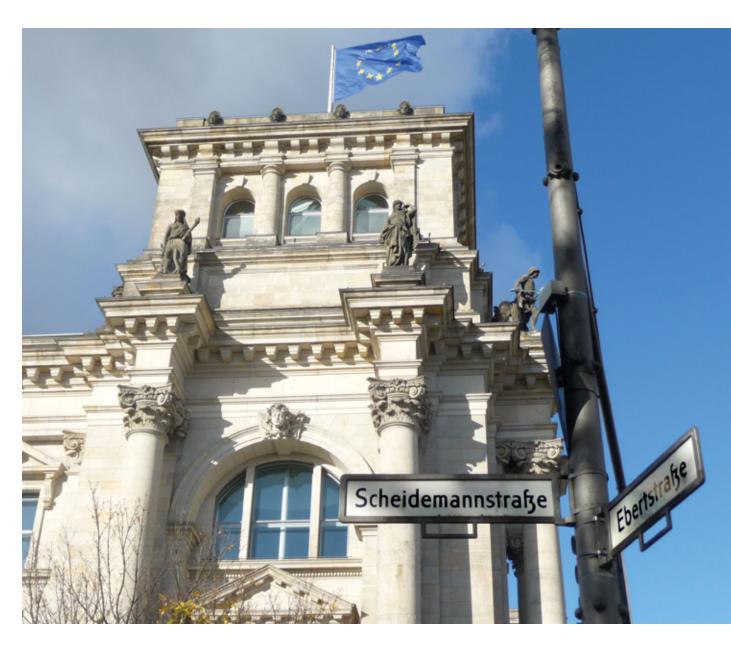
## GEGENVERGESSEN FUR DEMOKRATIE



Schwerpunktthema:

### **)** 100 Jahre Demokratie in Deutschland

weitere Themen: ■ 80 Jahre Erinnerung an die Novemberpogrome

■ Traditionspflege in der Bundeswehr

### Liebe Freundinnen und Freunde von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.,



unser Verein existiert in diesem Jahr 25 Jahre, sicherlich Grund zum Selbstbewusstsein, zudem Anlass, all denen, die sich für die Vereinigung engagiert haben und engagieren, herzlich zu danken. Wenn wir ein wenig zögern, das Jubiläum zu feiern, so mag es – abgesehen von dem Aufwand – auch an den gegenwärtigen Zeitläuften liegen, die uns in besonderer Weise fordern: Wir sehen uns mit Phänomenen wie Populismus, Nationalismus, Illiberalismus, Antisemitismus konfrontiert, die wir für weitgehend überwunden gehalten haben.

Erschrocken haben uns und große Teile der deutschen Bevölkerung die Ereignisse in Chemnitz. Der gewaltsame Tod eines Deutschen, für den junge Migranten verantwortlich gemacht werden, löste Massendemonstrationen aus, die nicht nur mit Gewalt gegenüber Fremden drohten, sondern auch jede Distanz zum Rechtsextremismus, seinen Parolen und Handlungsmustern vermissen ließen. So etwas hat man in Deutschland noch nicht erlebt: eine große Zahl von Bürgern zusammen mit AfD, Pegida und Rechtsextremisten.

Keine Frage, dass das Gewaltmonopol des Staates unbedingt durchzusetzen ist, in alle Richtungen: gegen sogenannte Wutbürger und Rechtsextreme, selbstverständlich auch gegen Linksextreme. Und die Sicherheit aller Menschen muss gewährleistet sein – für die Flüchtlinge, wo nötig aber auch vor Flüchtlingen, die als Gefährder gelten oder straffällig geworden sind. Darüber hinaus aber bedarf es der klaren Identifikation der großen Mehrheit mit dieser Demokratie und ihren rechtsstaatlichen Grundlagen, für die wir neue Formen finden müssen. Demonstrationen der bislang schweigenden Mehrheit sind ein erster Schritt.

Wir kommen auch nicht an einer Analyse der Hintergründe der Ereignisse von Sachsen und andernorts vorbei. Eine Verharmlosung der Probleme mit Rechtsextremismus hat es wohl über Jahre gegeben. Welche Rolle aber spielen ostdeutsche Frustrationen, weil man sich im ländlichen Raum abgehängt fühlt? Und inwieweit gibt es lokale Polarisierungen zwischen Einheimischen und Fremden und welche Rolle spielen dabei kulturelle Gegensätze und fremdenfeindliche Propaganda? Wir haben jedenfalls die mehrdimensionale Integrationsaufgabe und damit verbundene Schwierigkeiten ernst zu nehmen. Es muss Ebenen geben, auf denen über solche Fragen fundiert gesprochen werden kann.

Bei all dem geht es eben auch um unsere Demokratie, die den meisten selbstverständlich ist, die Ergebnis einer schwierigen Geschichte ist, doch auch immer wieder neu durchgesetzt und gelebt werden muss. Der Demokratiegeschichte ist der Schwerpunkt dieses Heftes gewidmet. Insbesondere der Aufbruch der Demokratie vor 100 Jahren wird in diesem Herbst und Winter besonderes Interesse finden, auch bei unserer Mitgliederversammlung in Kiel am 17. November, wo ich viele von Ihnen (wieder) zu sehen hoffe.

Mit den besten Grüßen Ihr/Euer

Bernd Faulenbach

#### 7μm Titel dieser Δusgahe 98/2018

Wichtige Personen der Demokratiegeschichte, wie beispielsweise Philipp Scheidemann und Friedrich Ebert, werden an vielfältigen Stellen im Alltag geehrt. So sind auch zwei der an den Bundestag grenzenden Straßen nach den beiden Politikern benannt.

Die **Mitgliederversammlung 2018** findet **am 17. November in Kiel** statt. Tagungsort wird das Landeshaus Kiel sein, in dem der Schleswig-Holsteinische Landtag seinen Sitz hat.



Herausgegeben von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V., Stauffenbergstraße 13-14, 10785 Berlin Telefon (0 30) 26 39 78-3, Telefax (0 30) 26 39 78-40, info@gegen-vergessen.de, www.gegen-vergessen.de Bankkonto: Sparkasse KölnBonn, Konto-Nr. 85 51 707, BLZ 370 501 98

Fitel: Theresa Ostertag

Redaktion: Theresa Ostertag, Beke Detlefsen, Dr. Dennis Riffel, Julia Wolrab, Dr. Michael Parak (V.i.S.d.P.)

Gestaltung: Atanassow-Grafikdesign, Dresden

Druck: B&W MEDIA-SERVICE Werbe- und Verlagsgesellschaft mbH

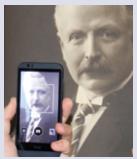
Die Herausgabe dieser Zeitschrift wurde gefördert durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

ISSN 2364-0251

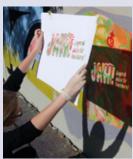












### **Inhaltsverzeichnis**

### Die Themen in dieser Ausgabe

SCH	WERPI	JNKTT	HEM/

SCHWERPUNKTTHEMA	
Vor 100 Jahren: Die Durchsetzung von Demokratie in schwieriger Zeit	4
Jubiläen und Jahrestage der Demokratiegeschichte	6
Demokratiegeschichte als politischer Auftrag	9
Die Paulskirche – ein "nationaler Sanierungsfall"?	10
Das Haus der Weimarer Republik: Zentraler Erinnerungsort an die erste deutsche Demokratie	
Demokratiegeschichten – der neue Blog	16
Wie die AfD versucht, Persönlichkeiten der Geschichte für ihre Zwecke zu instrumentalisieren	17
Auf der Spurensuche nach Demokratie	18
WEITERE THEMEN	
80. Jahrestag des 9. November 1938	20
Mut (zu) erzählen!	22

### **ANALYSE UND MEINUNG**

:igene Geschichte im Vordergrund statt falsche Kontinuitäten – Vorschläge	24
rur bundeswehreigenen Traditionspflege	
Zur erinnerungspolitischen Rolle des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge	27
Demokratieverteidigung im digitalen Raum – Informationskompetenz statt <i>Fake News</i>	28

#### **AUS UNSERER ARBEIT**

Die "Kindertransporte" 1938 / 1939	29
25 Jahre Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.	32
Zehn Jahre Onlineberatung gegen Rechtsextremismus – ein Zeitzeugenbericht	34
Blended Learning – Demokratie erleben und erlernen in zwei Welten	36
RAG Saar-Pfalz-Hunsrück: Einfach mal selber machen lassen!	38
Begegnungen beim 74. Gedenktag in Maillé	40
RAG Rheinland-Pfalz stellt sich vor	4

### **NAMEN UND NACHRICHTEN**

Nachruf auf Professor Dr. Berthold Leibinger
--

#### **REZENSIONEN**

Ernst-Jürgen Walberg bespricht – eine Sammelrezension:	42
Die Totengräber. Der letzte Winter der Weimarer Republik.	
Die Staatsmacht, die sich selbst abschaffte. Die letzte DDR-Regierung im Gespräch.	
Staatserzählungen. Die Deutschen und ihre politische Ordnung.	
deutsch, nicht dumpf. Ein Leitfaden für aufgeklärte Patrioten.	
Widerstand ist nicht in die Wiege gelegt	46
IMPRESSUM	2
VORSTAND UND BEIRAT	47

41

Bernd Faulenbach

## Vor 100 Jahren: Die Durchsetzung von Demokratie in schwieriger Zeit

Anfang November jährt sich zum 100. Mal das Ende des Ersten Weltkrieges und die Ausrufung der Republik, die zur Entstehung der ersten deutschen Demokratie führte. Benannt wurde diese nach dem Ort, in dem die verfassunggebende Nationalversammlung tagte: Weimarer Republik. Wir können von einem demokratischen Aufbruch sprechen. 1918/19 war zweifellos eine wichtige Etappe der deutschen Demokratiegeschichte, über die in diesem Herbst 2018 viel diskutiert werden wird.

- 1

Die Weimarer Republik ist von Anfang an meist kritisch gesehen worden. Sie hatte radikale Gegner von links, die eine Diktatur des Proletariats zur Schaffung einer neuen Ordnung (teilweise nach sowjetischem Vorbild) oder zumindest die radikale Ablösung der bisherigen Führungsschichten forderten. Und sie hatte entschiedene Gegner von rechts, die sich schnell neu formiert hatten und die Weimarer Republik seit ihrer Entstehungszeit bekämpften. So hatten es die Republik und ihre tragenden Kräfte schwer, Anerkennung zu finden. Die Urteile über die Weimarer Ordnung wurden in der NS-Zeit (in der Kontinuität zur Rechten in der Weimarer Zeit) vollends negativ, sie galt als krasses Gegenbild zur NS-Diktatur und als Import aus dem Westen, die Revolutionäre wurden als "Novemberverbrecher" tituliert. Nach 1945 rückte die Weimarer Republik wegen ihres Scheiterns vorrangig als Vorgeschichte der NS-Zeit in den Blick. Die Geschichte der Bundesrepublik war von der Frage begleitet, inwieweit sich die Geschichte von Weimar wiederhole. "Bonn ist nicht Weimar", stellte der Schweizer Fritz René Allemann 1956 fest, was viele beruhigte. Gelegentlich wird die Frage nach Parallelen auch an die Berliner Republik herangetragen, was selbst heute Weimar zur negativen Folie macht.

Der neue Populismus und der erstarkende Nationalismus, der Illiberalismus und autokratische Tendenzen in der Gegenwart werden vermutlich zu einer neuen kritischen Aktualisierung der gesamten Zwischenkriegszeit führen, in der nach

dem anfänglichen Siegeszug der Demokratie eine Demokratie nach der anderen scheiterte. Und doch lässt sich fragen, ob wir die Zeit der Weimarer Republik nicht als eine eigenständige Epoche fassen sollten, die keineswegs nur als Vorgeschichte der NS-Zeit, sondern auch der Bonner und der Berliner Republik zu betrachten ist – trotz des Untergangs der Demokratie 1933.

Ш

Die Republik war das Ergebnis des revolutionären Umbruchs, der wesentliche Impulse aus den schweren gesellschaftlichen Belastungen der deutschen Bevölkerung – der Soldaten wie der Arbeiter – durch den Krieg und dann auch durch die Kriegsniederlage erhielt. Schon seit Mitte des 19. Jahrhunderts, verstärkt im Kaiserreich seit 1871, hatten sich politische Kräfte herausgebildet, die demokratische Ziele proklamierten und deshalb der Verfolgung durch den Staatsapparat und der Diskriminierung durch die ständisch überformte Klassengesellschaft ausgesetzt waren. Zu diesen Kräften zählte besonders die 1912 zur stärksten Partei anwachsende Sozialdemokratie, aber auch Teile der Fortschrittspartei und des politischen Katholizismus. Sie fanden in der wesentlich von Matthias Erzberger initiierten Friedensresolution 1917 zusammen und bildeten seit 1919 die tragenden Kräfte der Republik.

Die revolutionäre Bewegung wollte 1918/19 in ihrer übergroßen Mehrheit die Demokratiegründung. Für eine weitgehende gesellschaftliche Umgestaltung (die Sozialisierung) lagen jedoch keine realistischen Konzepte vor. Außerdem waren die Voraussetzungen dafür schwerlich gegeben angesichts der vielfältigen Versorgungsprobleme (bei fortdauernder Blockade), der Demobilisierungsfrage, der Schwierigkeiten bei der Umstellung auf Friedenswirtschaft, der vielfältigen sozialen Kriegsfolgen und der hohen Forderungen der Alliierten. So entstand die demokratische Republik auch durch die Kanalisierung und Zähmung der revolutionären Bewegung durch den Rat der Volksbeauftragten, vor allem durch die Führung der Mehrheits-SPD, deren dominante Figur Friedrich Ebert war.

Am 9. November 1918 rief der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann vom Balkon des Reichstagsgebäudes die Republik aus: "Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt. Das Alte, Morsche ist zusammengebrochen; der Militarismus ist erledigt! Die Hohenzollern haben abgedankt. Es lebe die deutsche Republik." Scheidemann sprach von einem "glänzenden Sieg" des deutschen Volkes, auf den es "stolz" sein könne "in alle Zukunft". Er benannte die neuen Verantwortlichkeiten und sagte, das Land brauche nun "Ruhe, Sicherheit und Ordnung".

Schon der Sturz der Monarchien in Deutschland, auch der des Kaisertums, war vor dem Hintergrund der vielhundertjährigen Geschichte ein tiefer, retrospektiv manchmal unterschätzter Einschnitt; diese Grundentscheidung ist in Deutschland nie wieder rückgängig gemacht worden. Sie war für die Zeitgenossen ein schwerwiegender Aspekt der Revolution, die in Deutschland eine der

progressivsten Demokratien ihrer Zeit einführte.

Den Weg zur verfassunggebenden Nati-Den Weg zur verfassunggebenden Nationalversammlung schlug die SPD schon im November 1918 ein und auch die Rätekongresse billigten diesen Weg. Allerdings wurde das Vorgehen durch die wenige Wochen später gegründete KPD und den linken Flügel der USPD bekämpft. Sie wollten die Revolution weitertreiben, was die gesellschaftlichen Realitäten verkannte und auf eine Diktatur des Proletariats hinauslief. Ob die demokratischen Potenziale der Räte für einen dritten Weg hätten genutzt werden können, wie manche Historiker schon um 1970 meinten, erscheint nach wie vor fraglich. Die Revolutionsregierung stand vor kaum lösbaren existentiellen Problemen, machte in der Wehrfrage fatale Fehler, auch wenn manches nachträgliche Urteil darüber an der Wahrnehmung der Verhältnisse durch die damals Verantwortlichen vorbeigeht. Zweifellos barg die Strategie der KPD und anderer radikaler Kräfte die Gefahr des Bürgerkriegs, die angesichts der – zu Recht von Karl Kautsky hervorgehobenen – "Verrohung" der Massen ohnehin gegeben war. Bei allen Unterschieden zwischen Deutschland und Russland muss man sich klarmachen, dass 1918 noch der russische Bürgerkrieg tobte, der zwischen sieben und acht Millionen (!) Menschen das Leben kostete und die weitere Entwicklung des kommunistischen Regimes entscheidend prägte. Ein Bürgerkrieg und ein Eingreifen der Alliierten wären auch in Deutschland möglich gewesen. Keine Frage, dass gerade das Fehlen der Radikalität der deutschen Revolution von der großen Mehrheit der Bevölkerung positiv gewertet wurde, was nicht ausschloss, dass in der Folgezeit unrealistische Erwartungen enttäuscht wurden.

|||

Die Sozialdemokraten wollten allerdings nicht nur das demokratische System durchsetzen, sondern den großen Umbau der Gesellschaft auf parlamentarischem Wege realisieren. Friedrich Ebert bekräftigte in seiner Rede bei der Eröffnung der Nationalversammlung, dass "nur auf der breiten Heerstraße der parlamentarischen Beratung und Beschluss-



Wahlplakat der SPD aus dem Jahr 1919.

fassung [...] sich die unaufschiebbaren Veränderungen auch auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet vorwärts bringen [ließen], ohne das Reich und sein Wirtschaftsleben zugrunde zu richten". Immerhin hatte es schon 1918 revolutionäre Errungenschaften gegeben, zu denen neben dem Frauenwahlrecht, das die Republik als erstes großes Industrieland einführte, der kollektive Tarifvertrag und der Acht-Stunden-Tag gehörten. Sicherlich wurde mancher sozialpolitische Fortschritt in den folgenden Jahren erreicht, sodass man die Weimarer Republik als modernen Sozialstaat bezeichnen kann. Beachtlich war etwa der neue kommunale Wohnungsbau ("Kommunalsozialismus"). Doch eine sozialistische Umgestaltung blieb aus. Die erst im Laufe der 1920er Jahre von Sozialdemokraten entwickelte "Wirtschaftsdemokratie" blieb weitgehend Programm. Erhalten blieb nicht nur der Gegensatz von SPD und KPD; auch die Weimarer Republik wurde von der KPD so lange bekämpft, wie sie existierte.

Die Nationalversammlung, die ab Februar 1919 in Weimar tagte, erarbeitete eine neue Reichsverfassung, die sich grundlegend von der Verfassung des Kaiserreichs unterschied. In der Diskussion wurde auf andere demokratische Verfassungen wie die des Paulskirchenparlaments Bezug genommen, etwa bei den Grundrechten. Ganz bewusst knüpfte man in der Staatssymbolik an die Tradition von 1848/49 an.

Die Legitimationsgrundlage wich deutlich von der des Kaiserreichs ab, wie Hugo Preuß betonte, dessen Verfassungsentwurf die Grundlage der Beratung bildete: An die Stelle des "Obrigkeitsstaates" sollte der "Volksstaat" treten. Bis in die Revolution 1918 hinein war das monarchische Prinzip von gro-Bem Gewicht gewesen. Jetzt ging alle Gewalt vom Volke aus. Geschaffen wurde ein neues Institutionengefüge, bei dem man gewiss retrospektiv die Rolle des Reichspräsidenten als Ersatzkaiser bei vergleichsweise schwacher Stellung des Reichskanzlers kritisch sehen muss. Dies gilt auch für das Nebeneinander von repräsentativem und plebiszitärem Prinzip. Die Erarbeitung dieser Verfassung war dennoch eine beachtliche Leistung. Sie galt in ihrer Zeit als hochmodern. Die sogenannte Weimarer Koalition aus Sozialdemokratie, linksbürgerlicher Deutscher Demokratischer Partei und katholischem Zentrum prägte die Verfassung. Im Grunde basierte diese auf einem Kompromiss von Sozialdemokratie und aufgeklärtem Bürgertum. Der Einfluss der Zentrumspartei war vor allem in der Schulfrage erkennbar. Ansonsten verstärkte die Verfassung Tendenzen zur Gleichberechtigung der Geschlechter, zu sozialer Partizipation sowie der Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit.

Allerdings spiegelte die weitere Entwicklung des Parteiensystems gesellschaftliche und politische Prozesse, führte zu einem Anwachsen der Extreme und beeinträchtigte die Funktionsfähigkeit des parlamentarischen Systems. Retrospektiv erscheint die Weimarer Republik als "politisches Laboratorium", in dem man die Auswirkungen des Verhältniswahlrechts, der Inflation, einer umfassenden Wirtschaftskrise, doch auch von Nationalismus, Antiparlamentarismus, Illiberalismus und rückwärtsgewandter Interessenpolitik studieren kann.

Das Ende der parlamentarischen Demokratie durch die NS-Machtübernahme war keineswegs vorherbestimmt. Es lohnt sich nach wie vor, die demokratischen Potenziale wie auch die Gründe des Scheiterns von Demokratie zu untersuchen, das in anderen europäischen Ländern der Zwischenkriegszeit zwar seine Parallelen, doch nirgendwo so katastrophale Folgen wie in Deutschland hatte. **>>** 

Bei der Erarbeitung des Grundgesetzes, in den Beratungen auf Herrenchiemsee und in denen des Parlamentarischen Rates 1948/49 spielten die Erfahrungen der Weimarer Republik eine große Rolle, sodass man das Grundgesetz ohne die Weimarer Republik kaum verstehen kann. Dass man die Verfassung durch ein einfaches Gesetz mit Zweidrittelmehrheit außer Kraft setzen konnte, wurde jetzt ausgeschlossen: Wesentliche Teile der Verfassung wurden dazu mit einer "Ewigkeitsgarantie" versehen. Außerdem wurde ein starkes Bundesverfassungsgericht geschaffen. Wesentliche Teile der Grundrechte übernahm man aus der Weimarer Reichsverfassung.

Man stellte diese Grundrechte jedoch nicht nur als Voraussetzung und Zweck der Politik an die Spitze des Grundgesetzes, sondern verlieh ihnen auch unmittelbare Rechtswirksamkeit. Die Rolle des Bundespräsidenten wurde bewusst begrenzt. Die des Bundeskanzlers, des Parlaments und damit der parlamentarischen Regierungsweise wurde gestärkt. Das konstruktive Misstrauensvotum ist ebenso eine Folgerung aus den Erfahrungen von Weimar wie die Einführung einer Sperrquote von fünf Prozent der abgegebenen Stimmen als Voraussetzung für den Einzug von Parteien in den Bundestag. Den Vätern und Müttern des Grundgesetzes ging es aufgrund der Erfahrungen von 1918 bis 1933 um die Realisierung einer funktionsfähigen Demokratie – ein Gesichtspunkt, der in der gegenwärtigen Diskussion vielleicht zu oft außer Acht gelassen wird.

Unübersehbar wirkt die Weichenstellung von Revolution und Verfassunggebung 1918/19 in vielfältiger Weise bis heute nach: durch mancherlei Kontinuitäten, doch auch durch Versuche, aus Fehlern und Fehlentwicklungen der Weimarer Zeit zu lernen, die damals die NS-Herrschaft ermöglichten. Es ist der Mühe wert, sich 2018/19 erneut mit der ersten deutschen Demokratie auseinanderzusetzen. Selbstverständlich kehrt Geschichte nicht einfach wieder. Doch fordert die Ambivalenz der Geschichte uns zu verantwortlichem Handeln in der Gegenwart auf. Demokratie ist nicht so selbstverständlich, wie wir meist glauben: Wir haben sie immer wieder neu zu leben.

**Prof. Dr. Bernd Faulenbach** ist Vorsitzender von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Dennis Riffel, Ruth Wunnicke

## Jubiläen und Jahrestage der Demokratiegeschichte

Ein Plädoyer: Drei Meilensteine für ein Jubiläum der Demokratiegeschichte in Deutschland: 1919 – 1949 – 1989

### Jubiläen und Jahrestage im Alltag – Chance und Zumutung

Das Feiern von Jubiläen und Jahrestagen ist ein Teil unseres Alltags. Im privaten Bereich werden runde Jahrestage von Geburten, Konfirmationen und Hochzeiten gefeiert. Für Bundesbeamte gibt es zum 25-jährigen, 40-jährigen und 50-jährigen Dienstjubiläum eine Dankesurkunde und sogar eine "Dienstjubiläumszuwendung". Städte begehen runde Jahrestage ihrer ersten urkundlichen Erwähnung feierlich. Auch Chöre, Sportvereine und Firmen erinnern gern an ihr Gründungsdatum. Darüber hinaus gibt es überregional bedeutende historische Ereignisse und Personen, an die im Rahmen eines Jubiläums erinnert wird.

Nicht jedes Ereignis, das sich zum wiederholten Male jährt, ist allerdings ein Grund zum Feiern. Oftmals bieten Jahrestage auch Anlass, sich an etwas zu erinnern, das in der Vergangenheit schmerzhaft war, oder an Personen, die nicht mehr unter uns sind.

So gibt es auch nicht "das Jubiläum" oder "den Jahrestag". Je nach Ereignis werden diese unterschiedlich begangen, im öffentlichen oder privaten Rahmen. Es gibt Feierstunden und Gedenkveranstaltungen, Gedenkbücher erscheinen, Reden werden gehalten, im Fernsehen laufen passende Dokumentationen und Spielfilme.

Bedächtigen Menschen wird der Hype um bestimmte Ereignisse und Personen in Jubiläumsjahren nicht gefallen. Einige werden im Lutherjahr angesichts von Keksen, Bierdeckeln und Socken mit dem Konterfei des Reformators entnervt zum Himmel geblickt haben. Wieso plötzlich Karl Marx wieder aus der Versenkung geholt wird, nur weil er am 5. Mai 2018 200 Jahre alt geworden wäre, leuchtet auch nicht jedem ein. Und ebenso irritiert der schnelle Themenwechsel zwischen erinnerten Ereignissen: Eben noch gefeiert und "gelikt", scheinen viele Ereignisse und Persönlichkeiten schnell wieder in den Dornröschenschlaf zu fallen, sobald das nächste Jubiläum in den Blick rückt.

Bei allem Hadern und berechtigter Kritik: Wir brauchen Jahrestage und Jubiläen, denn sie sind so etwas wie eine Sicherungsmaßnahme. Anders ausgedrückt: Jubiläen dienen der Erhaltung des kollektiven Gedächtnisses. Sie rhythmisieren unsere Abläufe und teilen unsere Zeit ein. Sie sind Ausdruck einer Aneignung von Geschichte. Jubiläen und Jahrestage kön-



Ein Hoch auf die Republik: nach der Vereidigung Friedrich Eberts als ersten Reichspräsidenten am 21. August 1919 in Weimar.

nen uns mit der Region, in der wir leben, verbinden. Sie können ermutigen, Sinn stiften, uns mahnen und auch stolz machen. Sie geben Gelegenheit, Rückschau zu halten, sich an Negatives und Positives aus der Vergangenheit zu erinnern, darüber (neu) nachzudenken, Geschehnisse mit dem Blick aus dem Jetzt zu betrachten und zu bewerten. An Jubiläen können sich Debatten entzünden, Denkblockaden können aufgebrochen werden.

Wichtig ist: Jubiläums- und Jahrestagsfeiern haben historische Ereignisse oder historische Persönlichkeiten zum Anlass, sind aber gegenwärtige Unternehmungen, die von Menschen im Hier und Heute mit aktuellen Zielen und Bedürfnissen gestaltet werden.

### Jubiläen und Jahrestage im Jahr 2019

Auch 2019 wird ein Jahr, in dem viele runde Jahrestage zur Beschäftigung mit Geschichte anregen. So begann mit dem deutschen Überfall auf Polen am 1. September 1939 der Zweite Weltkrieg. Am 8. November 1939 versuchte Georg Elser, Adolf Hitler im Münchner Bürgerbräukeller mit einer Bombe zu töten.

Der 100. Jahrestag der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg im Januar 2019 wird vermutlich Anlass zu Diskussionen geben, während der 500. Todestag von Leonardo da Vinci im Mai wahrscheinlich dazu genutzt wird, an die Vielseitigkeit dieses Universalgenies zu erinnern. Im Juli 2019 werden wir im Fernsehen häufig die erste Mondlandung aus

dem Jahr 1969 sehen, nachdem uns im Juni die Bilder und Berichte von der Niederschlagung der chinesischen Demokratiebewegung auf den Straßen und Plätzen Pekings vor 30 Jahren erschüttern werden.

Für die deutsche Demokratiegeschichte wird 2019 ein besonderes Jahr, denn drei herausragende Wegmarken jähren sich dann zum 100., zum 70. beziehungsweise zum 30. Mal. Einen Meilenstein der Demokratieentwicklung in Deutschland setzte 1919 die Ablösung der konstitutionellen Monarchie durch die Weimarer Republik nach dem Ende des Ersten Weltkrieges. Diese wurde bereits 1933 durch die nationalsozialistische Diktatur abgelöst. Nach dem Zweiten Weltkrieg gründeten im Osten Deutschlands die sowjetische Besatzungsmacht und die SED 1949 die DDR als sozialistische Diktatur. Im Westen Deutschlands hingegen entwickelte sich mithilfe der westlichen Alliierten eine föderative, verfassungsstaatliche Demokratie. Hier wurde 1949 mit dem Inkrafttreten des Grundgesetzes und den ersten Bundestagswahlen die Bundesrepublik als demokratischer und föderativer Staat gegründet. Somit bildeten die demokratischen Entwicklungen seit 1945 bis 1949 gewissermaßen einen zweiten Übergang zur Demokratie. Demokratisch und rechtsstaatlich verfasst war für die nächsten 40 Jahre nur die Bundesrepublik im westlichen Deutschland. Erst nach 40 Jahren, im Jahr 1989, gelang es mutigen Menschen in der DDR, mit ihrem Einsatz für Demokratie. Menschenrechte und Freiheit einen Prozess der Demokratisierung auch im Osten Deutschlands einzuleiten. Mit dem Fall der Mauer 1989 wurde dem dritten Übergang zur Demokratie der Weg geebnet. Es wurde die Voraussetzung für die Vereinigung der beiden deutschen Staaten als föderale Demokratie geschaffen.

Fast 100 Jahre Demokratie in Deutschland – wenn auch mit Unterbrechungen und unterschiedlichen West-Ost-Erfahrungen. Als historische Vergleichsfolie für spätere demokratische Prozesse können zum einen die Jahre der Weimarer Republik von 1919 bis 1933 herangezogen werden. Zum anderen kann mit der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und mit der Etablierung der Demokratie in den ostdeutschen Ländern nach.»

» 1989/90 gearbeitet werden. Auch die Jahre in der sowjetisch besetzten Zone vor der Gründung der DDR zwischen 1945 und 1949 könnten nach Personen und Ereignissen untersucht werden, die im Zusammenhang mit Bemühungen stehen, demokratische Verfahren auf lokaler oder regionaler Ebene zu etablieren oder zu erhalten. Damit steht ein breiter Fundus an historischen Ereignissen und in der Vergangenheit gewonnenen Erfahrungen zur Verfügung.

Dass alle drei Wegmarken der Demokratie – 1919/1949/1989 – ausgerechnet 9er Zahlen sind, können wir als ein Augenzwinkern der Geschichte deuten. Diesen Zufall sollten wir uns zunutze machen. Gerade diese Bündelung bietet Anknüpfungs- und Orientierungspunkte für alle Menschen im heutigen Deutschland. Denn in diesen drei Zahlen stecken kraftvolle Erzählstränge und Erinnerungsorte der Demokratiegeschichte, an die aus unserem Jetzt und Hier heraus angeknüpft werden kann.

#### Jubiläen und Jahrestage sind immer

Die Demokratie ist natürlich nicht nur 1919, 1949 und 1989 zu verorten. Runde Jahrestage der Demokratiegeschichte gibt es immer wieder, nicht nur, wenn die "9" am Ende steht. Die Demokratie geht weiter und es lassen sich überall Anknüpfungspunkte an lokale Ereignisse finden, die als ein Jubiläum der Demokratiegeschichte gefeiert werden können. Genau genommen ist immer irgendein Jubiläum oder Jahrestag. Gemeint sind damit nicht nur die Jubiläen der "großen Geschichte", die überregional und auch lokal gefeiert werden. Gemeint sind hier vor allem die Jubiläen und Jahrestage in der Region.

Haben Sie schon einmal recherchiert, seit wann es die Arbeiterwohlfahrt in Ihrer Region gibt, nachdem sie am 13. Dezember 1919 gegründet wurde? Wie sieht es mit der Neugründung von lokalen Zeitungen nach 1945 aus; wäre das nicht ein gutes Jubiläum, um Demokratiegeschichte zu feiern? Wie sieht es mit der Grün-

dung von Vereinen oder Ortsparteigruppen nach 1945 vor Ort aus, gibt es da einen runden Geburtstag? Ebenso kann die Neugründung der Bundesländer im Fokus stehen.

Fazit: Ein rundes Jubiläum oder ein Jahrestag lassen sich immer finden – egal ob ein lokales Ereignis gefeiert oder ein großes Jubiläum regional begangen wird. In der Art ihrer Ausgestaltung können Feiern und Erinnerungsveranstaltungen verschiedene Generationen darin unterstützen, ihren individuellen Anschluss an die Demokratiegeschichte und die Erinnerung an sie zu finden. An das, woran wir uns 2019 erinnern werden, gibt es vielleicht auch in späteren Jahren Anknüpfungspunkte. Demokratie ist Entwicklung. Jahresdaten, die damit verbunden sind, werden uns nie ausgehen.

Auszug aus der Handreichung "Lokale Spurensuche im Themenfeld Demokratiegeschichte"; Siehe Beitrag von Annalena Baasch auf Seite 18.

Graffiti an der Berliner Mauer. Der Fall der Mauer 1989 markiert einen weiteren wichtigen Wendepunkt in der deutschen Geschichte.



Foto: Ildigo, pixabay.com

**Dr. Dennis Riffel** und **Ruth Wunnicke** arbeiten im Fachbereich Geschichte und Erinnerung in der Geschäftsstelle von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Michael Parak

### Demokratiegeschichte als politischer Auftrag

Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD für die 19. Wahlperiode des Deutschen Bundestags (2017–2021) enthält folgende Formulierung: "Die Koalitionsparteien werden eine vom Deutschen Bundestag zu beschließende Konzeption zur Förderung der Orte deutscher Demokratiegeschichte erarbeiten." Diese Zeilen stimmen hoffnungsvoll. Zugleich darf daran erinnert werden, dass auch im Koalitionsvertrag für die 18. Wahlperiode (2013–2017) ein Passus zur Demokratiegeschichte enthalten war – ohne dass entsprechende Schritte unternommen wurden, dies konkreter auszugestalten.

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. sieht es als wichtige Aufgabe an, die Beschäftigung mit Demokratiegeschichte voranzutreiben. Dies geschieht auch als Mitglied der Arbeitsgemeinschaft *Orte der Demokratiegeschichte*, zu der sich rund drei Dutzend Organisationen zusammengeschlossen haben (<a href="https://demokratiegeschichte.de">https://demokratiegeschichte.de</a>).

### Anregungen für eine Konzeption zur Förderung von Erinnerungsstätten der Demokratiegeschichte

Die folgenden Thesen sind erste Anregungen, was eine mögliche Konzeption zur Förderung von Erinnerungsstätten der Demokratiegeschichte beinhalten sollte. Diese fällt in die Ressortzuständigkeit der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM), wo die Fragen der Erinnerungskultur angesiedelt sind.

- Ein legitimer und wichtiger Blickwinkel zur Betrachtung der Vergangenheit ist die Frage nach der Entwicklung der Demokratie. Dabei wird deutlich, dass Demokratie keine Selbstverständlichkeit ist, sondern diese erkämpft, etabliert, gestaltet und weiterentwickelt werden muss.
- Die Beschäftigung mit Demokratiegeschichte hat einen Eigenwert: Ereignisse, Orte und Personen, die für die Entwicklung der Demokratie wichtig

- waren, gehören in den "Erinnerungsspeicher" der Bundesrepublik Deutschland und sind Bestandteil des kulturellen Wissens, über das Bürgerinnen und Bürger verfügen sollten.
- In der deutschen Erinnerungskultur tun wir gut daran, weder Diktaturgeschichte noch Demokratiegeschichte voneinander zu isolieren, sondern sie jeweils in Kontexte einzuordnen und Zusammenhänge zu beleuchten. Demokratiegeschichte, Diktaturgeschichte und die Geschichteder Menschheitsverbrechen sollten nicht als konkurrierende, sondern einander ergänzende Komponenten der Erinnerungsarbeit verstanden werden.
- Besondere Potenziale für die Beschäftigung mit Demokratiegeschichte bieten
  Orte, die mit der Entwicklung der Demokratie in besonderer Weise verbunden sind. Unter einer Erinnerungsstätte der Demokratiegeschichte wird ein historischer Ort verstanden, der im Zusammenhang mit der Entwicklung der Demokratie steht. Eine Erinnerungsstätte verfolgt einen Bildungsauftrag. Dafür ist wiederum eine gewisse organisatorische und personelle Grundausstattung erforderlich.
- Im Bereich der Gedenkstättenförderung des Bundes oder auch der Förderung nach dem Bundesvertriebenen- und -flüchtlingsgesetz begründet der Bund seine Zuständigkeit damit, dass entsprechende Aufgaben von zentraler nationaler Bedeutung sind bzw. dass diese zweckmäßig nur auf Bundesebene organisiert werden können. Diese Kompetenzen und Möglichkeiten können auch bei der Förderung von Erinnerungsstätten der Demokratiegeschichte als Grundlage herangezogen werden. Dabei kann der Bund in der Regel keine Vollfinanzierung übernehmen. Erforderlich ist eine angemessene Beteiligung des Sitzlandes bzw. der Kommune.

- Aus inhaltlichen Gründen ist es zwingend erforderlich, dass die Förderung von Erinnerungsstätten der Demokratiegeschichte im Rahmen eines eigenständigen Erinnerungskonzepts und Haushaltstitels erfolgt. Zwar kann von Erfahrungen anderer Themenfelder profitiert werden. Eine Vermischung mit der "Gedenkstättenkonzeption des Bundes" darf nicht stattfinden. Ebenso dürfen keine Mittel aus diesem Förderbereich abgezogen werden, um die Einsparungen für das neue Themenfeld zu verwenden.
- Entsprechende Fördermittel für Erinnerungsstätten der Demokratiegeschichte sind im Haushaltsplan der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien zu etatisieren. Möglich ist eine institutionelle Förderung wie auch eine Projektförderung.
- Eine Konzeption zur Förderung von Erinnerungsstätten der Demokratiegeschichte kann von den Erfahrungen profitieren, die seit 1993 mit der Gedenkstättenkonzeption gemacht wurden. Hier wurden Förderkriterien entwickelt, anhand derer über eine finanzielle Unterstützung entschieden werden kann: 1) nationaler oder internationaler Stellenwert des Ortes, 2) Authentizität des Ortes, 3) Exemplarität, 4), Qualität des Projektkonzepts, 5) Kooperation von Einrichtungen.

### Stärkung der Demokratie und Extremismusprävention

Der Koalitionsvertrag enthält im Teil, der sich wesentlich auf das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bezieht, einen weiteren Hinweis zur Demokratiegeschichte. Ausdrücklich werden 100 Jahre Demokratie in Deutschland, 100 Jahre Frauenwahlrecht sowie 70 Jahre Grundgesetz erwähnt, die es im Jahr 2018/19 zu feiern gilt.

Denn Demokratiegeschichte ist keinesfalls nur eine Angelegenheit des Kulturressorts. »

» Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) stellt sich diesen historischen Fragen schwerpunktmäßig unter den Vorzeichen Demokratie- und Engagementstärkung. Die Bundeszentrale für politische Bildung und das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat tun es unter dem Fokus politische Bildung.

Hierbei wird auch Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. einen Beitrag leisten.

In Vorbereitung des Jubiläumsjahres 2018/19 zur Gründung der Weimarer Republik vor 100 Jahren soll anhand historischer Beispiele thematisiert werden, wie sich Menschen in einem Land verhalten können, das sich als parlamentarische Demokratie konstituiert hat. Der Blick in die Vergangenheit kann Motivation für bürgergesellschaftliches Engagement sein: Es wird deutlich, dass es immer verschiedene Handlungsoptionen gibt.

Demokratie zu leben bedeutet, dass um politische Vorstellungen und Konzepte gerungen wird. Zwar können Kernelemente in einer Verfassung, die Ergebnis eines demokratischen Prozesses ist, fixiert werden. Die Auslegung und Weiterentwicklung in der Praxis ist aber veränderbar.

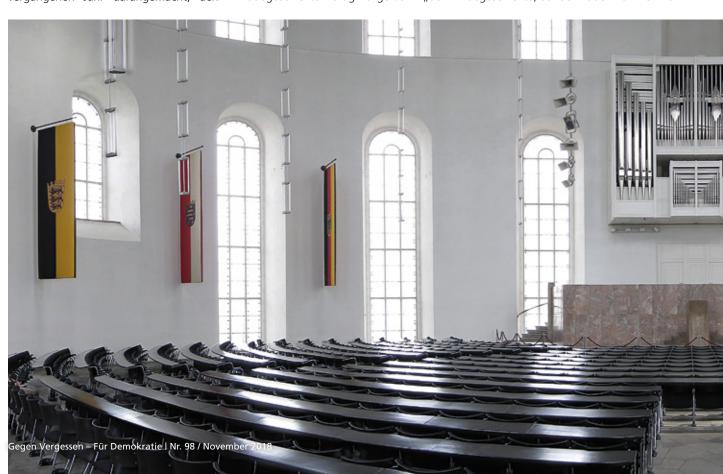
Dr. Michael Parak ist der Geschäftsführer von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Klaus Müller

## Die Paulskirche – ein "nationaler Sanierungsfall"?

Blasse Präsentation eines zentralen Ortes der deutschen Demokratiegeschichte

Mit unverhohlener Kritik – schon eher Polemik – hatte sich Benedikt Erenz, Reporter der Wochenzeitung *Die Zeit*, im vergangenen Jahr darangemacht, den aktuellen Zustand der Frankfurter Paulskirche in Bezug auf ihre Außenwirkung als zentraler Ort der deutschen Demokratiegeschichte heftig zu geißeln. "Seine kalte Verwahrlosung", schreibt Erenz, sage "einiges aus über das Verhältnis der Deutschen nicht nur zu ihrer Demokratiegeschichte, sondern auch zu ihrer De-

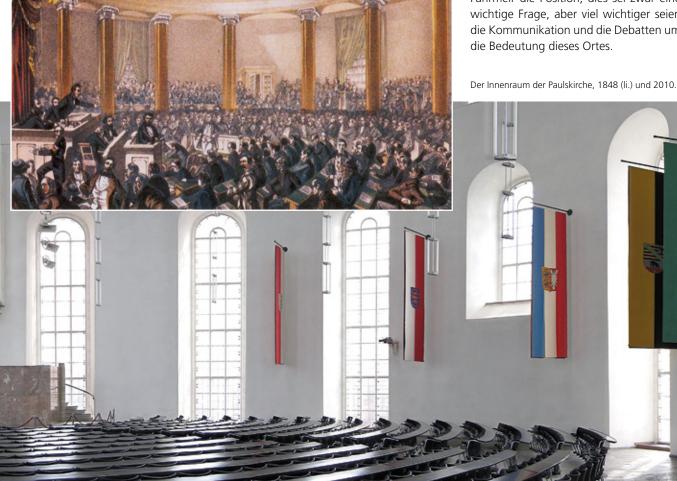


mokratie" (Die Zeit 42/2017, S. 21). Der Wiederaufbau der im Zweiten Weltkrieg ausgebrannten Kirche habe 1948 zu einem "verlogenen Zustand" geführt und sei mit einer "zweiten Zerstörung" vergleichbar (Die Zeit 22/2018, S. 17). Eine umfassende Neugestaltung müsse den parlamentarischen Raum wieder erfahrbar machen. Kürzlich hat Benedikt Erenz noch einmal nachgelegt und unter der Überschrift "Ranzige Trübnis" von der Paulskirche als einem "nationalen Sanierungsfall" gesprochen (Die Zeit 34/2018). Neben Erenz haben sich unterdessen auch viele andere zu Wort gemeldet. Die Zeit drängt, denn das 175-jährige Jubiläum der Paulskirche steht 2023 an und die Frage, wie dieses schon aus sicherheits- und brandschutztechnischen Gründen grundlegend sanierungsbedürftige Gebäude im Inneren renoviert und neugestaltet werden soll, treibt immer mehr Menschen, Parteien und Verbände um. Es ist daher hilfreich, dass Benedikt Erenz dieses Thema zu einer nationalen Frage gemacht hat. Denn die Paulskirche gehört zwar der Stadt Frankfurt am Main, ist aber ein zentrales Symbol der deutschen Demokratiegeschichte.

### Die Paulskirche als Leuchtturm der deutschen Demokratiegeschichte sichtbar machen

Anlässlich einer Veranstaltung der Regionalen Arbeitsgruppen Rhein-Main und Südhessen zum 170. Jahrestag der Eröffnung des Paulskirchenparlaments am 23. Mai 2018 – dem 69. Jahrestag des Grundgesetzes – im Historischen Museum in Frankfurt am Main forderte Prof. Dr. Bernd Faulenbach, dass die Paulskirche als "ein Leuchtturm der Erinne-

rungsorte an die deutsche Demokratie" erkennbar sein müsse. Angesichts einer gesellschaftspolitischen Entwicklung, bei der die Demokratie immer mehr in die Defensive gerate, sei eine Beschäftigung mit dem wechselvollen Kampf um die Durchsetzung der Demokratie umso wichtiger. Einen Schwerpunkt sieht Faulenbach in der außerordentlich unterschiedlichen Bewertung von Arbeit und Ergebnissen des Paulskirchenparlaments im Laufe dieser 170 Jahre. Der Frankfurter Neuhistoriker Prof. Dr. Andreas Fahrmeir beschäftigte sich unter anderem mit den ambivalenten Traditionslinien der Paulskirche. Neben der Erarbeitung von Grundrechten und liberalen Gesellschaftsvorstellungen seien mit der Paulskirche auch nationalistische Expansionsvorstellungen verbunden, die ihre Auswirkungen auf die weitere deutsche Entwicklung genommen hätten. Auch dürfe die parlamentarische Arbeit der Paulskirche nicht überhöht werden und müsse in einen Zusammenhang mit der Arbeit der Länderparlamente gesetzt und somit kontextualisiert werden. Zur Diskussion über die notwendigen baulichen Veränderungen vertritt Andreas Fahrmeir die Position, dies sei zwar eine wichtige Frage, aber viel wichtiger seien die Kommunikation und die Debatten um



Fotos: Historisches Museum Frankfurt (1848) + BlueKnow (2010), jeweils wikipedia.de

Gegen Vergessen – Für Demokratie I Nr. 98 / November 2018





Prof. Dr. Andreas Fahrmeir (links) und Prof. Dr. Bernd Faulenbach (rechts) bei der Veranstaltung von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. "170 Jahre Deutsche Nationalversammlung. Die Bedeutung der Paulskirche für die deutsche Demokratiegeschichte" am 23. Mai 2018 im Historischen Museum Frankfurt am Main.

#### » Für ein eigenständiges Besucherzentrum neben der Paulskirche

Zurzeit wird die Geschichte der Paulskirche im unteren Eingangsbereich erzählt: In etlichen Vitrinen hängen Texte, Grafiken und Bilder, die sich mit den verschiedenen Aspekten der Paulskirche von der Entstehung bis zu ihrer Wirkungsgeschichte beschäftigen. Wer mit einem besonderen Interesse eintritt und sich die Zeit nimmt, kann sich tatsächlich ein Bild von der Paulskirche und ihrer Bedeutung machen. Allerdings hat dies mit einer modernen, ansprechenden Museumspädagogik nichts zu tun. Und für Besucher aus anderen Ländern ist diese Präsentation ganz und gar unverständlich. Deutsches Museum à la 1970er Jahre. Daran ändert auch das großformatige Wandbild "Der Zug der Volksvertreter zur Paulskirche" des Westberliner Malers Johannes Grützke aus dem Jahr 1991 an der unteren Wandelhalle nichts. Erenz nennt es "Hohe Kunst der Ratlosigkeit". Der kleine Ausstellungsteil zur 1848er Revolution und zur Paulskirche im Historischen Museum in Frankfurt ist demgegenüber geradezu erbaulich und interessant, weil man sich zum Beispiel sehr direkt und unmittelbar mit einzelnen Persönlichkeiten beschäftigen kann, die für das Parlament prägend waren.

Daher ist die Paulskirche nicht nur in ihrem aktuellen baulichen Zustand ein Sanierungsfall – sie ist es auch hinsichtlich der Präsentation ihrer historischen Bedeutung. Für die Zukunft muss die Forderung lauten: Auf dem Paulsplatz neben der Paulskirche muss ein Besucherzentrum errichtet werden, in dem die Geschichte dieses Ortes und seine Wirkungsgeschichte für die deutsche Demokratieentwicklung ausführlich erzählt und modern präsentiert werden – ein Ort der Information und ein Lernort für die Geschichte der deutschen Demokratie. Bei der Gestaltung ist darauf zu achten, dass es für die vielen nationalen und internationalen Besucher der Stadt Frankfurt am Main ein attraktiver Anlaufpunkt wird.

### Geschichte in ihrer Ambivalenz und Widersprüchlichkeit erzählen

Inhaltlich sollten in einem solchen Zentrum alle wesentlichen Themenfelder aufgegriffen werden, die in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Paulskirchenparlament stehen: der Vormärz, die Revolutionen im Jahre 1848, die Wahlen zum Parlament sowie dessen Arbeit mit seinen Widersprüchen, Konflikten und schließlich dem "Höhepunkt", der Verfassung von 1849 – sprich, die Demokratiegeschichte des 19. Jahrhunderts. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen in Europa sollte dabei auf eine Einbindung der europäischen Dimension Wert gelegt werden.

Auch die Wirkungsgeschichte der Paulskirche sollte dargestellt werden. Zu fra-

gen wäre hier beispielsweise nach den Auswirkungen der ambivalenten Traditionen der Paulskirche auf das nationale Selbstverständnis oder nach dem Umgang der politischen Gruppierungen in Kaiserreich, Weimarer Republik, Nationalsozialismus, Bundesrepublik Deutschland und DDR mit diesen Traditionen. Aber auch die Frage nach der Bedeutung der verfassungsrechtlichen Arbeit des Paulskirchenparlaments für die deutsche Verfassungsgeschichte böte den Gästen eines Besucherzentrums spannende Anknüpfungspunkte.

Ein leitender Grundgedanke müsste es sein, die Ambivalenzen der Entwicklung deutlich zu machen. Es gab keinen geraden Weg zur heutigen Demokratie. Es war vielmehr eine Geschichte voller Widersprüche, Niederlagen, Opfer, Irr- und Umwege. Und genauso muss sie auch erzählt werden – nur dann spricht sie an, interessiert und ist lehrreich, weil sie zeigt, dass und wie die Demokratie erkämpft werden musste und dass sie keine Selbstverständlichkeit ist.

#### Renovierung – Restaurierung: Vorbild 19. oder 20. Jahrhundert?

Die Frage nach der inneren Umgestaltung des Gebäudes, das aus Mainsandstein gebaut wurde und nach seiner Fertigstellung 1830 zunächst als evangelische Stadtkirche fungierte, ist durchaus von Bedeutung – nicht nur in bautechnischer,

oto: Andreas Praefcke, wikipedia.de

sondern vor allem in politisch-historischer Hinsicht. Entschieden werden muss nämlich, ob mit einer Restaurierung der Zustand von 1848 wiederhergestellt oder ob die nach 1947 mit begrenzten Mitteln erfolgte schlichte Wiederaufbaukonzeption beibehalten werden soll.

Die erste Variante hätte zwei Vorteile: Es könnte besser verdeutlicht werden. wie die Paulskirche ursprünglich aussah. Auch würden durch einen solchen Umbau die charakteristischen hohen Säulen in den Saal zurückkehren, die damals die Empore hielten, von der aus das Volk seinem Parlament zuschauen konnte. Auch wenn man nicht für eine Restaurierung in den Zustand von 1848 eintritt, wäre letzteres für die zukünftige öffentliche Nutzung der Paulskirche durchaus wünschenswert.

Dagegen wird gehalten, dass die Paulskirche nach 1947 eine ganz eigenständige Geschichte für die und in der Bundesrepublik hatte – gerade in der schlichten Form, mit der sich der Innenraum heute präsentiert. Ein Rückbau in ehemalige Strukturen des 19. Jahrhunderts könnte museale Züge annehmen. Aber ein Museum will niemand, denn für alle Beteiligten ist klar, dass die Paulskirche auch in Zukunft ein zentraler Ort für besondere Veranstaltungen der Stadt, des Landes Hessen und der gesamten Republik bleiben muss

### Der Wiederaufbau der Paulskirche als ein "Symbol für ein neues Deutschland - im Stein und im Geiste" (Walter Kolb)

Das Sanierungsprojekt Paulskirche bedarf großer Anstrengungen, sowohl inhaltlichkonzeptioneller als auch finanzieller Art. Daher ist es gut, sich an die eindrucksvollen Worte des damaligen Frankfurter Oberbürgermeisters Walter Kolb zu erinnern, der 1947 die Notwendigkeit des Wiederaufbaus so begründete:

"Sollte man nicht lieber in solcher Not den Wiederaufbau der Paulskirche auf bessere Zeiten vertagen, für Dächer und Stuben sorgen und sich zur Hundertjahrfeier der deutschen Demokratie bescheiden in ihrer Ruine versammeln? Nein! Und nochmals nein! Ein großes Volk schafft nicht nur Dach und Brot für jeden einzelnen Bürger: es braucht auch ein Haus für sich selbst! Wie sich unsere Vä-



Die Paulskirche in Frankfurt am Main: Ein zentraler Ort der deutschen Demokratiegeschichte.

ter im Mittelalter in den Domen das Haus Gottes auf Erden bauten und sich an und in ihm erbauten, so muss auch unser werdender neuer Staat sich im Symbol neu erbauen. Ganz Deutschland muss die Paulskirche wieder aufbauen, von außen und von innen, im Stein wie im Geiste."

Natürlich ist die damalige Situation der Not mit der heutigen nicht annähernd vergleichbar. Dennoch gibt es einen vergleichbaren Aspekt: Es ist dieser "Geist", die symbolhafte Bedeutung der Paulskirche für die deutsche Demokratiegeschichte. Nur wenn es gelingt, über diesen Geist in einer öffentlichen Diskussion ein Einverständnis zu erzielen, wird es auch gelingen, die notwendigen Ideen und die Mittel freizusetzen, die für die anstehenden Bau- und Umbaumaßnahmen erforderlich sind.



Klaus Müller ist Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppe Südhessen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

privat oto: Stephan Zänker

### Das Haus der Weimarer Republik: Zentraler Erinnerungsort an die erste deutsche Demokratie

Die Weimarer Republik war die erste deutsche Demokratie. Einerseits verdanken wir ihr eine ganze Reihe wichtiger Errungenschaften, die heute selbstverständlich unseren Alltag prägen. Andererseits regt ihr Scheitern dazu an, sich mit der Gefährdung von Freiheit und Demokratie zu beschäftigen und daraus für aktuelles politisches Handeln Lehren zu ziehen. Deshalb ist es wichtig, dass sich Deutschland verstärkt mit der Weimarer Republik beschäftigt.

Der Gründungsort Weimar spielt dabei eine herausragende Rolle. Hier tagte im Jahr 1919 die Nationalversammlung und schuf die Grundlagen für die erste deutsche Demokratie. Der Aufbruch in die Demokratie, der in Weimar unter sehr schwierigen Bedingungen und nicht fehlerfrei gewagt wurde, ist eine Sternstunde der deutschen Geschichte.

Für Weimar liegt in der Pflege dieser Tradition eine große Chance. Keiner anderen deutschen Stadt ist es vergönnt, mit einer ganzen Epoche namentlich verbunden zu sein. Im Vorfeld des Jubiläums "100 Jahre Ausrufung der Weimarer Republik" wächst national und international das Interesse an dem Thema, die wissenschaft-

liche Forschung dazu gewinnt an Fahrt. Auch die Erschütterungen in der deutschen und internationalen Politik lenken die Aufmerksamkeit auf die erste deutsche Demokratie.

Aus dieser Erkenntnis heraus gründete sich im Jahr 2013 der Weimarer Republik e.V., der sich engagiert um die Erinnerungsarbeit kümmert. Seit 2015 koordiniert er Förderprojekte des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz, die eine kontinuierliche und bundesweite Arbeit ermöglichen. Und seit Februar 2014 präsentiert das Stadtmuseum Weimar die Sonderausstellung "Demokratie aus Weimar. Die Nationalversammlung 1919". Damit gibt es in der Stadt erstmals einen

dauerhaften Anlaufpunkt für das Thema. Die hohe Qualität der Ausstellung lockt zahlreiche Besucher an.

Trotz dieser Fortschritte war den Akteuren im Weimarer Republik e.V. von Anfang an klar, dass das Thema an herausgehobener Stelle in der Stadt Weimar, dem Gründungsort der Republik, erlebbar sein muss. Der Verein hat daher gemeinsam mit der Stadt Weimar in einem öffentlichen, transparenten Prozess nach möglichen Standorten für ein "Haus der Weimarer Republik" gesucht. Ausgewählt wurde die einstige Coudraysche Wagenremise am Theaterplatz. Als direktes Gegenüber des Tagungsortes Nationaltheater ist dieser Ort ideal und authentisch. Auch Größe

Das Gebäude der einstigen Coudrayschen Wagenremise liegt dem Nationaltheater und somit dem Tagungsort der Weimarer Nationalversammlung gegenüber. Der Altbau soll nun saniert und ergänzt werden, um dann in Zukunft das *Haus der Weimarer Republik* zu beherbergen.



Foto: Stephan Zänkei



Neben der Ausstellung wird es mit dem "Forum für Demokratie" einen Veranstaltungsbereich geben, der unterschiedliche Formate aufgreifen soll. Dafür ist ein sehr flexibles Raumprogramm geplant. Vorstellbar sind Lesungen, Diskussionen, moderne Debattenformate, Workshops, Seminare, Empfänge, Konzerte, Filmvorführungen. Das "Haus der Weimarer Republik" soll insbesondere zum Theaterplatz hin offen und einladend gestaltet werden. Dazu ist ein Begegnungszentrum mit Café, Shop und Foyer vorgesehen. Außerdem wird es ein Ort der Forschung sein: Ab 2020 soll hier die Forschungsstelle Weimarer Republik, die seit 2016 an der Friedrich-Schiller-Universität Jena besteht, ihren Sitz haben

und ihre Projekte vorantreiben. ■



Der Entwurf für das neue Haus der Weimarer Republik: Der geplante Ergänzungsbau aus Richtung des Zeughofes.

und Zustand des Gebäudes sind passend. Aus diesem Grund stellte die Stadt Weimar 2016 einen Antrag im Rahmen des Förderprogramms "Nationale Projekte des Städtebaus", der trotz mehrfacher Überzeichnung des Programms bewilligt wurde. Dadurch eröffnete sich die Chance, den zentralen Erinnerungsort an die erste deutsche Demokratie in ihrer Gründungsstadt Weimar zu etablieren.

Für das Projekt wurde im ersten Halbjahr 2017 ein europaweiter Architektenwettbewerb durchgeführt, an dem sich 61 Büros beteiligten. Eine elfköpfige Jury wählte aus ihnen die Preisträger aus. Den ersten Preis errang das Büro Muffler Architekten aus Tuttlingen, dessen Entwurf sieht die behutsame Sanierung des bestehenden Altbaus sowie einen Ergänzungsbau im Zeughof vor. Der Baustart ist für diesen Herbst geplant. Der Altbau soll Ende Juli 2019, der Ergänzungsbau Ende 2020 eingeweiht werden.

Parallel zu den Bauvorbereitungen laufen im Verein, der als Betreiber vorgesehen ist, die konzeptionellen Planungen für die inhaltliche Ausrichtung. Das "Haus der Weimarer Republik – Forum für Demokratie", so lautet der vollständige Titel, soll ein lebendiger Erinnerungsort sein. Er wird aus drei Bereichen bestehen, sie sind der musealen Gestaltung, der politischen Bildung und der wissenschaftlichen Forschung gewidmet. In einer Dauerausstel-

lung (ab 2019) soll die Weimarer Republik und ihre Verortung in der deutschen Demokratiegeschichte breiten Bevölkerungskreisen nahegebracht werden. Dies ist mit einem starken Gegenwartsbezug geplant, die Besucher sollen in eine Geschichte eintauchen, die sie zum Nachdenken anregt. Zusätzlich wird es einen Sonderausstellungsbereich geben, hier sind ab 2021 Wechselausstellungen zu besonderen Themen vorgesehen.

Das Deutsche Nationaltheater in Weimar im Jahr 1919. Hier tagte die Nationalversammlung und schuf die Grundlagen für die erste deutsche Demokratie.



Stephan Zänker ist Geschäftsführer des Weimarer Republik e.V.

Foto: Stadtmuseum Weima

#### Ruth Wunnicke



### Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. bloggt unter www.demokratiegeschichten.de

Warum ausgerechnet ein Blog? Das fragte mich ein Vereinsmitglied kürzlich am Telefon. Eine berechtigte Frage, nachdem wir in den vergangenen Jahren mehrere Broschüren zu unterschiedlichen Themen erarbeitet und veröffentlicht haben – auch zur Demokratiegeschichte. Nun also ein Blog. Ein Blog gibt uns die Möglichkeit, in kurzen Texten und mit eigenen Gedanken zeitnah auf (tages-) aktuelle Themen zu reagieren. Zum Beispiel höre ich morgens im Radio ein interessantes Interview, auf der Fahrt ins Büro entwickle ich dazu Gedanken und mittags steht der Beitrag schon im Blog. Ich brauche mit meinem Beitrag nicht auf die nächste Zeitschrift oder eine Broschüre im nächsten Jahr zu warten – wenn das Thema längst durch ist.

Jetzt könnte entgegnet werden: Das geht doch auch auf Facebook oder Twitter. Stimmt. Ginge auch. Aber bei einem Blog sind wir unser eigener Chef und niemand schreibt uns Geschäftsbedingungen, das Seitenlayout, den Inhalt oder die Länge eines Textes vor. Außerdem bietet der Blog die Gelegenheit, konzentriert über einen längeren Zeitraum zu einem Thema zu schreiben. Zum Beispiel über Demokratiegeschichten.

Was ist eigentlich ein Blog? Der (oder auch das) Blog ist wie ein öffentlich einsehbares Tagebuch oder Journal. Ein Blog ist eine Art Website, die regelmäßig mit neuen Texten gefüllt werden kann. Er wird von mindestens einer oder auch von mehreren Personen geführt – sogenannten Bloggern. Sie führen auf dem Blog ihre eigenen Aufzeichnungen, protokollieren Sachverhalte ("posten") oder schreiben Gedanken nieder. Und warum ausgerechnet Demokratiegeschichten? Ich bin versucht zu sagen:

Darum! Oder: Worüber denn sonst? Demokratie steckt schließlich im zweiten Teil unseres Vereinsnamens. Das heißt, wir können Demokratie ... Aber das wäre geflunkert. Denn ehrlich gesagt lernen wir Demokratiegeschichte noch.

Wenn Sie in den vergangenen Jahren im Museum waren oder Geschichtsliteratur lasen, haben Sie bestimmt einiges zur Migrationsgeschichte, zur Frauengeschichte oder zur Arbeitergeschichte gesehen und gelesen. Haben Sie auch etwas zur Demokratiegeschichte gesehen? Vermutlich wenig oder gar nichts. Denn die Demokratiegeschichte ist als Teilgebiet der Geschichte noch nicht genügend etabliert. Das hat auch einen Grund. Die Demokratiegeschichte ist nicht einfach und stringent zu erzählen. Sie erscheint noch wie etwas Fluides, das eingefangen werden muss. Demokratiegeschichte besteht nicht nur aus der großen beständigen Geschichte, die in Parlamenten und Landtagen geschrieben wird. Zu ihr zählen auch die kleinen Geschichten, die täglich überall vor Ort passiert sind. Menschen, die sich für etwas eingesetzt haben. Ein Ort, an dem sich Andersdenkende mit demokratischen Ideen getroffen haben und der heute ein Erinnerungsort ist oder sein könnte. Ein Ereignis, das rückblickend in vielen Orten und Regionen nachhaltig zu Veränderungen führte – wie ein Funke, der überspringt. Kurzum, wir wollen diese gro-Ben und kleinen Geschichten sammeln. Wir wollen den Begriff Demokratiegeschichte mit Leben füllen – eben mit Geschichten.

Was wollen wir mit dem Blog erzählen? Vor allem die Geschichten dahinter. Wir sammeln Bilder und Zitate und erzählen die Demokratiegeschichten, die darin stecken. Jahrestage und historische Ereignisse

werden durch die demokratiegeschichtliche Brille betrachtet. Wir blicken über den nationalen Tellerrand und erzählen Demokratiegeschichten aus anderen Ländern. Gesehenes und Gelesenes rund um die Demokratiegeschichte stellen wir vor. Und nicht zuletzt schauen wir aus der Gegenwart der aktuellen Ereignisse in die Geschichte. Der Blog soll auch anregen, selbst vor Ort nach Geschichten zu graben. Dafür liefern wir das Werkzeug. Kurzum: Wir fragen nach Veränderungen, Entwicklungen, Hilfsmitteln und suchen nach Vorbildern. Denn wir sind der Überzeugung, dass die Rückbesinnung auf historische Momente helfen kann, aktuelle Fragen und Probleme zu bearbeiten

Wer steckt hinter diesem Blog? Wir, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Berliner Geschäftsstelle. Wir machen uns langfristig Gedanken über Themen, die wir bloggen wollen, und schauen nach Ereignissen oder Jahrestagen, die für das Thema relevant sind. Wir halten täglich die Augen und Ohren für spannende Fragen offen, die wir mit Ihnen teilen möchten. Außerdem laden wir Gäste ein, über ihre Erfahrungen, Erinnerungen und Erkenntnisse zur Demokratiegeschichte auf unserem Blog zu schreiben.

Gefördert wird der Blog vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms "Demokratie leben!".

Und was können Sie tun? Diskutieren Sie mit! Zu jedem Blog-Eintrag gibt es eine Kommentarfunktion. Schreiben Sie Ihre Gedanken zu dem Thema. Vielleicht haben Sie ganz eigene, andere Erfahrungen und Erinnerungen? Stimmen Sie zu! Widersprechen Sie! Machen Sie mit uns gemeinsam den Blog zu einer lebendigen und aktiven Plattform. ■

**Ruth Wunnicke** ist Wissenschaftliche Referentin bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Erik Bettermann

# Wie die AfD versucht, Persönlichkeiten der Geschichte für ihre Zwecke zu instrumentalisieren

Die Meldung erreichte das *Gustav-Stresemann-Institut in Bonn* (GSI) im Dezember 2017: Die AfD plane, eine parteinahe Stiftung zu gründen und sie nach Gustav Stresemann zu benennen. Unsere ersten Reaktionen waren von zwei Empfindungen geprägt: Empörung darüber, dass sich eine Rechtsaußen-Partei anheischig macht, sich des Namens des Friedensnobelpreisträgers Stresemann zu bemächtigen, und zugleich die Sorge, dass sich das Vorgehen der AfD für das GSI als europäische Tagungs- und Bildungsstätte Bonn geschäftsschädigend auswirken werde.

Schnell waren wir uns im Klaren, dem politischen Wollen der AfD öffentlich unsere Meinung entgegenzusetzen. Unter der Überschrift Das GSI steht für Demokratie, Rechtstaatlichkeit und ein friedliches Europa zeigten wir Haltung: "Die Idee der AfD, sich für eine politische Stiftung mit dem Namen Gustav Stresemanns zu schmücken, zeigt einmal mehr, wie perfide und demokratieverachtend diese Partei ist." Denn das in der Satzung festgelegte Ziel des GSI ist es, insbesondere durch Jugendund Erwachsenenbildung politisches Verantwortungsbewusstsein zu stärken sowie die europäische Einigung und internationale Zusammenarbeit zu fördern. Die AfD, erläuterte Ansgar Burghof, der Vorstand des GSI, im Dezember 2017, widerspreche mit ihrer Ausgrenzungsstrategie diesen Idealen. Sich dennoch den Namen eines Staatsmanns auszuwählen, der 1926 für seine Aussöhnung mit Frankreich mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde und den Grundstein für eine europäische Integration gelegt hat, sei "eine Verhöhnung nicht nur des Lebenswerks Gustav Stresemanns, sondern auch aller, die sich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs unermüdlich für ein friedliches und demokratisches Europa eingesetzt haben."

Für uns war klar: Wir werden uns mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dagegen wehren, dass die Arbeit Stresemanns, der Einsatz der Gründer unseres Institutes und aller, die sich darin für Demokratie und Rechtstaatlichkeit einsetzen, durch die AfD beschädigt wird.

Mit unserer eindeutigen Haltung konnten wir uns in zahlreichen Medien posi-



Gustav Stresemann mit Journalisten, 1923. Stresemann personifizierte wie kaum ein anderer Politiker der 1920er Jahre den Typus des "Vernunftrepublikaners". Dieser Antipopulist steht konträr zum Selbstverständnis der AfD.

tionieren und uns nachdrücklich gegen die AfD stellen. Im Laufe der darauf folgenden Tage meldeten sich immer mehr Stimmen, die uns in unserer Einschätzung bestätigten: von der Familie Stresemanns bis zu Vertretern aus Medien, Wissenschaft und Politik. Sie alle machten deutlich, dass es für die Benennung einer der AfD nahen politischen Stiftung nach Gustav Stresemann keine inhaltliche Rechtfertigung gebe.

Mit dem Unterfangen, Persönlichkeiten der Geschichte für die Ziele der AfD zu vereinnahmen, versucht die selbsternannte Alternative zweierlei: Zum einen strickt sie an dem Mythos, sie sei die wahre Hüterin des Erbes jener Persönlichkeiten und hätte das Recht, sich auf sie zu berufen. Außerdem hätten alle anderen das Recht, sich darauf zu berufen, längst ver-

wirkt. Wie sehr diese Selbsteinschätzung an der Wirklichkeit vorbeigeht, zeigt in diesem Fall ein Blick in die Geschichtsbücher. Die Politik Gustav Stresemanns war an der Aussöhnung mit den ehemaligen Kriegsgegnern ausgerichtet, vor allem mit Frankreich. Stresemanns Friedenspolitik – auch sein Erfolg. Deutschland als vollwertiges Mitglied in den Völkerbund geführt zu haben – steht diametral zu Politik und Programmatik der AfD. Stresemanns größter diplomatischer Erfolg waren die Verträge von Locarno 1925, mit denen ihm die Rückkehr Deutschlands in die Staatengemeinschaft gelang. Für die Aussöhnung mit Frankreich erhielt Stresemann 1926 gemeinsam mit Aristide Briand den Friedensnobelpreis. Nicht zufällig war Stresemann die Hassfigur der Rechten in der Weimarer Republik, die ihn als "Erfüllungspolitiker" schmähten. »

17

» Stresemann personifizierte wie kaum ein anderer Politiker der 1920er Jahre den Typus des "Vernunftrepublikaners". Dieser Antipopulist steht konträr zum Selbstverständnis der AfD.

Zum anderen gehört die Umdeutung von Begriffen und historischen Personen zur Strategie der AfD, wenn es darum geht, sich den Weg in die Mitte der Gesellschaft zu bahnen. "Wahlerfolge der Rechtspopulisten tragen dazu bei, dass sich die Achse des Parteiensystems insgesamt nach rechts verschiebt", schreibt der Bonner Politikwissenschaftler Frank Decker in Aus Politik und Zeitgeschichte (40/2015). Einen angesehenen Staatsmann als Namensgeber für eine parteinahe politische Stiftung auszuwählen, ist Teil eben jener Strategie. Ganz davon zu schweigen, dass die AfD vermutlich sehr wohl weiß, dass solche Umdeutungsversuche medial begleitet werden und somit zu Aufmerksamkeit führen.



Das Gustav-Stresemann-Institut in Bonn verfolgt das Ziel insbesondere durch Jugend- und Erwachsenenbildung politisches Verantwortungsbewusstsein zu stärken sowie die europäische Einigung und internationale Zusammenarbeit zu fördern.

Auf ihrem Parteitag hat die AfD entschieden, ihre parteinahe Stiftung zunächst nach Erasmus von Rotterdam (*Desiderius-Erasmus-Stiftung*) zu benennen. Auch hier ist die Absicht deutlich erkennbar, einen längst etablierten Namen umzudeuten und für eigene – ganz andere – Zwecke einzusetzen. Geleitet wird die Stiftung von der früheren CDU-Abgeordneten Erika Steinbach. Innerhalb der AfD hatte sich

der Weidel-Flügel für Erasmus stark gemacht. Alexander Gauland beharrte auf Stresemann als Namensgeber. Der Parteitag verwies allerdings darauf, dass die Stiftung in *Gustav-Stresemann-Stiftung* umbenannt werden solle, sobald ein solcher Schritt "rechtssicher" sei.

Das GSI behält sich vor, für den Fall der Fälle juristisch gegen die AfD vorzugehen. Im Übrigen: Es gibt in Bonn bereits eine als rechtsfähig anerkannte *Gustav-Stresemann-Stiftung*, die aber gehört zum GSI.

**Erik Bettermann**, ehemaliger Intendant der Deutschen Welle, ist Präsident des Gustav-Stresemann-Institut e.V. und Vorstandsmitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Annalena Baasch

### Auf der Spurensuche nach Demokratie

Wer sich mit Demokratiegeschichte beschäftigt, kommt um das Jubiläumsjahr 2018 nicht herum. Schließlich wurde vor 100 Jahren in Weimar die erste parlamentarische Demokratie in Deutschland gegründet. Doch welche Spuren dieser und anderer demokratischer Zeiten können wir heute noch in unserer Lebenswelt finden? Dieser Frage sind wir in der Geschäftsstelle nachgegangen, unsere Ergebnisse haben wir in dem Arbeitsheft "Lokale Spurensuche im Themenfeld Demokratiegeschichte" festgehalten.

Neue Medien erweitern die Werkzeuge der Spurensuchenden.



Mit der *lokalen Spurensuche* möchten wir eine neue Methode präsentieren, die Demokratiegeschichte weiter erschließen soll. Ganz neu ist die Methode *lokale Spurensuche* allerdings nicht. Schließlich werden Spurensuchen seit circa 30 Jahren, etwa von Geschichtswerkstätten, durchgeführt. Dabei geht es den Spurensuchenden darum, die Geschichte vor Ort zu entdecken, nach Spuren in der Familie, auf der Arbeitsstelle, auf der Straße – sprich: im Alltag – Ausschau zu halten. Wo auch immer sie forschen und wem auch immer sie dabei begegnen, Spurensuchende erschließen sich eigenständig



Spurensuchen können überall durchgeführt werden.

ihren Zugang zur Geschichte und ziehen ihre eigenen Lehren und Schlüsse daraus.

Genau diesen Zugang zur Demokratiegeschichte möchten wir durch unsere Broschüre ermöglichen. Vielleicht wäre es präziser zu sagen: Wir wünschen uns, dass potenzielle Spurensuchende mithilfe des Arbeitshefts auf Ideen kommen, wo und wie sie ihren Zugang zur Demokratiegeschichte finden können. Statt Fachaufsätzen finden sie neben thematischen Einführungen viele Fragen und Platz für ihre Gedanken. Dazu kommen Hinweise zu Suchwegen und Vorschläge für Methoden zur Informationsgewinnung und -präsentation.

Eine Schritt-für-Schritt-Anleitung, an deren Ende ein fertiges Projekt steht, bietet die "Lokale Spurensuche im Themenfeld Demokratiegeschichte" also nicht. Aber wir sind überzeugt, dass unser Arbeitsheft eine Hilfeleistung darstellt, die viele

Anregungen liefert und den Weg zu einer erfolgreichen Spurensuche nach Demokratiegeschichte wesentlich erleichtert. Gerade auf lokaler Ebene bieten sich viele Möglichkeiten, Demokratie zu entdecken und in die Öffentlichkeit zu transportieren: Was trugen Ehrenamtliche zu einer lebendigen Demokratie bei? Nach wem ist die Straße vor meiner Haustür benannt? Was passierte in der Hinterstube unserer Stammkneipe? Warum feiern wir eigentlich ein Stadtfest?

Personen, Orte und Jubiläen: Das sind die drei Themenblöcke, die in der Handreichung in mehreren Unterkapiteln angesprochen werden. Ersichtlich wird dadurch, dass sich Demokratie niemals nur in der Ferne, sondern ganz besonders in den Gemeinden und im alltäglichen Miteinander abgespielt hat. Für viele Spurensuchende und für viele unserer Mitglieder ist der Blick zurück Motivation dafür, sich auch heute (für Demokratie) einzusetzen.

Welcher Weg wäre also besser geeignet, das Interesse für und an Demokratie zu fördern, als der, ihre Geschichte zu ergründen?

Die lokale Spurensuche Demokratiegeschichte kann ein Weg sein, demokratische Traditionen zurückzuverfolgen und den Blick dafür zu öffnen, was wir uns heute von der Demokratie erhoffen und wünschen. Und auch dafür, was Menschen vor uns für Demokratie getan haben und was wir heute tun können. In diesem Sinne hoffen wir, dass wir Sie neugierig auf unsere "Lokale Spurensuche im Themenfeld Demokratiegeschichte" gemacht haben.



**Annalena Baasch** ist Projektkoordinatorin in der Geschäftsstelle von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

#### **■** Buchinformation:

Annalena Baasch unter Mitwirkung von Michael Parak, Dennis Riffel und Ruth Wunnicke: Lokale Spurensuche im Themenfeld Demokratiegeschichte.

Broschüre, 94 Seiten • ISBN: 978-3-00-060681-6

Wir senden Ihnen gern kostenlos ein Exemplar zu: Kontakt: Annalena Baasch, baasch@gegen-vergessen.de Ilse Macek

### 80. Jahrestag des 9. November 1938

20 Jahre Namenslesung zum Gedenken an die verfolgten und ermordeten jüdischen Münchnerinnen und Münchner

1998 veranstaltete die Israelitische Kultusgemeinde München und Oberbayern mit der seit fünf Jahren bestehenden Regionalen Arbeitsgruppe von Gegen Vergessen - Für Demokratie e.V. in München das erste Mal die Namenslesung "Jeder Mensch hat einen Namen" zum Gedenken an die in der NS-Zeit verfolgten und ermordeten jüdischen Münchnerinnen und Münchner. Die Initiative ging von Dr. Hans-Jochen Vogel aus, anlässlich des 60. Jahrestages der "Reichskristallnacht" vom 9. November 1938. Damals war nicht abzusehen, was sich aus dieser würdigenden und eindringlichen Form des Gedenkens entwickeln würde. Inzwischen ist die jährlich wiederkehrende Namenslesung zu einem integralen Bestandteil der Münchner Erinnerungskultur geworden.

Vor 1998 war es allein die jüdische Gemeinde gewesen, die am 9. November am Gedenkstein der Hauptsynagoge trauerte, die Hitler bereits im Juni 1938 hatte abreißen lassen. Sie gedachte ihrer verlorenen Mitglieder, der ermordeten Verwandten und Bekannten, des Untergangs der jüdischen Gemeinde Münchens und hieß die wenigen nichtjüdischen Zuhörenden willkommen. Freilich hatte zum Zeitpunkt der ersten zentralen Namenslesung die sogenannte "Neue Geschichtsbewegung" ihren Höhepunkt längst erreicht. Diese befasste sich mittels Alltags- und Stadtteilgeschichte sowie Oral History mit der NS-Zeit, jüdischem Leben und dem Holocaust. Sie speiste sich auch in München vor allem aus der Arbeit der in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre gegründeten Geschichtswerkstätten vor Ort. Es gab Stadtteile, etwa Berg am Laim, wo schon zehn Jahre früher, oder Milbertshofen, wo an einem 1982 aufgestellten Mahnmal, am 9. November Gedenkveranstaltungen durchgeführt wurden. In diesen Stadtteilen hatten sich die zwei großen Sammel- und Deportationslager Münchens befunden.



Kantor Moshe Fishel singt das "El Mole Rachamim"; München, 9. November 2015.

Die zentrale Namenslesung schien und scheint in ihrer Schlichtheit jedoch auch heute noch einem Bedürfnis zu entsprechen und wird von der Allgemeinheit als wichtig und bewegend wahrgenommen. Vielleicht als eine Art "Trauerarbeit", da sie versucht, den ermordeten und fast vergessenen jüdischen Münchner Bürgerinnen und Bürgern Epitaphe zu setzen.

Sie war möglich geworden, weil das Münchner Stadtarchiv seit Anfang der 1990er Jahre ein umfangreiches Forschungsprojekt auf die Beine gestellt hatte, das ständig erweitert wurde und die Grundlage zur Namenslesung lieferte. Inzwischen sind etwa 4.600 Jüdinnen und Juden, die zwischen 1933 und 1945 in München lebten, hier den Tod fanden, in den Lagern im Osten ermordet wurden oder Suizid begingen, im *Biografischen Gedenkbuch* aufgeführt.

Eine Arbeitsgruppe Gedenken an den 9. November 1938 aus Ehrenamtlichen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Israelitischen Kultusgemeinde und von Institutionen und städtischen Fachreferaten plant

und organisiert nun jedes Jahr zum 9. November die Namenslesung am Gedenkstein der ehemaligen Hauptsynagoge. Sie recherchieren umfassend, schreiben Texte und Biografien, bedienen die Internetplattform mit ihrem Archiv, gewinnen Lesende, organisieren die Veranstaltungen des Gedenktages, führen sie durch und dokumentieren sie. Von den 25 Münchner Stadtbezirken gestalten einige jedes Jahr, viele alle fünf Jahre, eigene Namenslesungen und Gedenkveranstaltungen.

In der zentralen Namenslesung wird die einst gewählte Form bis heute gewahrt, die Inhalte wurden jedoch ständig erweitert. Zwischentexte, Lebensgeschichten und Bilder der Ermordeten sind hinzugekommen; jedes Jahr wird ein spezifisches Thema oder eine besondere Gruppe von verfolgten jüdischen Münchnerinnen und Münchnern ausgewählt. Waren es in einem Jahr diejenigen, die in der ersten großen Deportation im November 1941 nach Kaunas deportiert wurden, waren es im nächsten die Teilnehmer des Ersten Weltkriegs, dann die Kranken aus dem jüdischen Spital, die

otos: Marina Meisel



Die Sprecherin der Regionalen Arbeitsgruppe München und Autorin dieses Beitrags, Ilse Macek, bei der Namenslesung im November 2016.

Kinder und Jugendlichen, ein anderes Mal die künstlerisch Tätigen. 2018 sind es die über 1.000 jüdischen Münchner, die in den Tagen des Novemberpogroms ins Konzentrationslager Dachau verschleppt wurden, dort oder später mit ihren Familien in den Lagern im Osten ermordet wurden oder sich vor dem Hintergrund der Ereignisse das Leben nahmen. Die Vortragenden sind Persönlichkeiten der Stadtgesellschaft, Journalisten, Schauspieler, Kunstschaffende, Polizisten, Feuerwehrleute und immer auch Jugendliche aus Schulen, Universitäten oder Jugendorganisationen.

Zeitgleich bietet die Veranstaltung ein Rahmenprogramm: ein Zeitzeugenforum im Neuen Rathaus, Stadtführungen zu Wohnadressen von Verfolgten zwischen dem Alten Rathaus und dem Gedenkstein ("Weg der Erinnerung") und im Anschluss an die Lesung eine feierliche Gedenkstunde im Alten Rathaus, wo Joseph Goebbels am 9. November 1938 eine Hetzrede hielt und zu Gewalttaten in ganz Deutschland aufrief. Seit einem Jahr steht der Gedenktag 9. November unter der Schirmherrschaft des Münchner Oberbürgermeisters.

Warum jedes Jahr die Namenslesung:

 Der Holocaust wird kaum noch durch diejenigen bezeugt, die ihn überlebt haben; ebenso geht es hierzulande mit der Generation zu Ende, die sich durch die Auseinandersetzung mit dem Holocaust identifizierte. Die heranwachsende, inzwischen vierte Generation nach 1945 empfindet das Wissen um die Geschichte des größten Menschheitsverbrechens nicht mehr als zentral; Migranten und deren Kinder blicken mit ganz anderen Augen auf die Vergangenheit. Auch in der Forschung stehen die Opfer nicht mehr im Mittelpunkt.

- Die Namenslesung vermittelt ohne spektakuläre Mittel und Medien nach wie vor fehlendes Wissen: Auch wenn es an Mahnmalen für die Opfer und Gedenkstätten nicht mangelt und die deutsche NS-Vergangenheit Bestandteil der Lehrpläne ist, lässt es eine Katastrophe in so riesiger Dimension laut dem Historiker Wolfgang Benz als "durchaus angebracht" erscheinen, immer wieder und wieder vermittelt zu werden. Es sei wichtig, ihr "auch in der öffentlichen Erinnerung, in der politischen Kultur des Landes großen Raum zu geben."
- Die Namenslesung löst Emotionen aus: Die vorgetragenen Beweise für die nationalsozialistischen Mordtaten sind doch immer wieder – für die Lesenden wie für die Zuhörenden – unbegreiflich, verunsichernd. Sie rufen Sorge und Scham, aber auch tiefes Mitgefühl hervor, und sie tun dies ohne erhobenen Zeigefinger und ohne der "Betroffenheitskultur" zu frönen. Die Männer, Frauen und Kinder, die nur wegen ihrer jüdischen Herkunft ausgegrenzt, verfolgt, misshandelt und ermordet wurden, werden zu einst lebendigen Menschen mit einer jeweils eigenen Geschichte. Affektiv besetzte

Informationen sind maßgeblich für das semantische, das "sinngebende" Gedächtnis, sie prägen sich stärker und länger ein als Zahlen und Fakten.

- Das gemeinsame Gedenken an die Opfer stiftet Identität: Die in der Namenslesung genannten Opfer sollen in das "kulturelle Gedächtnis" der Stadt zurückgeholt werden, in ein kollektiv geteiltes Wissen über die Menschen, die hier gelebt und gelitten haben. Dies funktioniert nur durch Wiederholung – ohne in leere, pflichtgemäße Ritualisierung oder Pseudoreligiosität abzugleiten. Die Schaffung gemeinsamer und möglichst charakteristischer Gedenktraditionen, in der sich viele Menschen wiederfinden, ist identitätsstiftend.
- Das Gedenken an die Opfer ist eine wichtige ethische und gesellschaftspolitische Aufgabe: Der offene und öffentliche Umgang mit den verbrecherischen Gewalttaten an der jüdischen Minderheit in der Vergangenheit hilft, die Opfer im kollektiven Gedächtnis zu verankern. Sich diesen Teil der Geschichte bewusst zu machen eröffnet gleichzeitig die Möglichkeit, in die Zukunft zu planen, gesellschaftlich und persönlich die richtigen Entscheidungen zu treffen, sich solidarisch mit der jüdischen Minderheit zu zeigen und die Verantwortung dafür zu übernehmen, dass so etwas nicht wieder geschehen kann. ■

**Ilse Macek** ist Sprecherin der Regionalen Arbeitsgruppe München von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.



Helen Ahner, Manuela Epting, Alex Renz, Vanessa Watkins

### Mut (zu) erzählen!

"Mut von gestern ist unsere Freiheit von heute." So lautet der Slogan der Aktion Menschen mit Mut – couragiert leben in Herrenberg! Aber wie genau sieht er aus, dieser Mut? Das will das Team Beteiligung und Engagement der Stadt Herrenberg zusammen mit dem Ludwig-Uhland-Institut für Empirische Kulturwissenschaft der Universität Tübingen im Rahmen eines Kooperationsprojektes herausfinden, in dem sie Geschichten von mutigen Herrenberger\*innen sammeln. Das Kooperationsprojekt wird im Rahmen des Bundesprogramms "Demokratie leben!" des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

Mit einem alten VW-Bus als "Mutmobil" machten sich Studierende der Universität Tübingen auf zu Gemeindefesten und "Hocketsen", also zu lokalen Stadtteilfesten, in allen Herrenberger Stadtteilen. So waren sie im Verlauf des vergangenen Semesters auf neun Festen zu Gast. Denn neben der Sammlung von "Mutgeschichten" war es ein wesentliches Ziel, die Individualität der acht Stadtteile aufzuzeigen und dabei die gemeinsame Herrenberger Identität zu fördern. Der Kontakt zwischen den Stadtteilen wird in der gemeinsamen, stadtteilverbindenden Ausstellung 2019 gipfeln.

Die Mission der Studierenden auf den Stadtteilfesten war immer dieselbe: die Suche nach "Mutgeschichten", nach Erzählungen von Menschen, die sich mutig für oder gegen etwas eingesetzt haben, das ihr Leben oder das Leben von anderen verbessert hat – häufig auch gegen Widerstände. Nicht immer gestaltete sich die Suche einfach, denn es braucht bereits Mut, eine persönliche Geschichte zu erzählen, womöglich in aller Öffentlichkeit. Auch ist der Begriff, so klar er zunächst erscheinen mag, diffus: Was ist Mut? Was heißt es, mutig zu sein? Wo ist der Unterschied zur Zivilcourage? Ist das Mut oder soziales Engagement? Oder ist das schlicht selbstverständlich?

Die Antworten auf die Frage nach Mut waren entsprechend vielfältig: Vom mutigen Einschreiten gegen Drängler in der Würstchenschlange bekamen die Studierenden erzählt, von der spektakulären Verbrecherjagd im Taxi und der spontanen Heirat in einem fernen Land. Es ging um den Mut, einer schlimmen Krankheit entgegenzutreten, sich trotz fortgeschrittenen Alters einer beruflichen Umorientierung zu stellen, wider den Dorftratsch zur Adoption eines Kindes zu stehen, und immer wieder um den Mut, sich zu engagieren. Am Ende des Sommersemesters waren noch nicht alle Interviews geführt und ausgewertet, denn auch telefonisch oder über die Homepage konnten Geschichten eingereicht werden. Eine Vielzahl an "mutigen" Kontakten wurden über Multiplikatoren an uns weitergeleitet. Ein vorläufiges Ergebnis lautet, neben der Diversität der Geschichten: Soziales Engagement wird am häufigsten als Antwort auf die Frage nach Mut im Sinne von Zivilcourage benannt. Eine Antwort,

Das Mutmobil in der Hägisstraße Oberjesingen.





Interview im Mutmobil nach der Blütenwanderung in Gültstein.

die deutlich macht, wie sehr Demokratie und der persönliche Einsatz dafür im lokalen, persönlichen Umfeld stattfindet – auf freiwilliger, ehrenamtlicher Basis. Demokratie zu leben heißt also, sich zu engagieren.

Dazu braucht es nicht immer expliziten Mut. Oft bezeichneten die Engagierten ihren ehrenamtlichen Einsatz als "selbstverständlich", erkannten die dazugehörige "Mutgeschichte" zunächst gar nicht als solche, sondern sprachen erst nach Aufforderung durch Freunde, Bekannte oder Familienmitglieder zögerlich und bescheiden ins Aufnahmegerät. Das zeugt nicht nur von der schwäbischen Bescheidenheit, sondern vor allem von einer Gesellschaft, in der Engagement der Regelfall ist – eigentlich ein schöner Befund. Dennoch deuten die "Mutgeschichten" auch auf Missstände hin, denen entgegenzutreten Mut erfordert.

Auch den Studierenden verlangt ein solches Projekt Mut ab, um im Bild zu bleiben. Jenseits des Elfenbeinturms, der bekannten, universitären Strukturen, stellte das ländliche, dialektale Forschungsfeld der schwäbischen Kleinstadt eine Herausforderung für sie dar. In Lehrforschungsprojekten lassen aber

genau solche Irritationsmomente erkennen, wo und wie theoretisches Wissen in der Praxis einen Platz finden kann, sie sind sogar didaktisches Ziel. Neben dem persönlichen Mehrwert, die solche Praxiserfahrung Studierenden bieten kann, geht es auch darum, sich für eine demokratische Gesellschaft zu engagieren, denn ein solches Format verlangt den Studierenden weit mehr Zeit und Arbeit ab als herkömmliche Seminare.

Die mit dem "Mutmobil" gesammelten Geschichten werden im kommenden Wintersemester – wieder im Rahmen eines studentischen Seminars – in eine Ausstellung übersetzt, die ab März 2019 in Herrenberg zu sehen sein wird. Jetzt geht es darum, das couragierte Handeln sichtbar zu machen, die erzählten Geschichten in ein Raumbild zu überführen, das nicht nur inhaltlich, sondern auch visuell überzeugen kann. Es geht darum, den Mut der Herrenberger\*innen in all seiner Vielfalt. Verschiedenheit und Vielzahl darzustellen. Im besten Fall profitieren nicht nur das Projekt "Menschen mit Mut" und die Studierenden der Universität Tübingen davon, sondern ermutigt die Ausstellung Menschen in Herrenberg und darüber hinaus, sich für Dinge einzusetzen, die ihnen wichtig sind. Denn: "Der Mut von heute ist unsere Freiheit von morgen." ■

### Hinweis:

Informationen finden Sie unter www.mutgeschichten-herrenberg.de sowie unter https://uni-tuebingen.de/fakultaeten/wirtschafts-und-sozialwissenschaftliche-fakultaet/faecher/emp-kulturwissenschaftlforschung/kooperationen/mutgeschichten.html. Wenn Sie Fragen haben, können Sie gerne Manuela Epting und Vanessa Watkins von der Herrenberger Partnerschaft für Demokratie sowie Helen Ahner und Alex Renz vom Ludwig-Uhland-Institut der Empirischen Kulturwissenschaft, Universität Tübingen kontaktieren.

Vanessa Watkins arbeitet für das federführende Amt der Herrenberger Partnerschaft für Demokratie und ist Referentin für Bürgerprojekte. Manuela Epting arbeitet für die Koordinations- und Fachstelle der Herrenberger Partnerschaft für Demokratie und beim Stadtjugendring Herrenberg. Helen Ahner und Alex Renz arbeiten für das Ludwig-Uhland-Institut der Empirischen Kulturwissenschaft der Universität Tübingen.



Winfried Nachtwei

### Eigene Geschichte im Vordergrund statt falsche Kontinuitäten – Vorschläge zur bundeswehreigenen Traditionspflege

In Politik und Öffentlichkeit wird militärische Traditionspflege in der Regel nur dann zu einem Thema, wenn etwas "passiert" ist und Verdacht auf Wehrmachtsverharmlosung besteht. So war es auch 2017, als Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen nach skandalträchtigen Vorkommnissen in der Truppe eine Überarbeitung des Traditionserlasses von 1982 anordnete. Dies war auch überfällig. Denn in 35 Jahren hatte sich Entscheidendes geändert: Ende des Ost-West-Konflikts, der neue Auftrag Krisenbewältigung, erste Kriegserfahrungen, die fortschreitende multinationale Integration, die volle Öffnung der Bundeswehr für Frauen und die Aussetzung der Wehrpflicht, die schärfere Bewertung der Wehrmacht und das Abtreten der Kriegsgeneration.

### Stellenwert von Tradition in der Bundeswehr

Streitkräfte haben generell einen besonderen Bedarf an gemeinsamem Selbstverständnis, an innerem Zusammenhalt und damit auch an Vorbildern und Traditionen. Die konkreten Traditionsbedürfnisse in der Bundeswehr sind sehr verschieden, je nach Truppengattungen und Verbänden, nach Nähe und Ferne zum militärischen Kampf. Hauptträger von Traditionen sind Verbände. Bei der jüngsten Überarbeitung des Traditionserlasses wurde erstmalig auch nach den Traditionsbedürfnissen der Soldaten gefragt.

Tradition ist laut Erlass ein Prozess der "wertegeleiteten Auseinandersetzung mit der Vergangenheit" und einerseits von Brauchtum, andererseits von (Militär-) Geschichte zu unterscheiden. In Streitkräften, die auf das Grundgesetz und das Völkerrecht verpflichtet sind und deren Soldaten eben keine Söldner sein sollen, gehören das Wie und das Wofür des soldatischen Verhaltens und Handelns untrennbar zusammen. Militärische Leistungen können militärfachlich sehr lehrreich und auch erinnernswert sein. Für sich allein und losgelöst vom Wofür und den Grundwerten des Soldatenberufs im Rechtsstaat können sie aber nicht traditionswürdig sein. Wehrmachtsverbände sind also generell nicht traditionswürdig.

Welche Ereignisse, Operationen und Personen aus der Bundeswehrgeschichte, aus der deutschen (Militär-) Geschichte sind



Ehrenkodex des Deutschen Einsatzkontingents ISAF (Afghanistan).

für Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr beispielhaft, vorbildhaft, vielleicht traditionswürdig? Womit können sich Bundeswehrsoldaten identifizieren, worauf können sie berechtigt stolz sein?

Militärische Traditionen erlauben Rückschlüsse auf das Selbstverständnis und den Geist von Streitkräften. Sie beeinflussen ihr Bild in der Öffentlichkeit, das Vertrauen in ihren Friedens- und Schutzauftrag und damit auch ihre Akzeptanz. Insofern sind militärische Traditionen nicht einfach eine innere Angelegenheit der Truppe. Sie sollten auch gegenüber der Gesellschaft verständlich sein und überzeugen können. Dafür ist von entscheidender Bedeutung,

dass die Traditionspflege glaubwürdig und ehrlich ist, Grautöne benennt und berechtigtes Selbstbewusstsein nicht mit Schönrednerei und Selbstbeweihräucherung verwechselt

#### Vorschläge zu einer bundeswehreigenen Traditionsbildung

Jahrelang galt mein Hauptinteresse den Schattenseiten der Traditionspflege der Bundeswehr. Wir Fachpolitiker im Verteidigungsausschuss wussten immer schnell, was nicht ging. Konstruktive Vorschläge waren nicht unsere Stärke. Der neue Traditionserlass richtet den Fokus auf über 60 Jahre Bundeswehrgeschichte - zu Recht. Konkrete Vorschläge zur bundeswehreigenen Traditionspflege mache ich vor dem Hintergrund zahlloser Begegnungen mit Bundeswehrangehörigen und rund 40 Besuchen in Einsatzgebieten seit Mitte der 1990er Jahre – und vor dem Hintergrund langjähriger Beschäftigung mit dem deutschen Vernichtungskrieg im Osten, mit Kolonialkriegen und dem Vietnamkrieg. Die folgenden Ereignisse, Verhaltensweisen und Personen halte ich für beispiel- und vorbildhaft, zum Teil auch traditionswürdig. Sie wurden in Vorträgen bei Veranstaltungen des Heeres ausführlich dargestellt (siehe www. nachtwei.de). Bei allem Beispielhaften spreche ich auch Schattenseiten, zwiespältige und schlechte Traditionen an.

**Die frühe Bundeswehr** Mitte der 1960er Jahre: Die erste Wehrpflichtarmee für die Demokratie auf deutschem



Multinationalität: Deutsch-Niederländisches Korps in Münster.

Boden! Wesentlich mit aufgebaut von 40.000 ehemaligen Wehrmachtsangehörigen, von denen viele den fundamentalen Wandel zu einer neuen Art von Armee mittrugen. Auch wenn der Ton damals rauer war. Der Autor erlebte den "Staatsbürger in Uniform", wo ein Soldat mehr verbriefte Rechte hatte als ein Student an der damaligen Ordinarienuniversität.

Internationale Hilfseinsätze begannen 1960 mit der Erdbebenhilfe für Agadir in Marokko. Seitdem leistete die Bundeswehr über 130 internationale Hilfseinsätze. Mit der Hamburger Sturmflut 1962 begann die Traditionslinie der innerdeutschen Katastrophenhilfe der Bundeswehr.

### **Bundeswehr im Kalten Krieg:**

Der Wille zur Kriegsverhütung und Friedenssicherung war ein historischer Paradigmenwechsel. Bei Großübungen bewährte sich der deutsche Führungsprozess. Zusammen mit der praktizierten transatlantischen und westeuropäischen Integration entstanden hier zentrale Traditionslinien. Dass dies mit enormer Hochrüstung einherging, mit der Gratwanderung der atomaren Abschreckung und "Heimatverteidigung", die mehrfach knapp am Super-GAU vorbeischrammte, ist sehr erinnernswert, aber sicher nicht traditionswürdig.

#### Rückkehr des Krieges nach Europa:

Von 1992 bis 1996 unterstützte die Bundesluftwaffe mit 1.412 Hilfsflügen die Luftbrücke in das belagerte Sarajevo. Mit einer Spitzendelegation meiner Fraktion besuchte ich im Oktober 1996 das kriegszerstörte Bosnien. Ein Jahr nach dem Friedensvertrag von Dayton wurde für uns Kritiker von Auslandseinsätzen am Hang von Sarajevo die Erkenntnis unausweichlich, dass in bestimmten Situationen zum Schutz vor Massengewalt der Einsatz militärischer Gewalt notwendig, legitim und verantwortbar sein kann. Bei IFOR begegneten uns Bundeswehrsoldaten, die den Auftrag der Vereinten Nationen zur Kriegsverhütung überzeugt in die Tat umsetzten. Das Kommando Spezialkräfte führte mehrere Zugriffsoperationen gegen mutmaßliche Kriegsverbrecher durch, die dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien überstellt wurden. Als im September 2012 nach 17 Jahren die deutsche Beteiligung am multinationalen Bosnieneinsatz endete. hatte die Bundeswehr gewaltarm, erfolgreich und vorbildhaft zum Auftrag Kriegsverhütung in Bosnien beigetragen. Wahrlich ein Grund, stolz darauf zu sein! Hierzulande fand dieser Großerfolg keine Beachtung und wurde weitgehend vergessen.

#### Nachkriegsstabilisierung im Kosovo:

Der Kosovo-Luftkrieg der NATO 1999 geschah ohne ein UN-Mandat und ist bis heute heftig umstritten. Letztlich wurde aber die Totalvertreibung der Kosovo-Albaner verhindert, ihre Massenvertreibung rückgängig gemacht. Sehr erinnernswert, aber wenig traditionswürdig war der Rückschlag der Märzunruhen 2004. Umso mehr wurde danach aus Fehlern gelernt.

### Afghanistan – vom Stabilisierungseinsatz zur Aufstandsbekämpfung:

Bei einem Besuch in Kunduz im Mai 2007 waren die Aufbaufortschritte auffällig. Zwei Wochen später der Schock: Auf dem Markt fielen drei Bundeswehrsoldaten und sieben afghanische Zivilisten einem Selbstmordattentäter zum Opfer. Die Solidaritätsresolution der Rechtsgelehrten, Ältesten, Lehrerschaft, Schüler und Handwerksgenossenschaft der Provinz Kunduz erklärte, die Anwesenheit des deutschen Provisional Reconstruction Teams (PRT) sei so "notwendig wie das Wasser zum Leben." Die seitdem schrittweise Verschlechterung der Sicherheitslage wurde in Berlin schöngeredet und verdrängt. Zutage trat eine beispielhaft schlechte Tradition.

Im Krieg: Am 29. April 2009 geriet eine Patrouille des PRT Kunduz in einen komplexen, militärisch geführten Hinterhalt. Der Hauptgefreite Sergej Motz vom Jägerbataillon 292 fiel als erster Bundeswehrsoldat im Gefecht. Am 4. Juni 2009 behaupteten sich Kräfte der Ouick Reaction Force (QRF) 3 in einem fünfstündigen Gefecht gegen bis zu 100 Aufständische ohne Verluste. Hauptfeldwebel Jan Hecht schilderte später, wie hervorragend selbstständig seine Soldaten sich dabei bewährten und Rücksicht auf die Zivilbevölkerung nahmen.

Mit der QRF 5 führte ab April 2010 erstmalig ein Gefechtsverband der Bundeswehr geschlossen über mehrere Monate außerhalb des Feldlagers einen Kampfeinsatz in der Provinz Baghlan. Hier ge-»



Tag des Peacekeepers 2017.

» lang es in offensiver Operationsführung, die Aufständischen zurückzudrängen und Aufbaumaßnahmen zu ermöglichen. Das geschah in Abstimmung mit Ältesten, entschlossen, klug und mit besonderer Rücksicht auf die Bevölkerung. (Dass der ISAF-Einsatz 2014 kein sicheres Umfeld zurückließ, lag an strategischen Fehlern des internationalen Einsatzes und einem kollektiven politischen Führungsversagen in maßgeblichen Hauptstädten.)

Die von mir geleitete unabhängige G36-Kommission brachte umfassende Einblicke in die scharfen Seiten der deutschen Auslandseinsätze. Militärische Gewalt wurde insgesamt zurückhaltend bis gar nicht, in der kriegerischen Phase des ISAF-Einsatzes auf der taktischen Ebene insgesamt kontrolliert und wirksam eingesetzt. Bei den über 150 befragten infanteristischen Kämpfern war der Staatsbürger in Uniform noch deutlich erkennbar. Hoch angesehen sind die unbewaffneten deutschen Militärbeobachter in extrem fordernden UN-Missionen.

#### **Andere Kameraden und Partner:**

Schon lange selbstverständlich ist die Multinationalität. Oft haben Bundeswehrsoldaten auch vorbildhaftes Verhalten bei verbündeten Kameraden erlebt. 14 US-Soldaten wurden im Mai 2010 mit

dem Ehrenkreuz der Bundeswehr in Gold ausgezeichnet, weil sie beim sogenannten Karfreitagsgefecht am 2. April 2010 in der Provinz Kunduz unter schwerem Beschuss tote und verwundete Bundeswehrsoldaten mit ihren Hubschraubern ausgeflogen hatten.

Im heutigen Stabsgebäude des Deutsch-Niederländischen Korps in Münster befand sich zur Zeit des Zweiten Weltkriegs der Sitz des Befehlshabers im Wehrkreis VI, aus dem 14 Divisionen in den Angriffskrieg gegen die europäischen Nachbarn geschickt wurden. Die seit 22 Jahren bestehende enge militärische Integration der ehemaligen Kriegsgegner ist ein Vertrauensbeweis sondergleichen. Das Korps ist zugleich ein Pionier des vernetzten Ansatzes, der Zusammenarbeit mit Polizisten, Diplomaten und Zivilexperten. Diese Tradition im Werden zeigt seit 2013 alljährlich am Tag des Peacekeepers Gesicht.

Wenn solche und andere Fälle von beispielhaftem Verhalten bekannt gemacht werden, können sie Identifikation und Zusammenhalt in einer Bundeswehr, die für kollektive Friedenssicherung steht, fördern und zugleich große Teile der Bevölkerung erreichen. Das muss aber mit einer Wirkungsbilanz der Einsätze einher-

gehen, mit einer selbstkritischen Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte, mit verstärkter historisch-politischer
Bildung in der Bundeswehr. Eine Traditionspflege, die gängige Schönrednerei auf
den Umgang mit der eigenen Geschichte
ausdehnt, wäre kontraproduktiv. Eine
selbstbewusste und ehrliche Traditionspflege in der Parlamentsarmee Bundeswehr braucht das konstruktive, nicht nur
das reaktive Interesse von Politik und Gesellschaft.

#### Hinweis:

Viele weitere Beiträge zu Auslandseinsätzen, Erinnerungsarbeit, Friedensund Sicherheitspolitik finden Sie unter www.nachtwei.de.

**Winfried Nachtwei** war 1994 bis 2009 Mitglied des Bundestages und dort im Verteidigungsausschuss. Er ist Mitglied des Beirats Innere Führung des Verteidigungsministeriums und des Beirats Zivile Krisenprävention des Auswärtigen Amts und Vorstandsmitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Bernd Faulenbach

## Zur erinnerungspolitischen Rolle des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge

Der Volksbund, lange Zeit der dominierende Akteur der Gedenkkultur in Deutschland, steht vor einem runden Jubiläum. Wie andere Einrichtungen wurde er nach dem Ersten Weltkrieg gegründet, dieser Epochenscheide deutscher Geschichte.

Die 100-jährige Geschichte des Volksbundes ist voller Ambivalenzen, in vieler Hinsicht ein Spiegel der deutschen Nationalgeschichte im 20. Jahrhundert. Es ist gut, dass diese Geschichte in neuester Zeit – vorangetrieben vom Volksbund – verstärkt wissenschaftlich aufgearbeitet wird. Hier ein paar Stichworte zu dieser Geschichte.

Das humanitäre Anliegen, menschenwürdige Gräber für die Soldaten des Ersten Weltkrieges zu schaffen und Orte der Trauer für die Angehörigen zu ermöglichen, verband sich schon früh mit dezidiert nationalrevisionistischen Tendenzen. Die Selbstgleichschaltung 1933 und die enge Verknüpfung mit dem NS-Regime, das den Volkstrauertag zum "Heldengedenktag" machte (eine Tendenz, die auch in der Architektur ihren Niederschlag fand), sieht inzwischen auch der Volksbund kritisch.

Und auch der Neubeginn nach dem Zweiten Weltkrieg ist keineswegs über jede Kritik erhaben; Momente der personellen und teilweise sogar ideologischen Kontinuität sind unübersehbar. Der Volksbund nahm, unterstützt von der öffentlichen Hand, in den Nachkriegsjahren seine Kernaufgaben wieder auf, die sich nur in Kooperation mit den westlichen Nachbarländern realisieren ließen (Osteuropa wurde im Grunde erst nach 1990 zum Kooperationspartner). Unter "Kriegstoten" fasste der Volksbund in den Nachkriegsjahren die gefallenen Soldaten, die Bombenkriegsopfer, die Opfer von Flucht und Vertreibung und nach einigen Jahren auch die Opfer von Verfolgung und Gewaltherrschaft zusammen, was letztlich die Gefahr problematischer Gleichsetzungen barg. Jedenfalls brauchte der Volksbund genau wie die deutsche Gesellschaft insgesamt eine Weile, bis er alle Opfergruppen in die kollektive Trauer einbezog. Die Dimension der Genozide mit ihren Millionen von Opfern sprengte jedoch die traditionellen Formen des Totengedenkens, auch wenn die Erwähnung dieser Opfer dazu beitrug, den bisherigen Opferbegriff zu überwinden. Die Opfer anderer Nationen, besonders die Zwangsarbeiter, kamen ebenfalls erst im Laufe der Jahre in den Blick.

Problematisch war in der Nachkriegszeit der Rückzug auf ein Gedenken, das sich bei teilweiser Restauration bisheriger Formen angesichts des Verlustes traditioneller Sinnkategorien entpolitisierte und enthistorisierte und sich schließlich auf den Appell "Nie wieder Krieg" beschränkte. Allerdings war seit den 1970er Jahren, verstärkt seit der Wiedervereinigung 1990, ein partieller Wandel des Selbstverständnisses feststellbar, verbunden mit einer Weiterentwicklung der Bildungsarbeit des Volksbundes, die etwa durch die Reformkommission unter dem stellvertretenden Vorsitzenden Volker Hannemann neue Wege ging. Andere Reformer wie Rolf Wernstedt nahmen die Diskussion über Grundsatzfragen auf und regten beispielsweise die Bildung eines wissenschaftlichen Beirates an. Zunehmend entwickelten sich Formen der Zusammenarbeit auch mit Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., zum Beispiel im Kontext des Riga-Komitees, auf das die eindrucksvolle Neugestaltung des Gedenkortes von Bikernieki zurückgeht. Gegen Vergessen -Für Demokratie e.V. engagierte sich parallel dazu bei der Förderung des jüdischen Museums in Riga.

In der von Markus Meckel während seiner Präsidentschaft angestoßenen "Leitbilddiskussion" wurde endlich unmissverständlich die Frage nach dem Charakter des Zweiten Weltkrieges und der deutschen Verantwortlichkeiten aufgeworfen, die der Volksbund lange versucht hatte zu meiden, obgleich

sein Motto "Versöhnung über den Gräbern" immer ernst gemeint war. Jetzt wurde der Krieg im Osten als ein Vernichtungsund Eroberungskrieg bezeichnet und der Weg zu einer vertieften Diskussion über angemessene Kategorien zur Bewertung des Geschehens geebnet. Das Leitbild hat das Selbstverständnis des Volksbundes über die Amtszeit von Meckel hinaus verändert.

Der Volksbund, der jahrzehntelang in Distanz zu den großen zeithistorischen Diskursen stand, ist heute ein wichtiger Teil der inzwischen hochdifferenzierten, vernetzten deutschen Erinnerungskultur. Von seiner ureigensten Aufgabe ausgehend, der würdigen Bestattung der Kriegsopfer und Pflege der Kriegsgräber, bearbeitet er den riesigen Komplex der Erinnerung an den Krieg, der über die Erlebnisgenerationen hinaus in vielen Familien nach wie vor eine nicht geringe Rolle spielt. Bedeutsam ist nicht zuletzt der internationale Charakter der Arbeit, die sich durch dialogisches Erinnern an Krieg und Kriegsfolgen noch intensivieren ließe. Jean-Claude Juncker hat gesagt: "Wer an Europa zweifelt, wer an Europa verzweifelt, der sollte Soldatenfriedhöfe besuchen." Vernetzungen in der nationalen wie internationalen Gedenk- und Erinnerungskultur gilt es jedenfalls weiter zu fördern. So gibt es in der Gegenwart mancherlei Berührungspunkte zwischen dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge und dem Verein Gegen Vergessen - Für Demokratie e.V., wie ein Gespräch zwischen den Spitzen beider Organisationen kürzlich zeigte. Der Besuch von Soldatenfriedhöfen kann gewiss Anstö-Be zur Auseinandersetzung mit den Kriegen in Europa geben. Doch wir brauchen darüber hinaus mehr Kommunikation über die Grenzen der einzelnen europäischen Staaten hinweg. ■

**Prof. Dr. Bernd Faulenbach** ist Vorsitzender von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Elia Johannes Panskus

## Demokratieverteidigung im digitalen Raum – Informationskompetenz statt *Fake News*

In vielen Ländern erstarken rechtspopulistische und auch rassistische Kräfte. Mit Polen und Ungarn schwächen selbst Mitglieder der Europäischen Union rechtsstaatliche Institutionen. Die Türkei wendet sich immer stärker von der EU ab und wandelt am Rande der Diktatur. In Österreich konnte ein Rechtspopulist nur knapp als Bundespräsident verhindert werden. All diese Ereignisse finden oder fanden auch statt, weil der Missmut und das Misstrauen gegenüber staatlichen und etablierten Institutionen wie klassischen Medien, Regierungen oder der Wirtschaft wachsen.

Dieses Misstrauen ist ein Nährboden für Fake News. Als 2015 die sogenannte Flüchtlingskrise ihren Höhepunkt erreichte, sorgte das in Deutschland für eine Masse an Falschmeldungen, vor allem verbreitet im digitalen Raum. Auch eine Folge dieser Ereignisse war das Erstarken der Partei Alternative für Deutschland, die in 13 Landesparlamente einziehen konnte, teilweise sogar als zweitstärkste Kraft. Eine, das kann man wohl spätestens nach den Ereignissen Ende August 2018 in Chemnitz sagen, offen rechtspopulistische Partei. Bei den Landtagswahlen in Sachsen nächstes Jahr könnte die AfD stärkste Kraft werden und auch in Thüringen ist sie auf dem Vormarsch. Die Soziologen Holger Lengfeld und Clara Dilger schreiben in ihrer neuen Studie, die AfD habe gute Chancen, sich langfristig im deutschen Parteiensystem zu etablieren. Ein Erstarken von Parteien wie der AfD und das Phänomen Fake News müssten im Zusammenhang betrachtet werden. "Fake News. so wie sich das Phänomen in Deutschland empirisch darstellt, werden vor allem von Rechten, Rechtspopulisten und Rechtsextremen verbreitet", schreiben Wissenschaftler der Berliner Denkfabrik Stiftung Neue Verantwortung (Sängerlaub et al. 2018). Zudem konnte festgestellt werden, dass AfD-Wähler besonders willens waren, verschiedenen Fake News aus dem Bundestagswahlkampf 2017 für echte Nachrichten zu halten, und dafür reale News als Fälschungen einstuften (Rosenbach 2017). Das alles müssen Gründe dafür sein, Fake News in unserer Gesellschaft stärker zu bekämpfen, denn sie stellen eine enorme Gefahr für unsere Demokratie dar.

Nun ist das Phänomen Fake News oder Falschmeldungen natürlich nicht ganz neu, wohl aber die Art und Intensität, wie sie verbreitet werden. Im so oft beschriebenen Social-Media-Zeitalter ist jeder Einzelne durch die Anbindung an soziale Netzwerke ein Knotenpunkt der vernetzten Öffentlichkeit und kann seine Meinung leicht einer großen Öffentlichkeit kundtun. Der gesellschaftliche Vertrag, den wir in Deutschland lange als Basis unseres Handelns begriffen und der unter anderem eine gemeinsame Faktenbasis vorsieht, gilt offensichtlich für

viele Teile unserer Gesellschaft nicht mehr. Der Unterschied zwischen Fakten und *Fake* verschwimmt. Soziale Netzwerke werden zu Echokammern der Propaganda.

Wie können wir gegen das Phänomen Fake News vorgehen? Neue Gesetze oder stärkere Kontrollen von sozialen Netzwerken oder anderen Plattformen im Netz werden Halbwahrheiten und Falschmeldungen nicht verhindern können, sie gehören einfach zum riesigen Informationskosmos des Internets. Aber der Umgang mit diesem Informationskosmos muss gelernt werden. Bevor wir anfangen, Netzwerke wie Facebook zu verpflichten, gegen Falschmeldungen vorzugehen, sollten wir die Bildungspolitik anpassen. Schüler müssen nicht nur demokratietheoretisch aufgeklärt werden, sondern auch den Umgang mit Nachrichten einüben. Wenn wir über die Digitalisierung der Bildung sprechen, darf damit nicht nur die Anschaffung neuer Hardware wie Tablets oder interaktiver Whiteboards eine Rolle spielen. Ebenso muss sich die Bildungspolitik an der Vermittlung von Informationskompetenz orientieren. Schüler, aber natürlich auch Lehrer, müssen schon früh in Informationskompetenz geschult werden. Dies scheint mehr denn je eine demokratische Notwendigkeit. Es reicht heute nicht mehr aus, im IT-Unterricht Textverarbeitungsprogramme, Programmieren oder das richtige Recherchieren im Web zu lernen. Informationskompetenz muss zur Kernkompetenz werden, ähnlich wie Mathematik, Deutsch und Englisch. Andernfalls wird die Gefahr für unsere Demokratie durch Fake News weiter wachsen. ■

**Elia Johannes Panskus** studierte Informationswissenschaften im Master an der University of Applied Sciences in Potsdam. Der Titel seiner Masterarbeit: "Metadaten zur Identifikation von Falschmeldungen im Digitalen – Wie werden Metadaten in Deutschland genutzt, um Falschmeldungen zu identifizieren?"; Heute ist er Pressereferent der Bundestagsabgeordneten Ekin Deligöz.

### ■ Literaturhinweise:

- Lengfeld, Holger/Dilger, Clara (2018): **Kulturelle und ökonomische Bedrohung.** Eine Analyse der Ursachen der Parteiidentifikation mit der "Alternative für Deutschland" mit dem Sozio-ökonomischen Panel 2016. In: Zeitschrift für Soziologie 47 (3), 181–199.
- Sängerlaub, Alexander/Meier, Miriam/Rühl, Wolf-Dieter (2018): **Fakten statt Fakes.** Verursacher, Verbreitungswege und Wirkungen von Fake News im Bundestagswahlkampf 2017. [Online verfügbar unter: https://www.stiftung-nv.de/sites/default/files/snv\_fakten\_statt\_fakes.pdf]
- Rosenbach, Marcel (2017): **AfD-Wähler sind besonders anfällig für Fake News.** In: Spiegel Online 21.10.2017. [Online verfügbar unter: http://www.spiegel.de/netzwelt/web/afd-waehler-besonders-anfaellig-fuer-fake-news-a-1173884.html]

Ernst Klein

### Die "Kindertransporte" 1938/1939

Ein Koffer, eine Tasche, zehn Reichsmark und eine einzige Fotografie

In diesem Jahr wird an vielen Orten in besonderer Weise an die Ereignisse im November 1938 erinnert.

Die reichsweiten brutalen Ausschreitungen gegenüber den deutschen Juden waren ein vorläufiger, für alle Deutschen, aber auch für die europäischen Nachbarn erkennbarer Höhepunkt in der Entwicklung zum millionenfachen Mord. In diesen Tagen hat sich die Gesellschaft in Deutschland moralisch selbst ruiniert, weil sie nicht Einhalt gebot, nicht der Ungesetzlichkeit und dem rassistischen Ungeist das Handwerk legte. Spätestens in den Tagen und Nächten des Novembers 1938 wurde die damalige Gesellschaft mitverantwortlich für Massenmord. Ruinen, Schutt und Asche in Europa. Der schon seit Jahren systematisch geschürte Judenhass schlug in diesen Tagen endgültig zum staatlich organisierten Mord um. Was im allgemeinen Sprachgebrauch verharmlosend als "Reichskristallnacht" bezeichnet wurde, war die bis dahin schlimmste und umfassendste aller Demütigungen und Verbrechen, die die deutschen Juden in der Neuzeit in ihrem Vaterland erleiden mussten.



"Mutti und Vati sagten zu mir, dieses Schiff würde uns in ein neues Leben führen. Alle Eltern weinten. Wir weinten auch." - Marianne Oppenheim, später bekannt als Dorrith M. Sim im Juli 1939, Illustration von Gerald Fitzgerald, Auszug aus dem Buch "In mei-

Auf vielfältige Weise wird an diese Ereignisse erinnert, wenig bekannt sind jedoch die Schicksale von mehr als 12.000 Kindern, die in dieser Zeit völlig allein und mittellos in die Welt geschleudert wurden und einem ungewissen Schicksal entge-

gengehen mussten. Wenige Monate vor den Terroraktionen im November 1938 und den erst danach organisierten "Kindertransporten" tagte auf Initiative des US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt eine Konferenz, die sich mit den steigenden Zahlen der Flüchtlinge aus Deutschland und Österreich, bedingt durch die Verfolgung der Juden, beschäftigen sollte. Delegierte aus 32 Nationen und verschiedenen Flüchtlingsorganisationen trafen sich Ende Juli 1938 im französischen Evian am Genfer See. Bei diesem Treffen kritisierten alle Delegationen den Umgang der Deutschen mit der jüdischen Bevölkerung, anderen Minderheiten und Oppositionellen, aber unter allen Teilnehmern war nur ein Land, das bereit war, die Einwanderungszahlen zu erhöhen: Die Dominikanische Republik. Die übrigen Teilnehmer, im Besonderen die USA und das Vereinigte Königreich, waren aus einer Vielzahl von Gründen nicht bereit zu handeln. Unter anderem wurde angeführt, dass es schwierig sei, die existierenden Gesetze zur Einwanderung und die entsprechenden Quoten anzupassen, und dass ein großer Zustrom von Einwanderern den Staat und die Wirtschaft und somit auch den Arbeitsmarkt zu stark belasten würde, da sich all dies gerade erst von der Wirtschaftskrise zu erholen begann. In der neueren Forschung wurde zunächst diskutiert und letztendlich bestätigt, dass auch der Antisemitismus in den USA und besonders in den Reihen einiger führender Staatsbeamter dazu führte, dass die Zuwanderung deutscher und österreichischer Juden keinen Zuspruch mehr fand. Die Konferenz von Evian endete weitgehend ergebnislos. Man beauftragte lediglich das Internationale Komitee für Flüchtlinge damit, Länder zu finden, die einer dauerhaften Aufnahme von Flücht-

Erst unmittelbar nach den Pogromen im November 1938 forderten viele Bürgerinitiativen, jüdische und christliche Grup-»



lingen zustimmten.

Foto: Archiv Ernst Klein



Schlafsaal der jüdischen Kinder in Bergen an Zee/Holland, 1939

» pen, die Gemeinschaft der Quäker und einflussreiche Privatpersonen in Großbritannien und auch in den Niederlanden sowie den Nachbarländern ihre Regierungen auf, endlich mehr Flüchtlinge aus Deutschland und Österreich aufzunehmen. Nach kontroversen Debatten wurde im britischen Parlament beschlossen, 10.000 jüdische Flüchtlingskinder bis zum Alter von 16 (später bis 17) Jahren aufzunehmen. Auch die Niederlande und andere Länder wurden aktiv. Das Parlament der USA lehnte einen Gesetzentwurf zur Erhöhung der Einwanderungsquote zur gleichen Zeit mit Mehrheit ab.

Wie ein Lauffeuer verbreitete sich in den jüdischen Gemeinden in Deutschland die Nachricht, dass es eine Möglichkeit gibt, jüdische Kinder in die Niederlande oder nach England zu schicken und sie so vor dem Zugriff der Nazis zu retten. Die Reichsregierung genehmigte die Ausreise unter der Bedingung, dass die Kinder nur einen Koffer, eine Tasche, eine Fotografie und zehn Reichsmark mitnehmen durften. Eine Begleitung durch die Eltern war nicht möglich, vor dem Grenzübertritt

wurden alle Kinder kontrolliert, gefundene Wertsachen wurden ihnen abgenommen. Der erste "Kindertransport" mit 200 Kindern aus einem zerstörten Waisenhaus startete in Berlin am 1. Dezember 1938. Da die Zahl der Einreisegenehmigungen der Aufnahmeländer begrenzt war, gab es keine Zeit für längere Überlegungen. Die Eltern mussten sich an vielen Orten schnell entschließen, um über die jüdischen Hilfsorganisationen einen Platz in den Transportzügen zu sichern.

Ein letztes Winken aus dem Zug und vom Bahnsteig war oft die einzige Erinnerung, die Kindern und Eltern blieb. Nur für einen sehr kleinen Teil der Kinder gab es nach dem Krieg ein Wiedersehen mit ihren Familienangehörigen.

Die Aktion "Kindertransporte" zwischen Dezember 1938 und September 1939 war unbestritten eine großartige, in dieser Form einzigartige Maßnahme zur Rettung jüdischer Kinder vor der Verfolgung durch das nationalsozialistische Deutschland. In den meisten Arbeiten der Historiker über "Kindertransporte" wird jedoch

nur über das Aufnahmeland Großbritannien berichtet. Weniger bekannt ist, dass auch viele deutsch-jüdische Kinder in den Niederlanden und in anderen Ländern wie Schweden, Belgien, Frankreich oder der Schweiz aufgenommen wurden. Obwohl die Niederlande im Vergleich zu Großbritannien ein sehr kleines Land sind, fanden dort über 2.000 Kinder Zuflucht. Am 03. Januar 1939 fuhren zum Beispiel Kinder aus Nordhessen über Kassel und Hannover mit einem "Kindertransport" in die Niederlande. Infolge der Besetzung des Landes durch deutsche Truppen im Mai 1940 war jedoch – anders als bei den von den Engländern aufgenommenen Kindern – die vermeintliche "Rettung" in vielen Fällen leider nur ein kurzer Aufschub. Viele Kinder wurden genau wie viele nach Holland geflüchtete erwachsene deutsche Juden von der Besatzungsmacht gefangen genommen und in den Vernichtungslagern im von den Deutschen besetzten Polen ermordet. Viele jüdische Flüchtlinge, die nach Belgien und Frankreich entkommen waren, ereilte das gleiche Schicksal.

#### Quellen:

- Stadt Wolfhagen, Ernst Klein (Hrsg.), 2018: Kindertransport: eine lebenslange Reise des Überlebens und der persönlichen Erlösung Die Geschichte von Ralph W. Mollerick [dt. Fassung eines Buchs von David H. Herschler].
- Ernst Klein, 2016: aber es ist besser als Butterbrot in D. Lebenswege jüdischer Kinder, Frauen und Männer aus Deutschland.
- Dorrith M. Sim, 2013: In meiner Tasche.



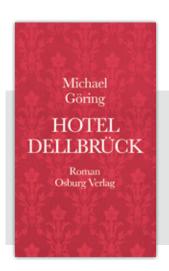
**Ernst Klein** ist Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppen und Vorstandsmitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

### **Zum Thema: Roman über Kindertransport**

Dezember 1938: Sigmund, 15 Jahre alt, sitzt im Zug nach England. Sigmund ist Jude, Waisenkind, aufgewachsen im Hotel Dellbrück, dem Bahnhofshotel einer westfälischen Kleinstadt. Mit dem Kindertransport kommt er nach Cornwall, wo er von einem methodistischen Ehepaar aufgenommen wird. Hier überlebt er den Krieg und den Holocaust, studiert und wird Lehrer. 1949 entscheidet sich Sigmund für die Rückkehr nach Deutschland. Er unterrichtet an derselben Schule, an der er zwölf Jahre zuvor als "Judenlümmel" schikaniert wurde. Sigmund hei-

ratet Maria, die Tochter des Hoteliers Tono Dellbrück, mit der er vor seiner Flucht nach England aufgewachsen war. Doch Sigmund fällt es schwer, im Nachkriegsdeutschland heimisch zu werden. Auch sein Sohn Friedemann (Frido), der 1955 auf die Welt kommt, ist lange auf der Suche nach Heimat und Bindung. Nach dem Abitur fährt er 1975 mit dem Magic Bus das erste Mal nach Indien, später lebt er eine Zeit lang in Poona und zieht Anfang der 1990er Jahre mit seiner Freundin Cleo nach Australien. Der Ankerpunkt in Deutschland bleibt das Hotel Dellbrück. Als Frido 2018 auf Besuch in Deutschland vor dem Hotel steht, ist es ein Flüchtlingswohnheim. Unerwartet stark empfindet der inzwischen 63-Jährige die Kräfte des

Ortes, der ihn und seinen Vater einst so sehr geprägt hat. Der Gang durch das ehemalige Hotel verändert Fridos Leben. Michael Göring greift in diesem Roman erneut zu großen Themen und erzählt sie spannend, einfühlsam und mit leichter Hand: Wie sehr prägt das Schicksal des jüdischen Vaters, der zwischen Schuldund Hassgefühlen nicht zur Ruhe kommt, den Sohn Frido? Wo findet man Heimat? Wie meistert der Einzelne die Sehnsucht nach Spiritualität und Bindung? Frido stellt die Frage radikal: Wann macht das Leben Sinn? Und wie zuvor Sigmund erlebt auch Frido, wie wichtig es ist, den rechten Moment nicht zu verpassen, wenn man mutig springen und sich Unbekanntem öffnen muss. ■



#### Buchinformation:

Michael Göring ist Vorsitzender der ZEIT-Stiftung und Mitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Buchlesungen führt er auch im Zusammenwirken mit den Regionalen Arbeitsgruppen der Vereinigung durch. Diesbezügliche Anfragen richten Sie bitte an buero-becker@gmx.de

Michael Göring

#### Hotel Dellbrück.

Osburg Verlag, Hamburg 2018 • Gebundene Ausgabe, 421 Seiten ISBN 978-3-95510-165-7 • 22,00 €

### Der Weg unserer Post an Sie ...

... ist glücklicherweise nicht mehr ganz so beschwerlich wie noch in den Zeiten, als es regelmäßigen Postverkehr mit Postkutschen oder Botenwagen gab. Sicherlich würden wir uns freuen, öfter einmal solch ein Gefährt in unserer hektischen Zeit zu sehen, aber für Mensch und Tier wäre es doch eine Zumutung, sich durch verstopfte Innenstädte quälen zu müssen. Leider werden auch die Philatelisten unter uns immer weniger mit Briefpost bedacht und müssen ihre Sammelleidenschaft auf anderen Wegen zufriedenstellen.

Auch in der Geschäftsstelle in Berlin geht die Post heute meist den elektronischen Weg. Dies bedeutet eine große Vereinfachung und Erleichterung im Ablauf innerhalb unserer Verwaltung. Vorrangig ist für uns jedoch, die Verwaltungskosten so gering wie möglich zu halten, um unsere Vereinsgelder in die aktive Arbeit stecken zu können. Nachdem die Deutsche Post zum 1. Januar 2019 eine Erhöhung der Portokosten bei den Standardbriefen angekündigt hat (von 0,70 € auf 0,80 € – das ist eine Steigerung um 14 %), möchten wir Sie, liebe Mitglieder, nochmals herzlichst um die Mitteilung Ihrer E-Mail-Adressen bitten.

Seien Sie versichert, dass wir Ihre Daten mit entsprechender Sorgfalt behandeln werden. Auch die Einführung der DSGVO zum 25. Mai 2018 verpflichtet uns nun noch stärker als bisher dazu. Es ist für Sie jederzeit möglich, die Speicherung Ihrer E-Mail-Adresse zu widerrufen.

Bitte unterstützen Sie uns bei der Vereinfachung unserer Abläufe und senden Sie uns Ihre aktuelle Mailadresse an info@gegen-vergessen.de.

Herzlichen Dank! Ihr Team von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Quelle: GVFD-Archiv

### 25 Jahre Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. wurde 1993 in Bonn gegründet. Einer der vierzehn Gründungsmitglieder und erster Vorsitzender des Vereins (1993 – 2000) ist Dr. Hans-Jochen Vogel. Anlässlich des 25-jährigen Bestehens von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. haben wir ihm drei Fragen zu Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des Vereins gestellt.

Bonn, 19, April 1993 'Gegen Vergessen - Für Demokratie Ceribenary 14

Wie lief die Gründung von Gegen Vergessen -Für Demokratie e.V. vor 25 Jahren ab?

Hans-Jochen Vogel: Ausgelöst wurde der Gedanke, eine solche Vereinigung zu gründen, durch die Anschläge in Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen und Mölln. Durch diese Anschläge sehr beunruhigt, kamen Heinz Westphal – damals Vizepräsident des Deutschen Bundestags – und Heinz Putzrath – ein auch wegen seiner jüdischen Abstammung vom NS-Gewaltregime Vertriebener, der aus dem Exil nach Deutschland zurückkam und später als Vorsitzender der "Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten" fungierte – zu mir und sagten, es müsse unbedingt etwas geschehen.

Ich stimmte dem zu und meinte, für diese Vereinigung müssten von Anfang an Persönlichkeiten aus allen Parteien gewonnen werden. Wir nahmen dann in allen Richtungen Kontakt auf und konnten so am 19. April 1993 die Vereinsgründung vornehmen. Die Liste der vierzehn Gründungsmitglieder ist auch heute noch lesenswert. Die erste öffentliche Veranstaltung von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. fand dann am 1. November 1993 in Bonn statt.

Oben: Die Unterschriften der Gründungsmitglieder. Rechts: Erste öffentliche Veranstaltung von Gegen Vergessen -Für Demokratie am 1. November 1993 im Kammermusiksaal des Beethovenhauses in Bonn.





Der neugewählte Vereinsvorsitzende Hans Koschnik (l.) 2000 in Berlin auf einer Veranstaltung, die in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung durchgeführt wurde. Mit auf dem Bild: der Gründungsvorsitzende Hans-Jochen Vogel, Geschäftsführer Klaus Reiff und die stellvertretende Vorsitzende Hanna-Renate Laurien (v.l.n.r.).

### Mit welchen Herausforderungen sehen Sie Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. heutzutage konfrontiert?

Hans-Jochen Vogel: Heute geht es nicht mehr nur um die Auseinandersetzung mit einzelnen Anschlägen, sondern es geht um die Verteidigung der Demokratie und der Werte, auf denen sie beruht. Die kürzlichen Vorgänge in Chemnitz haben gezeigt, dass inzwischen Tausende auf die Straße gehen, um rassistische und fremdenfeindliche Parolen laut werden zu lassen und um sogar neonazistische Parolen zu äußern. Dass sich die AfD von diesen Kräften nicht trennt, sondern sie bei ihrer Demonstration begleitet und sich dafür auch hinterher nicht entschuldigt, zeigt, dass solches Gedankengut inzwischen auch schon die Mitte unserer Gesellschaft zu erreichen beginnt.

Der thüringische AfD-Partei- und Fraktionsvorsitzende Björn Höcke, der an der Demonstration in Chemnitz teilgenommen hat, hat übrigens im Januar 2018 eine Rede gehalten, die genauso gut Ende der zwanziger Jahre in einen Münchner Bierkeller gepasst hätte.

### Was wünschen Sie Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. für die Zukunft?

Hans-Jochen Vogel: Ich wünsche mir, dass der Vorstand sich zu wichtigen Vorfällen und Vorgängen so klar äußert wie bisher und dass er für die Arbeit der Vereinigung wichtige Impulse gibt. Ich wünsche mir weiter, dass die Zahl der Mitglieder – sie beträgt jetzt 2.148 – und die Zahl der Regionalen Arbeitsgemeinschaften – es gibt jetzt 40 – weiter zunimmt – und das gerade auch in den neuen Bundesländern.

Schließlich wünsche ich mir, dass die Vereinigung dazu beiträgt, dass wir auch in weiteren fünfundzwanzig Jahren in einer gefestigten Demokratie leben können. ■

Gruppenbild mit Vorsitzenden. Das Foto entstand im Februar 2016 nach dem Ehrenessen des damaligen Bundespräsidenten und ehemaligen Vorsitzenden Dr. h. c. Joachim Gauck (2.v.r.) für Dr. Hans-Jochen Vogel (2.v.l.) zum 90. Geburtstag, zu dem auch der ehemalige Vorsitzende von Gegen Vergessen - Für Demokratie e.V., Wolfgang Tiefensee (r.), sowie der amtierende Vorsitzende Prof. Dr. Bernd Faulenbach (l.) geladen waren.



Martin Ziegenhagen

### Zehn Jahre Onlineberatung gegen Rechtsextremismus – ein Zeitzeugenbericht

Aus heutiger Sicht erscheint die Erinnerung an den 15. Mai 2008, als die Onlineberatung gegen Rechtsextremismus im Rahmen einer Pressekonferenz im Deutschen Kommunikationsmuseum in Berlin in den Dienst ging, wie eine Reise in einer Zeitmaschine. Zurück in eine analogere Welt, in der man zum Telefonieren noch häufig das Festnetz nutzte. Wenn von Datenübertragung gesprochen wurde, war bei nicht wenigen Menschen noch ein Telefax gemeint und das Internet war für den Einen oder Anderen noch Neuland.

Entsprechend groß war die Skepsis, mit der man unserer Idee begegnete. "Jetzt sind sie völlig durchgedreht bei Gegen Vergessen – Für Demokratie. Den Rechtsextremismus im Internet bekämpfen! Wie soll das denn bitte vonstattengehen?" Damit würde man das Problem ja wohl auf die leichte Schulter nehmen, wurde hinter vorgehaltener Hand geraunt.

In Anbetracht der relativ hohen Kosten für Entwicklung, Unterhalt der Technik sowie Personal muss man derartige Kommentare sicher auch in diesen Zusammenhang stellen. Denn als das Projekt Onlineberatung gegen Rechtsextremismus mit einer Konzeptionsphase startete, musste um die Bundesmittel, die zur Auseinandersetzung mit menschen- und demokratiefeindlichen Kräften verteilt wurden, noch deutlich mehr als in den Jahren danach gerungen werden. Es herrschte also auch ein intensiver Verteilungskampf. Zieht man diesen Aspekt ab, blieben in der einschlägigen Projekt- und Initiativenlandschaft trotzdem noch genug Argwohn und Unverständnis für diesen methodischen Ansatz übrig, um uns mit erheblicher Nervosität an den Start gehen zu lassen. Dabei hätten wir Kritik von außen dafür gar nicht gebraucht. Heute, zehn erfolgreiche Jahre später, kann man das ja sagen: Wir wussten selber nicht, ob funktionieren würde, was wir uns da ausgedacht hatten. Wie auch? Es gab nichts Vergleichbares. Bis heute sind wir bundesweit ein Unikat.

Die Bundeszentrale für politische Bildung brachte den Stein ins Rollen. Sie trat an uns heran und bat uns, Vorschläge zu unterbreiten, wie ein innovatives Beratungsangebot zum Thema Rechtsextremismus im Internet aussehen könnte. Gedacht wurde dabei eigentlich an eine Website, mit Beratung meinte man eine Sammlung von Tipps und Ratschlägen, wie man sich im Fall der Fälle verhalten könnte. Eine To-do-Liste für die Begegnung mit Neonazis.

Uns schwebte aber von Beginn an etwas anderes vor. Wir wollten individuell beraten. Wir wussten, dass die Beratungsstrukturen, die es gab, seinerzeit genug zu tun hatten, um Gemeinden, Gruppen und Initiativen zu versorgen. Für den Einzelnen gab es keine gezielten Angebote. Hinzu kam, dass diese Angebote stark politisch motiviert waren und die Berater\*innen sich eher als antifaschistische oder antirassistische Aktivisten verstanden denn als seriöse, unvoreingenommene Berater\*innen. Der Beratungsansatz war demzufolge mehrheitlich konfrontativ und direktiv. Ressourcenorientierung, klientenzentrierte Beratungsmethoden und akzeptierende Ansätze wurden abgelehnt. Unsicherheiten im Umgang mit Rechtsextremismus, Fehleinschätzungen, mangelndes politisches Verständnis, fehlendes historisches Wissen wurden nicht als Ansatzmöglichkeiten für den Beratungsprozess verstanden, sondern eher als fataler Missstand und persönliche Verfehlung gewertet und im schlimmsten Fall öffentlich angeprangert.

Gleichwohl gab es natürlich Menschen, die in ihrem Lebensalltag völlig unverschuldet mit Rechtsextremismus konfrontiert waren und davon entsprechend unvorbereitet getroffen wurden. Allen voran Eltern von rechtsextremen Jugendlichen, aber auch Lehrer\*innen, Trainer\*innen oder Menschen, deren Privatleben eine dramatische Wendung nahm, als der örtliche Anführer einer Neonazi-Kameradschaft in die Nachbarwohnung zog.

All diesen Personen wollten wir mit unserem Angebot zur Verfügung stehen. Unkompliziert, niedrigschwellig, anonym, orts- und zeitunabhängig. So, wie es in anderen Beratungsbereichen bereits Gang und Gäbe war. In den psychosozialen Arbeitsfeldern, in der Familien- und Erziehungsberatung, in der Suchtberatung gab es längst Onlineberatungen. Sogar die Telefonseelsorge bediente sich dieser neuen Technik. Und das war absolut sinnvoll. Hintergrund dieser Entwicklung war die Erfahrung, dass es viele Menschen gab, die trotz Bedarfs den Gang in eine reguläre Beratungsstelle scheuten, sich aber für anonyme Angebote im Internet erreichbar zeigten.

Onlineberatungsangebote füllen bis heute diese Lücke und leisten darüber hinaus den Transfer in Offlineberatungsstrukturen, indem sie nicht wenige dieser Menschen behutsam aus der Anonymität heraus in sogenannte Face-to-Face-Beratungsprozesse überführen. Somit machen sie weitere Ressourcen, die im direkten Kontakt liegen, für den Beratungsprozess verfügbar, wenn die Ratsuchenden dies möchten! Sie können auch bei der Onlinevariante bleiben und versuchen, auf diesem Weg ihr Ziel zu erreichen.

Wir waren damals schnell überzeugt, dass dieses Beratungssetting im Zusammenhang mit Rechtsextremismus erfolgreich sein könnte. Wir wussten, dass das Thema, besonders im Fall von Eltern rechtsextremer Jugendlicher angst- und schambesetzt ist. Wir wussten auch, dass viele Menschen angesichts der Komplexität und Unübersichtlichkeit, aber auch aufgrund von Unwissenheit Tendenzen zu Verharmlosung und Wegschauen entwickelten. Gleichzeitig aber wussten oder erfuhren

sie, dass das Thema sehr brisant und gesellschaftlich immer noch geächtet ist. Bei Kontakt mit Rechtsextremismus entsteht in den meisten Fällen ein mindestens unangenehmes Gefühl. Ein anonymes Beratungs- und Informationsangebot, das dazu einlädt, zu Hause, im geschützten Raum, Fragen und Sorgen zu formulieren und abzuschicken – was übrigens an sich schon befreiend, strukturierend und lösend wirken kann –, erschien uns als eine überaus wertvolle und willkommene Unterstützungsleistung für diese Gruppen. Nahezu zeitgleich schickten sich Suchmaschinen wie Google oder Yahoo in rasantem Tempo an, Lexika und sonstige Nachschlagewerke zu ersetzen. Und die Menschen, wenn sie etwas wissen wollten, begannen dafür mehr und mehr das Internet zu nutzen. Wir waren sicher, dass es viele geben würde, die nach Alternativen zu den vorhandenen, politisch motivierten Internetangeboten zum Thema Rechtsextremismus suchen würden.

Ziel der Onlineberatung gegen Rechtsextremismus war und ist es, den jeweiligen Ratsuchenden zu einem individuellen Umgang mit ihrem Problem zu verhelfen. Es geht also im ersten Schritt nicht darum, den rechtsextremen Sohn einer Mutter, die sich bei uns meldet, zum Ausstieg zu bewegen, sondern die Mutter dabei zu begleiten, handlungsfähig zu werden und zu bleiben. Unser systemischer Beratungsansatz geht davon aus, dass die Mutter infolge der Beratung durch einen bewussten Wandel ihres Verhaltens oder ihres Umgangs mit dem Thema Veränderungen im Familiensystem bewirkt. Dies verhilft dem in der Regel festgefahrenen System zu neuer Beweglichkeit und neuen Perspektiven für den Auseinandersetzungsprozess mit dem Sohn, um diesen mittel- bis langfristig zum Umdenken zu bewegen. Dass dieser Beratungsansatz von den Ratsuchenden angenommen wird und auch als erfolgreich oder zielführend empfunden wird, hat eine Evaluation durch die Universität Bielefeld nachgewiesen. Trotz allen Selbstvertrauens bei der Entwicklung war dies am Anfang keineswegs sicher.

Das Projekt war ein Experiment. Heute lässt sich zweifelsfrei konstatieren, dass es gelungen ist. Die Onlineberatung gegen Rechtsextremismus erfüllt zeitlos stabil ihren Kernauftrag. Der lautet, Menschen im Falle der meist höchst verstörenden Begegnung mit Rechtsextremismus zur Seite zu stehen und sie auf ihrem Weg zu ihrer individuellen Lösung zu begleiten. Übergeordnetes, natürlich politisch motiviertes Ziel ist es, die Ratsuchenden in ihrer demokratischen Kompetenz zu stärken. Damit ist die Hoffnung verbunden, sie zu zivilgesellschaftlichem Engagement mit entsprechender Strahlkraft für ihr unmittelbares soziales Umfeld zu motivieren und so einen wertvollen Beitrag zu einer demokratischen Gesellschaft zu leisten. Die Evaluation weist darauf hin, dass auch das gelingt.

Neben diesen konkreten Effekten hat die Onlineberatung gegen Rechtsextremismus in den zehn Jahren ihrer Existenz einen Erfahrungs- und Kompetenzschatz angehäuft, der einerseits in erheblichem Umfang zu weiteren präventiv angelegten Projekten beigetragen hat, beispielsweise dem Argumentationstraining gegen rechte Stammtischparolen. Andererseits haben sich vielfältigste Vernetzungs-, Austausch- und Übertragungsmöglichkeiten entwickelt.

So transferieren die Mitarbeiter\*innen ihr breites konzeptionelles und fachliches Wissen mittlerweile in mehrere Projekte der unterschiedlichen Bundesprogramme, die die Beschäftigung mit menschen- und demokratiefeindlichen Entwicklungen finanziell unterstützen. Ob es Fort- und Weiterbildungen von pädagogischen Fachkräften oder Mitarbeiter\*innen der Partnerschaften für Demokratie anbelangt, ob Blended-Learning-Konzepte für Mitarbeiter\*innen der Caritas im Bereich Demokratieförderung zu entwickeln sind oder ob die Begleitung der Türkischen Gemeinde Deutschland bei dem Aufbau einer Onlineberatung gegen religiös begründeten Extremismus gewünscht ist: Überall genießen die Mitarbeiter\*innen der Onlineberatung gegen Rechtsextremismus aufgrund ihrer fachlichen Kompetenz und langjährigen Erfahrung in der Auseinandersetzung mit extremistischen Phänomen hohes Ansehen. Weiterhin hat die Beratung trotz aller Skepsis, mit der man ihr anfangs begegnete, vom ersten Tag an den Kontakt und den Austausch mit anderen Beratungseinrichtungen gesucht und diese auch häufig in Prozesse einbezogen. Ein wesentlicher Teil der Beratungsarbeit besteht in der Motivation der Ratsuchenden, die Anonymität zu verlassen, sich vor Ort zu vernetzen und sich unterstützen zu lassen. Lässt sich ein Beratungsangebot vor Ort finden, bemühen wir uns stets, einen Kontakt dorthin zu ermöglichen. Kommt dies nicht zustande, weil es keine Beratungsstelle in der Nähe unserer Klient\*innen gibt oder diese den Kontakt nicht wollen, diskutieren wir in vielen Fällen mit den Kolleg\*innen unsere Einschätzung der jeweiligen Situation und passen sie gegebenenfalls an. Natürlich unter strengster Wahrung der Anonymität unserer Klient\*innen.

Es stimmt nachdenklich, dass die Onlineberatung gegen Rechtsextremismus auch nach zehn Jahren noch wöchentlich Anfragen von Menschen erhält, deren Alltagsleben von rechtsextremistischen, rassistischen, demokratiefeindlichen Ereignissen zum Teil erheblich eingeschränkt oder belastet wird. Gleichzeitig zeigt die rege Nutzung des Angebots, dass es einen Bedarf deckt. Und wir freuen uns, dass es nach zehn Jahren seinen solitären Status zu verlieren scheint und die Einrichtungen, die uns damals belächelten oder gar kritisch betrachteten, heute unsere Unterstützung beim Aufbau eigener Onlineberatungsangebote anfragen.

Wir können mit Stolz sagen, dass wir Pionierarbeit geleistet haben. Wir haben eine Form der Beratung etabliert, die es vorher nicht gab. Und wir haben etliche Menschen qualifiziert, die möglicherweise vor der Begegnung mit Diskriminierung, Rassismus oder gar Rechtsextremismus diesen Themen gleichgültig oder verharmlosend gegenüberstanden. Diese Menschen haben wir dabei unterstützt, eine eigene Haltung zu diesem Thema zu entwickeln, demokratiefeindliche Tendenzen zu erkennen und ihnen entschieden, aber konstruktiv zu begegnen.

Gleichwohl sollte es unser Ziel sein, ein derartiges Beratungsangebot überflüssig zu machen. Allerdings kann ich in Anbetracht der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen leider nicht versprechen, dass wir dies vor Ablauf weiterer zehn Jahre erreicht haben werden.

Martin Ziegenhagen ist Leiter des Fachbereichs Extremismusprävention bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Julia Wolrab

### Blended Learning – Demokratie erleben und erlernen in zwei Welten

Über zehn Jahre ist es nun schon her, dass Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. die Online-Beratung gegen Rechtsextremismus an den Start brachte: ein für den Verein damals gänzlich neues Format. Sich Unterstützung und Hilfe im Umgang mit Rechtsextremismus ausschließlich online zu suchen, ohne persönlichen Kontakt zwischen Ratsuchenden und Beratenden. war damals ein absolutes Novum und wurde von vielen etablierten Beratungsstellen kritisch beäugt (vgl. dazu auch den Beitrag von Martin Ziegenhagen auf Seite 34). Heute, 2018, ist die Online-Beratung ein etabliertes Medium, das beinahe täglich Anfragen erhält und von den Klientinnen und Klienten als vertrauliche wie anonyme Anlaufstelle im Netz geschätzt wird. Diese kurze Rückblende zeigt: Beratung und Informationsweitergabe sind onlinebasiert tatsächlich möglich und bieten für viele Menschen eine Alternative zu konventionellen Beratungsformaten.

Wie aber verhält es sich bei der Vermittlung von pädagogischen Ansätzen zu demokratischer Kompetenz, Antidiskriminierung oder Reflexion von eigener Identität? Kann eine vertiefte Auseinandersetzung mit diesen komplexen Bereichen, die Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. zum

Beispiel im Projekt "Argumentationstraining gegen rechte Parolen" seit einigen Jahren erfolgreich in Seminaren durchführt, auch online gelingen?

Dieser Artikel versucht sich diesen Fragen zu nähern und einen kleinen Einblick in die Konzeption und Umsetzung eines *Blended-Learning-*Formats zu geben, in dem sowohl klassische Ansätze der politischen Bildung in Form von Präsenzseminaren als auch vertiefende Elemente individuell online bearbeitet werden.

Dabei steht zunächst die Frage im Raum, was eigentlich unter Blended Learning zu verstehen ist. Stellen wir uns dazu zunächst ein Fahrzeug vor, das sowohl durch Flüssigkraftstoff als auch durch elektrische Energie angetrieben werden kann. Diese Fahrzeuge sind heute auch als Hybridfahrzeuge bekannt und stellen ihren Brennstoff je nach Bedarf beziehungsweise Vorrat automatisch um. Der Vorteil für den/die Fahrzeughalter\*in liegt in der finanziellen Ersparnis durch den verminderten Flüssigkraftstoffbedarf, in geringerem Schadstoffausstoß durch den Elektroantrieb und der Gewissheit, auch ohne Elektrosteckdose über lange Strecken ans Ziel zu kommen. Der Nut-

zer profitiert also von den Vorteilen beider Antriebsmodelle. Blended Learning ist im Ansatz mit einem Hybridfahrzeug vergleichbar. Es wird tatsächlich auch als "hybrides Lernen" bezeichnet, da es versucht, Elemente aus klassischen Präsenzveranstaltungen mit Online-Modulen zu verknüpfen. Die Nutzer\*innen dieser Formate können sich so über einen relativ langen Zeitraum mit einem Thema beschäftigen, ohne dabei auf einen bestimmten Ort oder feste Zeiten angewiesen zu sein. Unterschiedliche Formate, wie das Arbeiten mit Filmen, Audiostücken, Texten, Chats und gemeinsamen Arbeitsplattformen, stehen den Teilnehmenden zur Verfügung. In der Regel dienen die Online-Phasen der Vertiefung von Inhalten sowie der Vorbereitung auf neue Themen, die in den Präsenzveranstaltungen vor Ort behandelt werden. Unterstützt werden die Teilnehmenden idealerweise auch während der Onlinephasen durch die Seminarleitung, aber ebenso durch die anderen Teilnehmenden, indem diese selbst interessante Inhalte einbringen, diskutieren und sich über Erfahrungen in der Gruppe austauschen.

Neben der Kombination unterschiedlicher Lernumgebungen und der weitgehenden Unabhängigkeit von Zeit und Ort besteht ein großer Vorteil von Blended Learning schließlich darin, dass onlinespezifische Inhalte, wie die Auseinandersetzung mit hate speech, fake news oder der Ausbau von Medienkompetenz, direkt erprobt und nachempfunden werden können. Wie Demokratie im Netz gestaltet werden kann, welche persönliche Verantwortung wir als Konsument\*innen von Social Media. Youtube-Videos und Newslettern haben, kann anhand von praktischen Beispielen online mit einfachen Mitteln verdeutlicht werden.

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. wagt sich nun seit gut einem Jahr an die Konzeption und Umsetzung eines *Blended-Learning-*Formats. Zielgruppe dieses

Bedürfniskarten: Eine Methode aus der Präsenzphase des Blended-Learning-Angebots.





Die neue Online-Lernplattform First Step – Demokratie bewusst leben.

Modellvorhabens sind haupt- und ehrenamtliche Mitglieder der Caritas im Bundesland Nordrhein-Westfalen. Unter dem Titel "First Step – Demokratie bewusst leben" werden in Kooperation mit dem Caritasverband für die Diözese Münster e.V. Menschen darin gestärkt, in ihren Einrichtungen (z. B. Krankenhäuser, Tafeln, Geflüchtetenunterkünfte, Jugendheime und Pflegestationen) demokratische Werte zu leben, sich für Minderheiten einzusetzen, Diskriminierung aktiv etwas entgegenzusetzen und Teilhabe – auch im Kleinen – zu ermöglichen.

Es geht dabei um Empowerment und Selbstvergewisserung, aber auch um den Erwerb neuer Kommunikations- und Moderationskompetenzen, die im Konfliktfall das Brückenbauen erleichtern. Unterstützt werden die Teilnehmenden durch die Leitungsebenen ihrer Einrichtungen, indem diese ihre Mitarbeitenden für die Qualifikation freistellen und ihnen Gestaltungsspielraum für Strukturaufbau ermöglichen.

Das erste Präsenzmodul dieser Qualifizierung fand im Juni 2018 in Münster statt, woran sich eine achtwöchige Online-Phase anschloss, in der die Teilnehmenden unterschiedliche Aufgaben auf einer eigens dafür eingerichteten Plattform bearbeiten sollten.

Dazu zählte zum Beispiel das Führen eines Lerntagebuchs, das Erarbeiten eines kleinen Projektes in Tandemgruppen, eine Reflexion zum Thema "Demokratische Werte", eine Hinführung zum Thema "Demokratiegeschichte und ihre Potentiale" oder eine vertiefende Betrachtung der systemischen Gesprächsführung, die vorab in der Präsenzveranstaltung behandelt wurde.

Eine große Herausforderung in der Konzeption bestand darin, ideale Lernvoraussetzungen für jede/n Einzelne\*n in der Gruppe zu schaffen. Da die Gruppe des Modellvorhabens vor allem altersmäßig sehr divers zusammengesetzt ist, benötigen die einen eine engere Begleitung und Erklärung einzelner Schritte, die anderen komplexere Aufgaben, die ihrem Wissensund Online-Erfahrungsschatz entsprechen und sie nicht unterfordern. Diese Balance zu finden und zu gewährleisten, dass sich alle mit ihren Fähigkeiten und Bedürfnissen einbringen können, ist keine leichte Aufgabe. Sie erfordert gegenseitiges Vertrauen unter den Teilnehmenden sowie zur Seminarleitung und die Gelassenheit auf beiden Seiten, dass nicht alles auf Anhieb perfekt gelingen muss. Es sind erste Schritte, die gemeinsam gegangen werden, die Spaß machen sollen und ein Voneinander-Lernen ermöglichen.

Letztlich ist es auch diese Vertrauensbasis, die ein konzentriertes Arbeiten, eine konstruktive Auseinandersetzung mit komplexen Themen (wie demokratische Werte oder die eigene Identität) sowie eine Kommunikation – online wie offline – ermöglicht. Inwieweit sich dieser Ansatz für die pädagogische Arbeit langfristig als hilfreich erweist, wird nicht zuletzt die wissenschaftliche Evaluation des Projektes zeigen.

Im günstigsten Fall bietet hybrides Lernen für Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

eine alternative Form historisch-politischer Bildung und vor dem Hintergrund einer zunehmend digitalen Gesellschaft neue Perspektiven, um Menschen bestmöglich auf ihren ganz individuellen Wegen von Demokratieförderung zu begleiten.

#### **Hinweis:**

Das Blended-Learning-Angebot "First Step – Demokratie bewusst leben" ist ein Kooperationsprojekt von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. und dem Caritasverband für die Diözese Münster e.V. Beide Vereine werden dabei vom Bundesprogramm "Zusammenhalt durch Teilhabe" des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat gefördert.

Ziel der Qualifizierung ist es, demokratische Werte und Verhaltensweisen bewusst zu machen sowie Formen der Umsetzung im verbandlichen/organisatorischen Kontext zu erkennen und zu fördern. Dazu sollen Mitarbeitende und Organisationen motiviert und gestärkt werden, sich im beruflichen Alltag für Demokratie, Teilhabe und Werte wie Respekt, Kollegialität und Wertschätzung sowie gegen Ausgrenzung und Diskriminierung aktiv und neu zu positionieren.

Das Angebot versteht sich als **Pilot-projekt**, das bei erfolgreicher Umsetzung allen durch "Zusammenhalt durch Teilhabe" geförderten Vereinen und Verbänden zur Verfügung stehen soll. Dazu wird das Angebot wissenschaftlich evaluiert und ausgewertet. Ziel ist es, das Blended-Learning-Konzept, nachdem es in einem ersten Modelldurchlauf exemplarisch mit einem teilnehmenden Verband durchgeführt wurde, in einem zweiten Schritt als dauerhaft verfügbare Begleitmaßnahme zu etablieren.

Weitere Informationen finden Sie online (ganz im Sinne der hybriden Wissensvermittlung) unter: https://www.demokratie-erleben. online/de/projektbeschreibung/ oder durch Nachfragen per E-Mail an: wolrab@gegen-vergessen.de

**Julia Wolrab** ist wissenschaftliche Referentin bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. im Arbeitsbereich Extremismusprävention.

## **RAG Saar-Pfalz-Hunsrück**

Lennart Berwanger, Fabian Müller

## Einfach mal selber machen lassen!

Junge Menschen engagieren sich in den Partnerschaften für Demokratie

Seit 2015 fördert der Bund im Rahmen des Programmes Demokratie leben! des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in verschiedenen Förderlinien Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit. Durch dieses Programm können staatliche und zivilgesellschaftliche Träger in weit über 200 regionalen Partnerschaften für Demokratie eine lokale Handlungsstrategie gegen Extremismus und Demokratiefeindlichkeit entwickeln, Netzwerke aufbauen, gemeinsam Ziele und Handlungserfordernisse für die Arbeit in der Region formulieren und anhand selbstgewählter Schwerpunkte Projekte und Aktionen im Fördergebiet umsetzen. Hierzu arbeiten jeweils ein federführendes Amt (beispielsweise Kreisjugendpflege, Integrationsbüro oder ähnliches) mit einer bei einem zivilgesellschaftlichen Träger eingerichteten Koordinierungs- und Fachstelle zusammen.

Das Adolf-Bender-Zentrum in St. Wendel (RAG Saar-Pfalz-Hunsrück) koordiniert vier der fünf saarländischen Partnerschaften für Demokratie. Bestandteil jeder Partnerschaft ist die Einrichtung und Betreuung eines Jugendforums, um die Beteiligung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen an den Zielen und Projekten der Partnerschaften zu ermöglichen. Die Arbeit der Jugendlichen wird mit jährlich 5.000 bis 7.000 Euro aus dem Bundesprogramm un-



Im Sommer 2017 drehte das Jugendforum einen satirischen Nachrichtenclip im Vorfeld der Bundestagswahl: https://www.youtube.com/watch?v=Rs6\_pOvEjgY.

terstützt. Hierdurch können Teilnehmende selbst Budgetverantwortung übernehmen und eigene Projekte umsetzen.

In den Partnerschaften der Stadt Homburg sowie des Saarpfalz-Kreises werden die Jugendforen gemeinsam von der protestantischen Jugendzentrale sowie vom Adolf-Bender-Zentrum betreut. In den Jugendforen engagieren sich junge Menschen unterschiedlicher Herkunft, von Schülern über Auszubildende und Stu-

denten bis zu Berufstätigen, die sich mit dem Bliesgau als Heimat identifizieren. Im Jugendforum spielt der sozioökonomische Status keine Rolle. Jeder ist willkommen, den Sitzungen beizuwohnen, sich zu informieren und zu beteiligen. Viele Teilnehmer sind mehrfach engagiert und bereits mit politischer Arbeit vertraut, andere machen erstmals solche Erfahrungen. Durch die Heterogenität der Gruppen kommt es zu Diskussion und Dialog, zum Lernen voneinander und zu gemeinsamen Beschlüssen.

Fotos: Adolf-Bender-Zentrum e.V., St. Wende

Infostand beim "Rock gegen Rechts"-Konzert in Homburg mit selbst entwickeltem Merchandise.



Gründe für die Jugendlichen, sich in einem Forum zu engagieren, sind unter anderem die Chance sich einzubringen, der Gedanke, dass unsere Demokratie ein schützenswertes Geschenk ist, das es zu wahren gilt, und der Wunsch, die Welt ein Stückchen besser zu machen. Die Mitglieder der Jugendforen wollen in erster Linie sensibilisieren und Denkanstöße geben. Sie sehen hier Gelegenheit, ihre eigene Zukunft und die der Gesellschaft mitzugestalten.

Innerhalb der Partnerschaften für Demokratie ist das Jugendforum auch für die Erwachsenen wichtiger Ansprechpartner und Ideengeber sowie an allen Entscheidungsprozessen beteiligt. Bei den jährlichen Demokratiekonferenzen und Klausurtagungen, bei Vorträgen und Fortbildungen sowie bei Aktionen im Stadtraum wirkt das Jugendforum in die Öffentlichkeit und trägt seine Botschaften und Projekte nach außen. Als besonders wirksam erweist sich die lockere peer-to-peer-Ansprache unter Jugendlichen, unterstützt durch selbst entwickelte Give-Aways.

Die Entwicklung von Give-Aways war in der ersten Phase der Jugendforen ein zentraler Bestandteil der Arbeit. So konnte es gelingen, auch über die direkt Beteiligten hinaus bekannt zu werden. In einem nächsten Schritt wurden Soziale Netzwerke genutzt, um die Aufmerksamkeit zu steigern. Mittlerweile widmen sich die Jugendforen konkreten Aktionen wie Filmprojekten zum Thema Demokratie und Flucht oder sie gestalten gemeinsam mit Künstlern Graffitis an genehmigten Plätzen, um die Welt ein Stück bunter zu machen und gleichzeitig für Vielfalt und Toleranz zu werben. Bei der U18-Wahl sowie durch Umfragen zu verschiedenen Themen machten sich die Jugendforen ein Bild davon, was Jugendliche bewegt, was sie denken und sich wünschen. An die Jugendforen können auch Finanzierungsanträge für Projekte gestellt werden, die im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie förderfähig sind. Diese werden eingehend diskutiert und geprüft.

In Zukunft werden die Jugendforen weiterhin neue Aktionen ins Leben rufen und etablierte Formate ausbauen. Als Beispiel kann der "Runde Tisch - Politik in unserer Mitte" genannt werden. Hier diskutieren die Jugendlichen mit kommunalen Politikern an öffentlichen Orten. Nach einer Diskussionsrunde im Linienbus sind die jungen Menschen jetzt auf der Suche nach weiteren besonderen Lokalitäten, wo Politiker und Jugendliche öffentlich diskutieren könnten. Für dieses Projekt wurden die Jugendlichen im Jahr 2018 im Förderprogramm Demokratisch handeln ausgezeichnet.

Um das Jugendforum aufzubauen und am Leben zu erhalten, sind neben den finanziellen Fördermitteln des Bundes auch er-



Jugendliche gestalten gemeinsam ein Graffiti für Toleranz an der Mauer der protestantischen Kirchengemeinde in Homburg.

hebliche personelle Ressourcen seitens der Betreuenden nötig. Verwaltung und Organisation, Wochenendveranstaltungen und Fahrdienste erfordern ein hohes Engagement der Träger. Für die Erwachsenen ist es manchmal eine Herausforderung, sich bewusst zurückzuhalten, Prozesse nicht an sich zu ziehen oder zu beschleunigen, sondern auch Missstände bewusst auszuhalten und den Jugendlichen so eigene Erfahrungen zu ermöglichen, sei es durch Erfolg oder durch Scheitern. Nur wenn sich die Betreuer als Begleiter und Dienstleister im Rahmen weitgehend selbstverwalteter Jugendarbeit verstehen, wird das Jugendforum seinem Anspruch auf Dauer gerecht.

Trotz hoher Motivation der beteiligten Jugendlichen erweist es sich bisher als schwierig, in die ländlichen Gebiete des Landkreises vorzudringen. Dies war einer der Beweggründe dafür, den "Runden Tisch" in einen Linienbus zu verlegen. So fand das Gespräch im gesamten Bliesgau statt und die Jugendlichen konnten zuund aussteigen, wie es für sie am günstigsten war. Ein Mangel an Mobilität stellt gerade im ländlichen Raum ein Problem dar. Das Jugendforum im Saarpfalz-Kreis hat deshalb recht früh beschlossen, seine Sitzungen im Wechsel in unterschiedlichen Dörfern anzubieten. Da das Jugendforum dabei in Räumen von Jugendorganisationen tagt, gewinnt es weiter an Bekanntheit.

Die Finanzierung und Betreuung der Jugendforen ist bis Ende 2019 abgesichert. Eine nachhaltige Verankerung und dauerhafte Fortführung wird angestrebt. ■

Der "Runde Tisch" fährt Bus… und die Jugendlichen diskutieren mit dem Kreisbeigeordneten Hans-Jürgen Domberg unter anderem über Probleme im ÖPNV im ländlichen Raum.



Lennart Berwanger ist Mitglied des Jugendforums Saarpfalz. Fabian Müller ist pädagogisch-wissenschaftlicher Mitarbeiter im Adolf-Bender-Zentrum, St. Wendel.

Friedhelm Boll

# Begegnungen beim 74. Gedenktag in Maillé: "Man hätte auf gleiche Weise ein deutsches Dorf niedermachen sollen."

Wie im vergangenen Jahr nahm ich auch 2018 am Gedenktag des Massakers von Maillé teil. Dieses weitgehend vergessene Dorf in Mittelfrankreich (bei Tours) bedarf besonders unserer Aufmerksamkeit. Das Gedenkprogramm war in diesem Jahr geprägt durch die Anwesenheit des französischen Bildungsministers Jean-Michel Blanquer, der eine wichtige Rede hielt. Er ging besonders auf die Europäische Union ein, die nicht zuletzt aufgebaut wurde, um weitere Kriege in Europa zu verhindern. Dies sei gelungen. Daher sei auch die Anwesenheit einer deutschen Delegation wichtig. So begrüßte er den stellvertretenden deutschen Botschafter, Pascal Hector, sowie mich als Vertreter von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Im Anschluss an die Rede konnte ich dem Bildungsminister versichern, dass wir uns auch weiterhin um Maillé kümmern wollen.

Anschließend stellte sich mir eine ältere Dame namens Gisèle Bourgoin vor. Sie sei eine der letzten Zeitzeuginnen, sagte sie und erzählte mir ihre Geschichte: Ihre Familie sei gerettet worden, weil der Bauernhof ihrer Eltern eine große Einfahrt besaß, die mit einem schmiedeeisernen Tor verschlossen war. Dennoch schossen die SS-Männer wie wild auf ihr Wohnhaus, in dessen Keller sie sich mit ihrer Familie versteckt hatte. Ihre Cousine, die neben uns saß, bestätigte das: Auch sie habe stundenlang im Keller ausgehalten, Gisèle zwischen ihren Knien. Madame Bourgoin erzählte, sie habe am Tag des Massakers Geburtstag gehabt. Seit diesem Tag habe sie ihr Leben lang keinen Geburtstag mehr gefeiert.

Im Laufe des Gesprächs bildete sich um uns eine Menschentraube, weil viele der



Friedhelm Boll bei der Gedenkfeier zum 74. Jahrestag des Massakers von Maillé

älteren Herrschaften unser Gespräch miterleben und auch eigene Erlebnisse beisteuern wollten. Als ein älterer Herr vorbeiging, warf Madame Bourgoin ein, dieser Mann habe überlebt, weil er unter einigen Erschossenen lag und sich totstellen konnte. Ein anderer Zeitzeuge erzählte, seine Familie sei gerettet worden, weil sie sich im Haus der Schrankenwärterin versteckte. Die Deutschen hätten das Haus nicht bombardiert, weil sie die Bahntrasse noch für den Rückzug der Wehrmacht benötigten.

Beim Hinausgehen drängte sich ein älterer Herr zu mir mit der Bemerkung: "Man hätte auf gleiche Weise ein deutsches Dorf niedermachen sollen." Mei-

ne Freunde aus dem Gedenkmuseum meinten, eine solche Äußerung hätten sie nie von Bewohnern Maillés gehört. Möglicherweise handele es sich um einen Besucher. Dennoch bin ich diesem Herrn dankbar, weil er mir auf drastische Art eröffnete, wie viele Emotionen (und auch Hassgefühle) ein solcher Gedenktag hervorruft. Der große Redebedarf bestärkte mich in der Annahme, Gesprächen mit den Menschen vor Ort beim nächsten Mal weit mehr Zeit zu widmen. Der Besuch eines hohen Repräsentanten Deutschlands, der zum 75. Gedenktag im Jahr 2019 Maillé besuchen und unsere Betroffenheit und Scham zum Ausdruck bringen würde, wäre eine sinnvolle und notwendige Geste. ■

Friedhelm Boll ist Vorstandsmitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

## ■ RAG Rheinland-Pfalz stellt sich vor

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. ist dort stark, wo sich engagierte Bürgerinnen und Bürger zusammenfinden, um vor Ort gemeinsam für die Demokratie einzutreten. Derzeit bestehen bundesweit 40 Regionale Arbeitsgruppen und Landesarbeitsgemeinschaften, die wir an dieser Stelle vorstellen möchten – mit den Gesichtern, die dahinter stehen. In dieser Ausgabe gibt Sprecher Michael Thierbach Auskunft über die Rheinland-Pfalz.

Name: Geburtsdatum: Beruf:	Michael Thierbach 23. Februar 1969 Regierungsdirektor, Staatskanzlei Rheinland-Pfalz
Motto unserer Initiative:	Die RAG startet "mottolos"
So bin ich bei Gegen Vergessen– Für Demokratie e.V. gelandet:	Auf der Suche nach einem Engagement, was fußend auf der Erinne- rung an geschehenes Unrecht Menschen von Demokratie überzeugen und für Demokra- tie begeistern will.
Daraus ziehe ich Motivation für meine ehrenamtliche Arbeit:	Aus der (jüngsten) Entwicklung in der politischen und gesellschaftlichen Debatte: vor allem dem nicht hinnehmbaren Umgang mit Fremdem, mit Anderssein und mit der eigenen Geschichte.
Diese Themen interessieren mich besonders:	Gerechtigkeit, demokratisches Miteinander
Hier bin ich außerdem aktiv:	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz
Die Idee zur Regionalen Arbeitsgruppe Rheinland-Pfalz entstand, als	ich im Austausch mit der RAG Rhein-Main war und aufgrund der Größe der Region eine eigene RAG Rheinland-Pfalz sehr sinnvoll erschien.
Die Regionale Arbeitsgruppe Rheinland-Pfalz ist	vor allem neu und deswegen voller Chancen für die Bildung eines eigenständigen Profils.
Für die Arbeit in der RAG wünsche ich mir,	neue und aktive Mitglieder, die der RAG gemeinsam mit ihren jeweils eigenen Interessen und Möglichkeiten ein Gesicht geben.
Und zu guter Letzt:	"Dass die Stärke des Volkes sich misst am Wohl der Schwachen." Aus der Präambel der Schweizer Verfassung.

## Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. trauert um einen langjährigen Weggefährten und Unterstützer

Unser Beiratsmitglied Professor Dr. Berthold Leibinger ist am 16. Oktober 2018 im Alter von 87 Jahren verstorben. Seiner Familie gilt unser ganzes Mitgefühl.

Professor Leibinger war als Vorsitzender der Geschäftsführung der weltweit bekannten Maschinenbaufirma TRUMPF GmbH & Co. KG in Ditzingen bei Stuttgart nicht nur ein Unternehmer mit außergewöhnlichem ökonomischem und sozialem Verantwortungsbewusstsein. Er war auch ein treues und verlässliches Mitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

ideell und vor allem finanziell zu unterstützen, hat uns unsere umfangreichen Aktivitäten erst möglich gemacht. So wäre etwa die Errichtung der Gedenkstätte in Haflingen/Tailfingen und des DDR-Museums in Pforzheim ohne seine umfassende Hilfe nie möglich gewesen.

Landesarbeitsgemeinschaft Baden-Württemberg nachhaltig

Aus seiner Abscheu gegenüber den beiden deutschen Diktaturen des letzten Jahrhunderts hat er nie ein Hehl gemacht. Seine stetige Bereitschaft gerade die Arbeit unserer

Unsere Vereinigung ist Professor Dr. Leibinger zu tief empfundenem Dank verpflichtet. Wir werden ihm stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

## **Ernst-Jürgen Walberg bespricht:**

Ernst-Jürgen Walberg, Vorstandsmitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. und bis Ende 2011 Kulturchef von NDR 1 Radio MV in Schwerin, schreibt regelmäßig über Neuerscheinungen zu einem aktuellen historischen Thema in unseren Ausgaben der Zeitschrift.



## Demokratie als Lebenselement ...

... oder doch noch immer: "mehr Demokratie wagen"?

Es war irgendwann Anfang Januar 1969, da wurde der spätere Bundespräsident Gustav Heinemann gefragt, ob er diesen Staat, die alte Bundesrepublik also, liebe. Seine Antwort, kurz, knapp und schmerzlos: "Ach was, ich liebe keine Staaten, ich liebe meine Frau; fertig!" SPIEGEL-Reporter Hermann Schreiber hat diesen Satz veröffentlicht und so überliefert. Und seitdem wird er regelmäßig aus den Historische-Zitate-Kästlein herausgekramt, ob er nun passt oder nicht. Schon deshalb ist gleich am Anfang festzuhalten: In keiner der vorzustellenden Veröffentlichungen ist er (habe ich ihn nicht leichtfertig überlesen) zu finden, nicht einmal bei Thea Dorn, worüber schmunzelnd gesondert nachzudenken wäre ... nach diesem voraussichtlich heftigen Parforceritt durch die deutsche Demokratiegeschichte.

Gustav Heinemann hat sie am 1. Juli 1969 in einer gemeinsamen Sitzung von Bundestag und Bundesrat nach seinem Amtseid als Bundespräsident in seiner Ansprache so zusammengefasst: "Wir stehen erst am Anfang der ersten wirklich freiheitlichen Periode unserer Geschichte. Freiheitliche Demokratie muss endlich das Lebenselement unserer Gesellschaft werden. ... Nicht weniger, sondern mehr Demokratie – das ist die Forderung, das ist das große Ziel, dem wir uns alle und zumal die Jugend zu verschreiben haben. Es gibt schwierige Vaterländer. Eines von ihnen ist Deutschland. Aber es ist unser Vaterland."

Zwischen den Zeilen sind hier all die Begriffe versteckt und zu finden, die so direkt wie indirekt Themen der ausgewählten Neuerscheinungen sind und die historisch die politischen Diskussionen geprägt haben und heute wieder brandaktuell bestimmen: Vaterlands- oder Heimatliebe, Identität oder (aufgeklärter) Patriotismus, (deutsche) Kultur, Kulturnation oder Leitkultur, Nation und Nationalstaat, Deutscher, Europäer oder Weltbürger und viele andere mehr, einschließlich nicht nur populistischer Varianten.

Lesen wir mal nach ...

#### Tag für Tag bergab

... und beginnen der Einfachheit halber dort, wo wir uns auszukennen meinen, weil kaum eine deutsche historische Vergangenheit wissenschaftlich so exakt und umfänglich aufgearbeitet scheint wie die Zeit der Weimarer Republik, ihr Ende inklusive

Um Demokratie geht es, doch Demokratie ist kein Thema mehr damals am Schluss, nicht in den Parteien und auch kaum noch in der Bevölkerung: Wer keine Arbeit mehr hat und nichts zu beißen, der hat andere Sorgen. Und wer in den Hinterzimmern der Macht die Strippen zieht und um eben diese Macht kungelt, feilscht, droht, den interessieren weder die Menschen noch das Volk und die kümmerlichen Reste der Demokratie schon gar nicht. Am Morgen des 30. Januar 1933 fasst die Vossische Zeitung lapidar und unterkühlt zusammen: "Die Zeichen stehen auf Sturm."

Mit der Machtergreifung Adolf Hitlers (oder Machtübergabe oder Machtübernahme, über die korrekte Bezeichnung streiten Historiker bis heute) an diesem 30. Januar 1933 endet die Weimarer Republik, die erste deutsche Demokratie. Es ist auch der Schlusspunkt dieser "dokumentarischen Montage" von Rüdiger Barth und Hauke Friederichs. Die Tagesaufzeichnungen beginnen am 17. November 1932, ei-



Rüdiger Barth, Hauke Friederichs Die Totengräber. Der letzte Winter der Weimarer Republik.

S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 2018 Gebundene Ausgabe, 410 Seiten ISBN: 978-3-10-397325-9 • 24,00 €



nem Donnerstag. Und sie starten wie alle folgenden mit ein paar originalen Zeitungsschlagzeilen, dann gibt es die Ereignisse des Tages, die großen und manchmal auch die kleinen, mit kurzen Nacherzählungen von Tagebuchaufzeichnungen der Beteiligten, mit Zusammenfassungen von Dokumenten wie den offiziellen Protokollen der Reichskanzlei, mit leichten Abschweifungen hier und heftigeren Schwenkern dort und fast ausnahmslos unter Verzicht auf Ein- oder Zuordnung oder gar Kommentar aus dem (nachträglichen) Wissen von heute. Pro Tag ein Kapitel, zur Auflockerung garniert mit Kurzauszügen aus Veröffentlichungen der Klatschkolumnistin Barbara Fromm oder mit (leider selten wirklich passenden) zeitgleich entstandenen Gedichtschnipseln der unvergessenen Mascha Kaléko.

Das knirscht an manchen Tagen heftig oder rutscht grandios in Schieflage, weil nicht jeder der beteiligten "Totengräber" der Weimarer Republik so extensiv und auswertbar Tagebuch geführt hat wie Joseph Goebbels oder weil die meisten Lebenszeugnisse vernichtet worden sind, wie zum Beispiel die Kurt von Schleichers nach seiner Ermordung durch die SS 1934. Pro Tag eine Kurzerzählung – und je kräftiger die Machtspieler für sich selbst und ihre eigene Zukunft zugange sind, desto chaotischer wird das Geschehen und desto unwichtiger werden für uns heute die exakten Abläufe, die Details. Diese Machtspieler sind neben Goebbels und von Schleicher Franz von Papen, Adolf Hitler und Paul von Hindenburg, in der eher zweiten Reihe dann Oskar von Hindenburg, der Sohn, und Otto Meissner, die graue Eminenz im Hintergrund und bis zum Ende 1945 Leiter der Präsidialkanzlei des Reichskanzlers und Führers Adolf Hitler. Man lässt das alles einfach durch- und manchmal auch an sich vorbeirauschen... es war einmal.

Und was ist neu, was bleibt? Vielleicht nur die Erkenntnis: So intensiv in den Hinterzimmern der Macht gekungelt wurde ... ganz ohne einordnenden Kommentar geht es selbst Jahrzehnte später nicht. Eine Darstellung im Präsens reicht nicht hin, um uns viele Jahrzehnte später an die Seite der Akteure von damals zu schieben oder gar in die Nähe der Betroffenen. Die Autoren bleiben zu dicht am Stoff, ohne sich auch die literarische Freiheit zu nehmen, um die Lektüre wirklich neu und aufregend zu machen. Andere haben es vorexerziert: Florian Illies zum Beispiel mit 1913. Der Sommer des Jahrhunderts oder Éric Vouillard mit Die Tagesordnung, der erste einfallsreich und findig, der zweite literarisch und elegant....

Und auch das noch: War es nicht Paul von Hindenburg, der am 30. Januar 1933 die Macht weitergereicht hat, vielleicht nur, um selbst endlich und endgültig Ruhe zu haben? Auf dem Titelbild dieses Buches fehlt sein Porträt unter denen der "Totengräber". Warum eigentlich?

## 130 Tage oder nur wenige mehr

Der Mensch will Sie ja nicht noch mehr irritieren, nur schnell fragen: Was verbinden Sie mit diesen Namen? Manfred Preiß, Sybille Reider, Herbert Schirmer, Dr. Christa Schmidt, Peter Pollack und Karl-Hermann Steinberg oder Dr. Gottfried Müller? Ihre Lebensstationen unter vielen anderen: Blankenburg und Magdeburg, Halle und Leipzig, Dresden und Cottbus, Leipzig und Halle, Halle und Falkenberg, Heiligenstadt und Merseburg, Jena und Leipzig. Und jetzt? Nun gut, zur Ergänzung: Für wenigstens 130 oder maximal 174 Tage saßen sie in wichtigen Ämtern, obwohl sie von vielen Monaten, einige

sogar von Jahren ausgegangen waren, als sie zur eigenen Überraschung gefragt wurden, ob sie es übernehmen könnten, kurzfristig, eher gleich, besser noch: sofort? Das Ministerium für Regionale und Kommunale Angelegenheiten, das Ministerium für Handel und Tourismus, das Ministerium für Kultur, das Ministerium für Familie und Frauen, das Landwirtschaftsministerium, das Ministerium für Umwelt, Naturschutz, Energie und Reaktorsicherheit oder das Ministerium für Medienpolitik.

Erinnern Sie sich? Sie alle und andere mehr gehörten der letzten DDR-Regierung an, Sabine Bergmann-Pohl wurde Volkskammerpräsidentin und letztes Staatsoberhaupt der DDR, Lothar de Maizière wurde als letzter Ministerpräsident der DDR vereidigt. Da übernahmen Frauen und Männer politische Verantwortung auf Zeit, die bis dahin mit der Politik nichts am Hut hatten, das war die Regel. Amateure also, die irgendwie ahnten: Sie hätten die DDR abzuwickeln oder besenrein zu übergeben, liest man, auf Augenhöhe natürlich, das liest man auch... na wie denn sonst?!?

Für ein Filmprojekt und diese Veröffentlichung sind die Ex-Ministerinnen, die Ex-Minister befragt worden: sehr persönlich und ein bisschen staatstragend auch, so kritisch, wie es sich gehört, und so verständnisvoll wie höflich – fast alle haben mitgemacht und sich erinnert. Der inzwischen große zeitliche Abstand verhilft zu erstaunlicher Offenheit. Sie formulieren Verwunderung über sich selbst. Sie beschreiben Illusionen und das Klein-Klein der Wirklichkeit. Sie üben Kritik (und längst nicht nur an ihren westdeutschen Beratern von damals). Sie wissen genau, was ging und was nicht. Sie beschreiben die atemlosen Erwartungen der Bevölkerung und die politischen Reaktionen da-»



Olaf Jacobs (Hg.)

Die Staatsmacht, die sich selbst abschaffte. Die letzte DDR-Regierung im Gespräch.

Mitteldeutscher Verlag, Halle 2018 Broschierte Ausgabe, 488 Seiten ISBN: 978-3-95462-988-6 • 25,00 €



"> rauf, in Ost wie West. Und sie erinnern mit ganz unterschiedlichen Akzenten daran, wie es sich angefühlt hat damals, sich selbst abzuschaffen als Mitglied einer Staatsmacht ohne Zukunft.

Als Lothar de Maizière etwas umständlich gefragt wird, wie er seine "eigene Amtszeit im Vergleich zu anderen Regierungschefs" aus heutiger Sicht beurteile, in der Rückschau also, ist seine Antwort eindeutig: "Also wenn ich uns eine Zensur geben sollte, würde ich sagen: Zwei bis Drei. Wir waren unendlich fleißig und haben auch vieles richtig eingeschätzt – und manches eben weniger richtig eingeschätzt." Eine Begründung liefert er gleich nach, und sie ist nicht ironisch gemeint, behaupte ich: "Wir hatten in der DDR Hunderte von Lehrbüchern, wo man nachlesen konnte, wie man von der Marktwirtschaft zur Planwirtschaft kommt. Aber das Buch für den Rückweg gab es nicht."

Bequem ist dieser Band nicht, besonders nicht für die damaligen Gesprächs- und Verhandlungspartner aus dem Westen. Da wäre ein westliches Gegenstück nicht schlecht. Und wenn dann die verantwortlichen Ministerinnen und Minister der letzten Regierung der Bundesrepublik Deutschland ebenfalls so offen und so persönlich redeten und so (selbst-) kritisch zwischendurch ...

Apropos: Auszüge aus den Gesprächen können Sie online unter dem Titel Aufbruch und Einheit. Die letzte DDR-Regierung nachhören und -sehen (ergänzt durch eine Fülle dokumentarischen Materials): https://deutsche-einheit-1990.de [30.11.2017].

## Auf der Suche nach Orientierung

Das klingt verführerisch konkret: Staatserzählungen. Die Deutschen und ihre politische Ordnung. Lassen wir uns also erzählen von der Gegenwart und der Zukunft des Staates, von unserem Verhältnis zu ihm und seiner Abhängigkeit von uns oder unserer von ihm. Lassen wir uns berichten von diesem Staat und dieser Nation und den europäischen Perspektiven beider. Wir erwarten Bestandsaufnahmen auf der einen Seite und Zukunftsperspektiven auf der anderen. Und wir erhalten was? Ein Kapitel über Fürstenberatung mit und ohne Fürsten (Jürgen Kaube), einen Exkurs über Marx 1859, ein Marx-Vorwort von ganz überwältigender, geschichtlicher Bedeutung (Wilfried Nippel), und stolpern auch noch über Herfried Münkler als Herausforderung für und von Georg Nolte, womit spätestens nach gut 100 Seiten klar wird, erstens: Wir drohen uns zu verirren in den zwischendurch sprachlich abenteuerlich intellektuellen Tiefen der Wissenschaft, bis wir erfahren: Ein nicht geringer Teil der Aufsätze sind wissenschaftliche Vorträge, gehalten anlässlich des 65. Geburtstages von eben Herfried Münkler. Dagegen wäre nichts, aber auch gar nichts einzuwenden, hätte man sich einen reinen Wissenschaftsverlag gesucht und nicht ohne jede sprachliche Veränderung ein Buch daraus gemacht für uns alle. Wo war neben den Herausgebern der Lektor?!

Oder liebevoller formuliert: Erzählungen haben es an sich, verständlich zu sein, anregend, im besten Fall sogar aufregend: dann machen sie Sinn und ihre Lektüre Vergnügen. Das funktioniert bestens etwa bei Steffen Martus und seinem Essay über politische Erzählkunst am Beispiel der Kinder- und Hausmärchen der Brüder Grimm; das gelingt auch Gabriele Metzler, die sich die westdeutschen Zeithistoriker und deren zerfaserndes oder schon zerfasertes Verhältnis zum eigenen Staat vornimmt. Und es gelingt eindeutig am besten Herfried Münkler, der sich ganz konkret auf die Suche nach einer neuen Europaerzäh-

lung begibt: weg vom sich abgrenzenden, sich abschottenden Nationalstaat, hin zu einer modernen europäischen Union, die den aktuellen Herausforderungen (Flüchtlinge inklusive!) für die Zukunft gewachsen ist. Verantwortungsbewusstsein und Pflichtgefühl sind nach Münkler die entscheidenden Voraussetzungen für ein Europa, das selbst in einer globalen Welt "sichtbar und handlungsfähig" bleiben muss. An dieser Art Europaerzählung ist weiter zu schreiben, engagiert, konsequent und im Zweifel unbeirrt gegen den populistischen Strom.

#### "Ans Vaterland, ans teure ..."

Es war 2011, da hat die Schriftstellerin Thea Dorn zusammen mit dem Schriftsteller Richard Wagner Die deutsche Seele zu sezieren versucht anhand von über 60 (nach ihrer Ansicht) typisch deutschen Stichwörtern, von Abendbrot über Heimat bis Zerrissenheit: nahezu jedes Schlagwort garniert mit flott zitierfähigen Fundstücken aus den unendlichen Weiten der deutschen Literatur, der deutschen Philosophie, der deutschen Geschichte. Die so intelligente wie muntere Klischeesammlung wurde ein dicker, ordentlich erfolgreicher Bestseller. Und spätestens da war klar: Mit der "Gemütlichkeit" der Leserin, des Lesers werde es schnell vorbei sein, stand doch zu erwarten: Dieser eher lockere Umgang mit dem deutschen Wesen werde zeitnah unterfüttert werden mit Grundsätzlichem. Oder anders: Heimat oder Kulturnation können nicht auserzählt sein in ein paar leicht zugänglichen enzyklopädischen Absätzen. Schon Kurt Tucholsky lästerte, wenn auch in eigener Sache, anlässlich seines Schloß Gripsholm: "Leichtigkeit, das ist im Deutschen ein Vorwurf an den Autor. Tief ... tief mußte sein. Ach, ist das ein verbogenes Land."

Herfried Münkler, Jürgen Kaube, Wolfgang Schäuble u.a. Staatserzählungen. Die Deutschen und ihre politische Ordnung. Herausgegeben von Grit Straßenberger und Felix Wassermann.

Rowohlt Berlin Verlag, Berlin 2018 · Gebundene Ausgabe, 320 Seiten ISBN: 978-3-7371-0037-3 • 26,00 €



Jetzt hat Thea Dorn geliefert, mit grö-Berer Tiefe und neuen Akzenten, mit deutlich brisanterer Aktualität (Stichworte: Flüchtlinge, AfD) und in einer etwas gewöhnungsbedürftigen Mischung aus intellektuellem Anspruch, schnoddrigen Ergänzungen, einer pfiffigen Zitatefülle, prächtigen Fundstücken und einigen Seiten- oder Irrwegen, über die sich heftig und grundsätzlich zu streiten lohnte.

"Dürfen wir unser Land lieben?" Das ist ihre erste Frage. Ihre Antwort ist schnell klar: Ja! Argumente dafür finden sich überall in und zwischen den Zeilen, geht es um die deutsche Kultur, um deutsche Heimat, um die deutsche Nation, die deutsche Kulturnation oder gar um aufgeklärte Patrioten in diesem, unserem Deutschland. Die Umfrage eines Marktforschungsinstituts habe 2017 ergeben, Deutschland sei "derzeit die beliebteste Nation der Welt", woraus Thea Dorn messerscharf folgert: "Dies sollten wir eher mit einem leisen Schmunzeln denn mit grölendem Hurra-Patriotismus guittieren - und als Erlaubnis dafür nehmen, dass endlich auch wir Deutschen unser Land lieben dürfen." Wirklich überzeugend, das Ergebnis einer Umfrage als Liebeserlaubnis? Da bleibe ich doch besser unverändert und stur an der Seite Gustav Heinemanns, siehe oben.

Von Leitkultur hält Thea Dorn eher wenig bis nichts, von kultureller Identität jede Menge. Patriotismus reicht nicht hin, aufgeklärt sollte er schon sein. Der Staat, der Nationalstaat ist Wirklichkeit und nicht Vergangenheit. Zu dieser Nation hat sich zu bekennen, wer hier seine Heimat hat und findet, also gilt nach wie vor mit John F. Kennedy: "Frage nicht, was dein Land für dich tun kann – frage, was du für dein Land tun kannst."

Nur wenige Zeilen vorher zitiert Thea Dorn eines dieser Fundstücke, die überraschen, uns sprachlos zurücklassen und nicht zuletzt wegen ihrer Aktualität einen großen Reiz ihrer Studie ausmachen. Hier diese Zeilen von Johann Gottfried Herder aus seinen Briefen zu[r] Beförderung der Humanität (1793): "Nicht zu grübeln hast du über dein Vaterland: denn du warest nicht sein Schöpfer; aber mithelfen musst du ihm, wo und wie du kannst, ermuntern, retten, bessern, und wenn du die Gans des Kapitoliums wärest."

Zwei Aufklärer des 18. Jahrhunderts gehören zu den faszinierendsten Entdeckungen hier: Christian Samuel Ludwig von Beyer (Inspecteur und Oberprediger an der Hauptkirche zu Aschersleben) und Wilhelm Abraham Teller (Theologe, Kirchenlieddichter und Universitätsprofessor in Helmstedt). Beide sind seit Ewigkeiten vergessen und trotzdem tagesaktuell: Nur das Vaterland könne von seinen Bürgern geliebt werden, das ihre Freiheitsrechte sichert und garantiert. Oder: Von den Einheimischen müssten alle Neuankömmlinge freundlichst empfangen werden, diese aber sollten sich zu ihrer neuen Heimat bekennen und hier kräftig mit anpacken. Es sind nicht zuletzt solche Entdeckungen, die uns Leser bei der Lektüre halten.

So deutlich die bekennende Bildungsbürgerin Thea Dorn zur deutschen Kulturnation steht und zu deren Bedeutung, so zurückhaltend reagiert sie auf das inzwischen ziemlich zerfledderte Projekt Europa. Politische Europa-, gar Weltbürgerträume? Warum denn nicht? "Wir sollen [...] so munter frisch weiterträumen, wie es unsere geistigen Vorfahren getan haben. Denn wer weiß schon, was kommt? Weder Goethe noch Schiller hätten sich träumen lassen,

dass ihre Denkmäler eines Tages auf Plätzen in einem friedlich und freiheitlich geeinten Deutschland stehen würden." Mit Verlaub: Das ist mir zu wenig!

Immerhin: Beim "Kulturpatriotismus" darf es nach Dorn ein bisschen mehr sein, da er "eben kein deutscher ist, sondern dem Geist europäische und weltbürgerliche Horizonte überhaupt erst zu eröffnen vermag [...]". Glaube niemand, wenigstens das sei bequem in diesem gespaltenen Land. ■



deutsch, nicht dumpf. Ein Leitfaden für aufgeklärte Patrioten.

Albrecht Knaus Verlag, München 2018 Gebundene Ausgabe, 336 Seiten ISBN: 978-3-8135-0810-9 • 24,00 €

## Widerstand ist nicht in die Wiege gelegt

## Wolfram Wette

Eine neue Biographie spürt Hans Scholls Weg vom jugendlichen Intellektuellen bis zum unbeugsamen Verfechter der Freiheit nach. Hans Scholl wurde am 22. September 1918 geboren. Pünktlich zum 100. Geburtstag legt Jakob Knab eine einfühlsame Biographie des bekannten Widerstandskämpfers gegen den NS-Unrechtsstaat vor. Das Buch behandelt den keineswegs geradlinigen Lebenslauf des Münchener Studenten, dessen Leben schon mit 24 Jahren auf dem Schafott endete. Weiterhin analysiert der Religionswissenschaftler Knab "die ideengeschichtlichen Tiefen" der sieben Flugblätter der studentischen Widerstandsgruppe Weiße Rose. Ein Buch wie dieses kann mit einiger Aufmerksamkeit rechnen, denn Sophie und Hans Scholl haben einen festen Platz in unserer Erinnerungskultur. Nahezu 200 Schulen, darunter 30 Gymnasien – unter ihnen das Geschwister-Scholl-Gymnasium in Waldkirch – tragen ihren Namen.

Hans und Sophie Scholl stehen für den seltenen Mut, mit den Mitteln des geschriebenen Wortes – gemeint sind die sieben Flugblätter der *Weißen Rose* – die Unterdrückung jeglicher Freiheit in Hitlerdeutschland öffentlich angeprangert und dafür sogar das eigene Leben eingesetzt zu haben. Das war angesichts des verbreiteten Mitläufertums sowie der Apathie und der Passivität der großen Mehrheit der damaligen Deutschen etwas Einzigartiges.

Zwischen Hans Scholl und seinen Eltern bestand ein enges Vertrauensverhältnis, auf das er sich in Krisensituationen immer wieder stützen konnte. Jakob Knab schildert Hans Scholl als einen charismatischen und politischen Kopf, als einen waghalsigen jungen Menschen voller Vitalität und überbordender Energie, mit Ehrgeiz und Gewissenhaftigkeit, mit jugendlicher Lebensfreude, gepaart mit einem gewissen Leichtsinn, weiterhin als einen Mann, der schon als knapp Zwanzigjähriger davon träumte, "etwas Großes" zu werden "für die Menschheit", und der also ein starkes, wenngleich noch nicht zielgerichtetes Sendungsbewusstsein besaß.

Anfänglich begeisterte sich der jugendliche Hans Scholl für den Nationalsozialismus und engagierte sich in der Hitlerjugend. Als 17-Jähriger kam er zur Deutschen Jungenschaft vom 1. November 1929, der dj.1.11., einem Ableger der Bündischen Jugend, erlebte mit ihr eine Lapplandfahrt, las in dieser Zeit Werke von Stefan George, wurde 1937 wegen "bündischer Umtriebe" und wegen einer vermeintlich homosexuellen Veranlagung von der Gestapo verhaftet, vom zuständigen Gericht jedoch freigesprochen. Diese Zeit, schreibt Knab, sei ein Wendepunkt in Scholls Leben gewesen. Er geriet in eine schwere Sinnkrise. Das im Sommersemester 1939 in München begonnene Studium der Humanmedizin ließ dem ehrgeizigen Studenten die Zeit, sich mit grundlegenden Werken der Geistesgeschichte vertraut zu machen. Er las Platon, Augustinus, Thomas von Aquin, Nietzsche, Kierkegaard, John Henry Newman, Ernst Wiechert, Carl Muth und – für ihn von nachhaltiger Bedeutung – den deutschen Kulturkritiker und dezidierten Antimilitaristen Theodor Haecker. Es zeichnet Jakob Knabs Darstellung aus, dass er geduldig und akribisch dem langwierigen geistigen Prozess der Identitätsfindung Scholls nachspürt, den dieser – lesehungrig – in den Jahren 1937 bis 1941 durchmachte.

Mit Erstaunen lesen wir, dass Scholl den Kriegsbeginn 1939 mit dem Satz kommentierte, er sei froh, "dass endlich dieser Krieg entfesselt worden ist". Selbst der deutsche Überfall auf die Sowjetunion im Sommer 1941 machte Scholl noch nicht zum politischen Oppositionellen. Erst durch die intensive Hinwendung zum christlichen Glauben fand er Ende 1941 die endgültige Kraft zum Widerstand. Sein Nein richtete sich zunächst gegen die Gewaltherrschaft des NS-Regimes im Innern, gegen die Unterdrückung jeglicher Freiheit, gegen das tägliche Unrecht, gegen die Uniformierung der Gedanken durch den staatlich verordneten Rassismus und Militarismus. Der nächste Schritt war die Anprangerung der massenhaften Tötungsverbrechen, die SS und Wehrmacht gegen Polen und Juden verübten.

Knab stellt die sieben Flugblätter der Wei-Ben Rose in ihren historischen Kontext und analysiert sie hinsichtlich ihrer ideengeschichtlichen Hintergründe. Der Band bietet weiterhin eine Schilderung der gefährlichen Flugblattaktionen, der Verhaftung der widerständigen Studierenden, der Verhöre, des Prozesses und der Todesurteile. Knab schließt mit den Worten, die auch Hans Scholls letzte Worte waren: "Es lebe die Freiheit!"

**Prof. Dr. Wolfram Wette** aus Waldkirch ist Historiker und Mitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.



Jakob Knab

Ich schweige nicht. Hans Scholl und die Weiße Rose.

WBG Theiss, Darmstadt 2018 Hardcover, 272 Seiten ISBN: 978-3-8062-3748-1 • 24,95 €



## **Vorstand und Beirat**

#### **GESCHÄFTSFÜHRENDER VORSTAND**

Prof Dr. Bernd Faulenbach, Vorsitzender, Historiker

Ekin Deligöz, Stellvertretende Vorsitzende, MdB

**Eberhard Diepgen**, Stellvertretender Vorsitzender, Regierender Bürgermeister von Berlin a.D.

**Dr. Irmgard Schwaetzer**, Stellvertretende Vorsitzende, Bundesministerin a.D., Präses der Synode der EKD

**Bernd Goldmann**, Schatzmeister, ehemaliger Direktor der UBS Deutschland AG, Niederlassung Berlin

**Kerstin Griese**, MdB, Parlamentarische Staatssekretärin für Arbeit und Soziales

**Ernst Klein**, Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

**Dr. Ulrich Mählert**, Schriftführer, Zeithistoriker bei der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

**Prof. Dr. Johannes Tuchel**, Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand

#### **VORSTAND**

**Dieter Althaus**, Ministerpräsident von Thüringen a.D., Vizepräsident von Magna International

**Dr. Andreas H. Apelt**, Bevollmächtigter des Vorstands der Deutschen Gesellschaft e. V.

**Erik Bettermann**, ehemaliger Intendant der Deutschen Welle

**Prof. Dr. Friedhelm Boll**, Historiker am Historischen Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung

**Tilo Braune**, Staatssekretär a. D., Geschäftsführer der Hamburger Gesellschaft zur Förderung der Demokratie und des Völkerrechts e. V.

**Prof. Dr. Hansjörg Geiger**, Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz a. D.

**Dr. Alfred Geisel**, Vizepräsident des Landtages von Baden-Württemberg a.D.

**Iris Gleicke**, ehemalige MdB, Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer a. D.

Reinhard Grindel, Präsident des Deutschen Fußball-Bundes

**Dr. Norbert Haase**, Historiker, ehemaliger Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten

**Christoph Heubner**, Geschäftsführender Vizepräsident des Internationalen Auschwitz Komitees (IAK)

Dr. Werner Jung, Direktor des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln

**Prof. Dr. Alfons Kenkmann**, Professor für Geschichtsdidaktik an der Universität Leipzig

**Birgit Kipfer**, Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft Baden-Württemberg, Vorstandsvorsitzende der Stiftung "Lernort Demokratie – Das DDR-Museum Pforzheim"

**Dr. h.c. Charlotte Knobloch**, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, ehemalige Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland

**Hannelore Kohl**, Präsidentin des Oberverwaltungsgerichts und des Landesverfassungsgerichtes in Mecklenburg-Vorpommern a.D.

**Dr. Anja Kruke**, Leiterin des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung

**Uta Leichsenring**, ehemalige Leiterin der Außenstelle Halle des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen

**Winfried Nachtwei**, Experte für Friedens- und Sicherheitspolitik, MdB a. D.

**Paul Nemitz**, Direktor für Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit in der Generaldirektion Justiz der Europäischen Kommission in Brüssel

**Dr. Maria Nooke**, Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur in Brandenburg

**Prof. Dr. Friedbert Pflüger,** Direktor des European Centre for Energy and Ressource Security

**Dr. Melanie Piepenschneider**, Leiterin Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung

Prof. Dr. Ernst Piper, Historiker, Verleger

**Ulrike Poppe**, ehemalige Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur in Brandenburg

Prof. Dr. h.c. Klaus G. Saur, Verleger

**Dieter Schulte**, ehemaliger Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

**Lala Süsskind**, ehemalige Vorsitzende des Vorstandes der Jüdischen Gemeinde zu Berlin

Lothar Tautz, Religionspädagoge und Sozialkundelehrer

Linda Teuteberg, MdB

**Dr. h.c. Josef Thesing**, ehemaliger stellvertretender Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung

Arnold Vaatz, MdB, Staatsminister a.D.

**Ernst-Jürgen Walberg**, ehemaliger Kulturchef von NDR 1 Radio Mecklenburg-Vorpommern

Prof. Dr. Gert Weisskirchen, MdB a.D.

## EHRENVORSITZENDER

Dr. h.c. Joachim Gauck, Bundespräsident a.D.

#### **BEIRAT**

**Prof. Dr. Rita Süssmuth**, Vorsitzende, Bundesministerin a.D., Präsidentin des Deutschen Bundestags a.D.

Rainer Braam, Unternehmer

Prof. Dr. Hubert Burda, Verleger

**Dr. Thomas Goppel**, Mitglied des Landtages von Bayern, Staatsminister a. D.

**Prof. Dr. Berthold Leibinger** (verstorben am 16.10.2018), Gesellschafter der Trumpf GmbH & Co. KG

**Dr. h.c. Friedrich Schorlemmer**, Theologe und Bürgerrechtler **Walther Seinsch**, Unternehmer, ehemaliger Vorstandsvorsitzender des FC Augsburg

Barbara Stamm, Präsidentin des Landtages von Bayern

Dr. Monika Wulf-Mathies, Gewerkschafterin, EU-Kommissarin a.D.

#### **GESCHÄFTSFÜHRER**

Dr. Michael Parak

#### **EHEMALIGE VORSITZENDE**

**Wolfgang Tiefensee**, 2012–2014, Wirtschaftsminister in Thüringen **Dr. h.c. Joachim Gauck**, 2003–2012, Bundespräsident a.D.

**Dr. h.c. Hans Koschnick**, 2000–2003, Bürgermeister von Bremen a.D. **Dr. Hans-Jochen Vogel**, 1993–2000, Bundesminister a.D.



## Lokale Spurensuche im Themenfeld Demokratiegeschichte Eine Handreichung

kann kostenfrei in der Berliner Geschäftsstelle bestellt werden oder online unter: https://www.gegen-vergessen.de/verein/medien/publikationen/